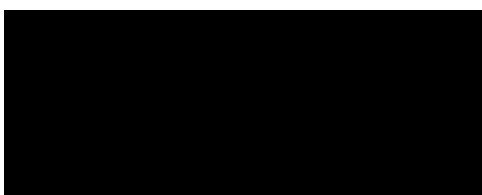


'Lupenreine Demokrat*innen?' Zum Einfluss des Demokratieverständnisses auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien

Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Master of
Arts (M.A.) im Fach Politikwissenschaft

Erstgutachterin: Dr. Lea Elsässer
Zweitgutacher: Prof. Dr. Armin Schäfer

Vorgelegt von:



Matrikelnummer: 

Politikwissenschaft
Master of Arts
6. Fachsemester

Abgabefrist: 13. Juli 2020
Abgabedatum: 21. Juni 2020

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	4
Tabellenverzeichnis	4
Anhangsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	5
1.) Einleitung – Vom Schreckgespenst (Rechts-)Populismus	6
2.) (Rechts-)Populismus, Demokratie und politische Einstellungen	9
<i>Erster Block: Erfolgskonzept (Rechts-)Populismus?!</i>	
2.1) Was ist (Rechts-)Populismus? Eine kurze Begriffsgeschichte	9
2.2) Erklärungen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien	12
<i>Zweiter Block: Theorie und Empirie der Demokratie</i>	
2.3) Demokratie – Ein facettenreiches Konzept	15
2.4) Demokratie(n) vermessen und vergleichen	17
<i>Dritter Block: Einstellungen, Parteipräferenzen und Wahlverhalten</i>	
2.5) Politische Einstellungen in der empirischen Wahlforschung	20
2.6) Einstellungen und rechtspopulistische Parteipräferenzen	24
3.) Demokratieverständnisse und rechtspopulistische Parteipräferenzen	29
4.) Forschungsdesign	35
4.1) Vorstellung der Methode, Datenbasis und Fallauswahl	35
4.2) Operationalisierung der gemessenen Konzepte	37
4.3) Relevanz, wissenschaftlicher Mehrwert und kritische Reflexion	41
5.) Statistische Analyse von Einflüssen des Demokratieverständnisses	46
5.1) Zur Anwendbarkeit der binären logistischen Regression	46
5.2) Deskriptive Statistik: Erkundung des Datensatzes	47
5.3) Diskussion der Ergebnisse der Regressionsanalyse	56
6.) Fazit und Ausblick: Ein komplementärer Erklärungsansatz?	67
Literaturverzeichnis	71
Anhang	82

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Das Ann-Arbor-Modell zur Erklärung von Wahlverhalten	21
Abbildung 2:	Kausaltrichter von Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten	23
Abbildung 3:	Das informierte Demokratieverständnis nach Cho	30
Abbildung 4:	Erweitertes Modell des Demokratieverständnisses	39
Abbildung 5:	Parteipräferenzen nach Geschlecht	48
Abbildung 6:	Parteipräferenzen nach Altersgruppen	48
Abbildung 7:	Parteipräferenzen nach Bildungsstand	49
Abbildung 8:	Parteipräferenzen nach Haushaltseinkommen	49
Abbildung 9:	Parteipräferenzen nach politischem Vertrauen	50
Abbildung 10:	Demokratieverständnisse nach Geschlecht	52
Abbildung 11:	Demokratieverständnisse nach Altersgruppen	52
Abbildung 12:	Demokratieverständnisse nach Bildungsstand	53
Abbildung 13:	Demokratieverständnisse nach Haushaltseinkommen	53
Abbildung 14:	Demokratieverständnisse nach politischem Vertrauen	54
Abbildung 15:	Demokratieverständnisse vs. Parteipräferenzen	56

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Korrelationen der Variablen des politischen Vertrauens	46
Tabelle 2:	Faktorenanalyse der Variablen des politischen Vertrauens	47
Tabelle 3:	Kennzahlen der Modellgüte nach Ländern	58
Tabelle 4:	Regressionsergebnisse Teil A	59
Tabelle 5:	Regressionsergebnisse Teil B	60

Anhangsverzeichnis

Anhang 1:	Rechtspopulistische Parteien in den ausgewählten Ländern	81
Anhang 2:	Inverse Korrelationsmatrix des politischen Vertrauens	82

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
DV	Demokratieverständnis
ESS	European Social Survey
EU	Europäische Union
EVS	European Values Study
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
PiS	Prawo i Sprawidliwocz (= Recht und Gerechtigkeit)
PRR	Populist radical right
SYRIZA	Synaspismos Rizospastikis Aristeras (= Koalition der Radikalen Linken)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
WVS	World Values Survey

1.) Einleitung – Vom *Schreckgespenst (Rechts-)Populismus*

„Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Produkt von Modernisierungskrisen. Sie entstehen, wenn (...) die Balance von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät“ (Decker 2018: 356).

Dieses Zitat des Populismusforschers *Frank Decker* verweist auf in der Politikwissenschaft verbreitete Perspektiven betreffend die Entstehungsbedingungen und Erfolgsfaktoren (rechts-)populistischer Gruppierungen. Der dem Rechtspopulismus zugerechneten „neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie“ (Decker 2006a: 9), ist es in den letzten Jahren und Jahrzehnten – insbesondere in Europa – gelungen, deutlich an Zuspruch unter Wähler*innen¹ zu gewinnen und ihren Einfluss in den jeweiligen politischen Systemen auszubauen.² Einzelne rechtspopulistische Parteien wurden sogar in Koalitionen an der Regierung beteiligt, so die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), oder sie konnten (und können) mit einer mindestens absoluten Mehrheit alleinregieren, wie etwa Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in Polen oder Fidesz in Ungarn (Vgl. Mudde 2004: 541-551; Decker 2006a: 9-15; Hartleb 2011: 9-17; Decker / Lewandowsky 2017: 1-2).

Die Gründe für den Aufstieg dieser Parteien werden nicht nur in der Wissenschaft breitgefächert diskutiert, denn das *Schreckgespenst (Rechts-)Populismus* spielt auch in der medialen Berichterstattung eine nicht-unerhebliche Rolle. Mittlerweile lässt sich gar eine regelrechte *Omnipräsenz* von Fragen rund um das Erstarken des (Rechts-)Populismus im öffentlichen wie im fachwissenschaftlichen Diskurs feststellen – und das nicht erst seit der Entscheidung für den Brexit oder seit der Wahl *Donald Trumps* zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) im Jahr 2016. So sprach *Cas Mudde* schon 2004 von einem „populist Zeitgeist“ (ebd.: 541), durch den Populismus, sowohl im linken als auch im rechten politischen Spektrum, in den gesellschaftlichen „mainstream“ (ebd.: 542) eingedrungen sei (Vgl. Mudde 2004: 541-542; Priester 2012: 11-28; Brubaker 2017: 357-358; Decker / Lewandowsky 2017: 21-22).

Doch sind die Erfolge rechtspopulistischer Kräfte tatsächlich (allein) mit den von *Decker* (2018) genannten „Modernisierungskrisen“ (ebd.: 356) zu erklären? In der Forschung wurde und wird diese Fragestellung regelmäßig adressiert, wobei die Mehrzahl der Wissenschaftler*innen die fortschreitende Globalisierung und deren vielfältige Auswirkungen auf Gesellschaften und Individuen als wesentliche Ursache für die Ausbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in der Bevölkerung und die zunehmende Stärke

¹ Im Sinne einer geschlechtergerechten Ansprache wird in dieser Arbeit der *Genderstern* verwendet.

² Dies muss sich nicht zwangsweise in einer direkten Beeinflussung von Gesetzgebungsverfahren äußern. Auch eine Verschiebung des Fokus politischer Debatten, oder eine Veränderung deren Stils, kann sich durch die Präsenz und Verbreitung rechtspopulistischer Artikulationen ergeben. Beispielsweise konnte *Rooduijn* (2014a) für mehrere westeuropäische Staaten nachweisen, dass positive Zusammenhänge zwischen der Stärke rechtspopulistischer Parteien und einer populistischen Orientierung der Medien bestehen (Vgl. ebd.).

entsprechender Parteien und Bewegungen ansieht. Ängste vor einem sozialen und ökonomischen Statusverlust und Gefühle der Benachteiligung hätten unter zahlreichen Bürger*innen zu Unsicherheit und schwindendem Vertrauen in Politiker*innen, Parteien und Regierungen geführt, was ein Gelegenheitsfenster für die Etablierung neuer parteipolitischer *Mitspieler*innen* eröffnet habe (Vgl. Nauenburg 2005: 22-27; Ivaldi 2017: 158-165; Rooduijn 2018: 354-357, 360-365).

Eine beispielhafte Untersuchung der Effekte von „Modernisierungskrisen“ (Decker 2018: 356) bietet die Studie von *Spier* (2010), welcher – unter dem Titel „Modernisierungsverlierer“ (ebd.: 55) – ein Bündel von Variablen als potenzielle Erklärungsfaktoren für die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien betrachtet hat. Zentrales Ergebnis seiner Analyse ist, dass die Kombination verschiedener sozioökonomischer und demographischer Variablen – zusammen mit „rechtsaffinen Einstellungsindikatoren“ (ebd.: 65) – eine deutlich bessere Möglichkeit bieten (würde), Wahlentscheidungen zugunsten rechtspopulistischer Parteien zu erklären, als dies mit Einzelansätzen möglich ist. *Spiers* „Integrationsversuch“ (ebd.: 55) stellt aus diesem Grund einen wesentlichen Fortschritt zur Beantwortung der Frage ‚*Wer wählt rechtspopulistische Parteien?*‘ dar (Vgl. ebd.: 46-111, 150-254).

Wenngleich Einstellungsmuster – in Form von Xenophobie oder politischer Unzufriedenheit – Bestandteil von *Spiers* Modell sind, wird ein Aspekt, der für die Diskussion über die Wahl rechtspopulistischer Parteien ebenso relevant sein könnte, dort nicht miteinbezogen: Das individuelle Demokratieverständnis. In Anbetracht, dass autoritäre und anti-liberale Denkmuster die Politikvorstellungen rechtspopulistischer Parteien kennzeichnen, und auf Basis zentraler Thesen der Einstellungsforschung – wonach Wähler*innen Parteien bevorzugen, deren Positionen mit den eigenen Überzeugungen übereinstimmen – könnte das Demokratieverständnis von Bürger*innen durchaus ein komplementärer Einflussfaktor für Präferenzen³ zugunsten rechtspopulistischer Parteien sein (Vgl. Schultze 2016: 41-63, 83-112; Mudde / Rovira Kaltwasser 2017: 42-61, 79-96).

Die vorliegende Abschlussarbeit soll dahingehend einen Beitrag zur Ergänzung der Forschung leisten und den politikwissenschaftlichen Blickwinkel auf Erklärungsansätze für die individuelle Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien erweitern. Entlang der erkenntnisleitenden Forschungsfrage: „*Inwiefern können Effekte des Demokratieverständnisses auf individuelle Präferenzen zugunsten rechtspopulistischer Parteien beobachtet werden und wohin sind diese gerichtet?*“ soll eine sekundärstatistische Auswertung –

³ Bedingt durch die Datenlage kann nicht auf konkretes Wahlverhalten als abhängige Variable zurückgegriffen werden. Zur Annäherung an mögliche Wahlentscheidungen soll daher die Parteipräferenz als Indikator verwendet werden, wenngleich – wie im weiteren Verlauf zu diskutieren ist – auch weitere Faktoren individuelles Wahlverhalten beeinflussen (können).

über eine logistische Regressionsanalyse – Erkenntnisse in einem bisher weitgehend unterbelichteten Forschungsfeld hervorbringen.

Die Operationalisierung der abhängigen Variable – der Ausdruck einer Präferenz für eine rechtspopulistische Partei – erfolgt als Dummy-Codierung mit den Ausprägungen *1* (Rechtspopulistische Partei bevorzugt) und *0* (Nicht-rechtspopulistische Partei bevorzugt). Zur Klassifizierung von Parteien als rechtspopulistisch wird die, auf *Mudde* (2004 / 2007) zurückgehende, Definition nach *Rooduijn et al.* (2019) herangezogen. Die unabhängige Variable des Demokratieverständnisses wird ordinal skaliert und ergibt sich aus einem erweiterten Modell nach *Cho* (2014), der die Güte des individuellen Demokratieverständnisses über die Bewertung von Aussagen als essenzielle beziehungsweise nicht-essenzielle Merkmale der Demokratie misst (Vgl. ebd.). Zur Kontrolle sollen die Variablen Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Haushaltseinkommen und – vorbehaltlich der Kontrolle auf Multikollinearität – Vertrauen in die demokratischen Institutionen (Parteien, Parlamente und Regierungen) einbezogen werden.

Die verwendeten Daten entstammen der aktuellen Erhebungswelle der *European Values Study* (EVS), für die seit 2017 Befragungen in 47 europäischen Staaten durchgeführt wurden. Die Analyse greift die – im gesamten Zeitraum des Abfassens der Arbeit (Februar bis Juni 2020) verfügbare – zweite Vorabveröffentlichung der EVS-Daten heraus, in der 30 Länder einbezogen sind. Ausgewählt wurden hieraus zunächst diejenigen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union (EU) und / oder des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind. In einem weiteren Schritt wurden die Staaten herausgefiltert, für die mindestens eine rechtspopulistische Partei im Datensatz berücksichtigt wurde (Vgl. EVS o.J. [a]: o.S.; EVS o.J. [b]: o.S.).

Die Arbeit gliedert sich in insgesamt sechs Kapitel, wobei die Einleitung das erste Kapitel darstellt. Im zweiten Kapitel werden zunächst die Konzepte (Rechts-)Populismus und Demokratie sowie gängige Ansätze der Wahlforschung – mit Augenmerk auf der Bedeutung politischer Einstellungen – eingeführt, um das Untersuchungsraaster zu setzen. Im darauffolgenden Kapitel wird die Variable des individuellen Demokratieverständnisses erläutert und aufgezeigt, warum gerade dieses ein bedeutsamer Einflussfaktor für die Präferenz rechtspopulistischer Parteien sein könnte. Die Herleitung der Untersuchungshypothesen erfolgt ebenfalls in diesem Abschnitt. Das anschließende Kapitel (4) dient der Darstellung des Forschungsdesigns, des erwarteten wissenschaftlichen Mehrwerts sowie der Chancen und Grenzen des Vorhabens. Die Analyse erfolgt in Kapitel fünf, wobei die formulierten Hypothesen – im selben Kapitel – im Lichte der statistischen Ergebnisse bewertet werden. Die Erkenntnisse der Untersuchung werden im abschließenden Kapitel sechs zusammengefasst, um eine Antwort auf die Fragestellung zu formulieren und einen Ausblick auf mögliche ergänzende Forschungsvorhaben zu geben.

2.) (Rechts-)Populismus, Demokratie und politische Einstellungen

Erster Block: Erfolgskonzept (Rechts-)Populismus?!

Wertneutrales Schlagwort, deskriptive Kategorie oder moralisierter, meist negativ besetzter, „Kampfbegriff“ (Boos / Opratko 2016: 30) – der Ausdruck *Populismus* ist in der Politikwissenschaft allgegenwärtig und die Beschäftigung mit dem Konzept – in Europa vor allem mit *Rechtspopulismus* – hat sich spätestens seit den 1990er-Jahren wie ein *Lauffeuer* verbreitet. Heutzutage findet sich daher eine schier unübersichtliche Fülle an Publikationen, in denen sich Autor*innen dem Thema aus verschiedenen Perspektiven annähern und in denen Populismus häufig anders definiert wird (Vgl. Mudde 2007: 11-13; Diehl 2011: 273-276; Decker 2018: 353-356; Rooduijn 2019: 362-365).

Der folgende Abschnitt greift diesen Umstand auf und zeichnet den gegenwärtigen Stand der Forschung zum (Rechts-)Populismusbegriff nach. Eine erschöpfende Darstellung aller Diskussionsstränge ist zwar nicht möglich, doch erscheinen die Herleitung der in dieser Arbeit verwendeten (Rechts-)Populismusdefinition und deren Verortung im Diskurs (2.1) für ein wissenschaftlich-fundiertes Forschungsvorhaben zwingend erforderlich. Gepaart mit Ausführungen über Erklärungen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien (2.2), den Demokratiebegriff und seine empirische Messung (2.3 / 2.4) sowie den Zusammenhang von politischen Einstellungen, Parteipräferenzen, Wahlverhalten und Rechtspopulismus (2.5 / 2.6) entwirft dieses Unterkapitel den Rahmen, der die empirische Analyse im fünften Kapitel theoretisch einhegt.

2.1) Was ist (Rechts-)Populismus? Eine kurze Begriffsgeschichte

Der Terminus Populismus wird, nicht nur in der Wissenschaft, beinahe inflationär genutzt. In einem seiner jüngsten Aufsätze (2019) vertritt *Rooduijn* deshalb die Ansicht, dass der Begriff zu einem – relativ unbestimmten – „fancy buzzword“ (ebd.: 365) geworden sei, welches kontrovers diskutiert und für viele – auf den ersten Blick teilweise widersprüchliche – Phänomene verwendet wird (Vgl. ebd.: 365-367). Das Feld von als populistisch bezeichneten Akteur*innen reicht dabei von Politiker*innen, wie *Bernie Sanders* oder *Boris Johnson*, über Bürger*innenbewegungen, wie *Fridays-for-Future* oder *Occupy Wall-Street*, bis hin zu Parteien, wie der *Alternative für Deutschland (AfD)* oder der griechischen *Synaspismos Rizospastikis Aristeras (SYRIZA)*.

Diese Beispiele illustrieren nicht nur, dass Populismus unterschiedliche Formen, Bezugspunkte und inhaltliche Stoßrichtungen haben kann, sondern auch, dass sich „Varianten des Populismus“ (Manow 2019: 38) im linken wie im rechten politischen Spektrum verorten lassen (Vgl. Priester 2007: 14-26; Hartleb 2011: 9-17; Priester 2012: 11-31; Rooduijn 2014b: 272-274; Manow 2019: 38-50). Aufgrund seiner Diffusität betont *Loch* (2019) die Gestalt des „Populismus als Chamäleon“ (ebd.: 45):

„Er variiert je nach Land, nach dessen Geschichte und politischer Kultur, nach (...) Sozialstruktur und politischem System sowie nach dem (...) ideologischen Angebot. Was seine Organisationsform betrifft, kann er in Form charismatischer Führerschaft auftreten, sich als Partei und Bewegung formieren oder (...) als politisches Regime etablieren“ (ebd.).

Obwohl bis heute zahlreiche Sammelwerke (u.a. Mény / Surel 2002; Werz 2003; Decker 2006b) und Monografien (z.B. Betz 1994; Taggart 2000; Mudde 2007) erschienen sind, die als *Standardwerke* der Forschung gelten, wurde die Suche nach grundlegenden Eigenschaften – die sämtliche Erscheinungsformen von Populismus verbinden – lange Zeit kaum adressiert (Vgl. Canovan 1981: 5-17; Taggart 2000: 22; Puhle 2003: 17-25; Skenderovic 2017: 41-48). Dies erscheint insofern überraschend, als dass *Ionescu / Gellner* schon 1969 die Frage nach solchen Aspekten aufgeworfen haben: „It [populism; Anm. des Autors] bobs up everywhere, but in many and contradictory shapes. Does it have any underlying unity, or does one name cover a multitude of unconnected tendencies?“ (ebd.: 1).

Eine neue Dynamik erhielt die Auseinandersetzung um Populismusdefinitionen erst wieder in jüngerer Zeit. Nachdem Populismus jahrelang nur fallbezogen und auf Basis umgebender Randbedingungen definiert wurde, widmete sich *Paul Taggart* (2000) erneut der Identifikation von gemeinsamen Merkmalen aller beobachtbaren *Varietäten* von Populismus. Ihm nach (über-)betonten Populist*innen die Rolle des Volkes als Souverän im nationalstaatlichen „heartland“ (ebd.: 91) und forderten eine bedingungslose Umsetzung des – nicht näher beschriebenen – *Volkswillens*. Populismus sei zudem „empty-hearted“ (ebd.: 5) und müsse mit einer „Wirtsideoogie“ (Freedon 1998: 748) kombiniert werden, weshalb dieser an unterschiedliche politische Strömungen anschlussfähig werde (Vgl. Taggart 2000: 5-22, 89-118; Priester 2012: 36-37).

Laut *Priester* (2012) sind heutzutage vornehmlich drei Interpretationen von Populismus verbreitet: „Populismus als Ideologie“ (ebd.: 40), „als Strategie des Machterwerbs und Machterhalts“ (ebd.: 42) und „als Diskurspraxis“ (ebd.: 44). Vertreter*innen letzterer Perspektive betrachten das Phänomen als einen „diskursiven Modus der Artikulation, Kombination und Aggregation von Forderungen (...) zwecks Formierung kollektiver Identitäten“ (ebd.: 45). Durch die Vermittlung einer gesellschaftspolitischen Großnarration, eines „Narrativ“ (Gadinger 2017: 117), würde versucht, in der Gesellschaft dominierende Überzeugungen über die Ausgestaltung der politisch-gesellschaftlichen Ordnung – die sogenannte „Hegemonie“ (Mouffe 2019: 21) – aufzubrechen und durch das eigene Weltbild zu ersetzen (Vgl. Ostiguy 2017: 73-95; Richter 2017: 80-101; Stavrakakis 2017: 535-553; Gadinger 2019: 117-141; Mouffe 2019: 11-35).

Als Anhänger der politisch-strategischen Sichtweise beschreibt *Jansen* (2011) Populismus als: „Any sustained, large-scale political project that mobilizes (...) marginalized

social sectors into (...) visible (...) political action, while articulating an antielite, nationalist rhetoric that valorizes ordinary people“ (ebd.: 81). Ähnlich wie *Barr* (2009) argumentiert er, dass Populist*innen die herrschenden Eliten herausforderten und danach strebten, politische Gestaltungsmacht zu erlangen. Durch die offensive Artikulation (angeblich) wenig beachteter Interessen, die direkte Ansprache des *einfachen Volkes* sowie direktdemokratische Forderungen, solle Unterstützung in den Reihen derer mobilisiert werden, die dem parteipolitischen *Establishment* kritisch gegenüberstehen und sich nach mehr Einfluss der Bürger*innen auf die Politik sehnen (Vgl. Barr 2009: 38-45; Jansen 2011: 81-85; Weyland 2017: 48-68; Wolf 2019: 101-104).

Im Gegensatz dazu werten einige Wissenschaftler*innen den Populismus als „dünne Ideologie“ (Priester 2012: 12). Wichtiger Vertreter dieser Position ist der Niederländer *Cas Mudde*, der mit dem „ideational approach“ (Mudde 2017: 27) eine Definition entworfen hat, die auf die inhaltliche Dimension von Populismus abzielt:

„An ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people“ (Mudde 2017: 29).

Die antielitäre Haltung von Populist*innen begründet nach *Mudde* eine grundlegende Weltansicht. Neben der antagonistischen Beziehung zwischen einem moralisch überlegenen Volk und einer eigeninteressierten Elite – der „vertikale[n] Dimension“ (Hartleb 2011: 21) – würde eine Gegenüberstellung von Volk und Andersdenkenden – entlang der „horizontale[n] Dimension“ (ebd.) – erfolgen. Personen, die als nicht zum Volk passend angesehen werden, würden ausgeschlossen und ein homogener *Volkswille* als Maxime politischen Handelns deklariert. Analog zu *Taggart* (2000) müsse die „dünne Ideologie“ (Priester 2012: 12) mit umfassenderen Weltanschauungen angereichert werden (Vgl. Mudde 2007: 11-31; Priester 2012: 40-42; Mudde 2017: 27-41; von Beyme 2018: 9-59; Pappas 2019: 80-93).

Muddes Ansatz, der für das Populismusverständnis dieser Arbeit maßgeblich sein soll, lässt eine Integration der strategischen und der rhetorischen Verständnisse des Phänomens zu. Während die Sprache – auf einer strategischen Ebene – dem Ziel des Machterwerbs dient, spiegelt sie auch die inhaltliche Grundausrichtung des Populismus – das antagonistische Verhältnis von Volk, Elite und Andersdenkenden – wider. Die Strategie ist ebenso auf die „dünne Ideologie“ (Priester 2012: 12) zu beziehen, da die Selbstbeschreibung der Populist*innen als *wahre* Vertretung des Volkes im, *Konflikt* gegen die Elite, ihren Gestaltungsanspruch und das Streben nach politischer Macht begründet (Vgl. Mudde 2004: 543; Mudde 2007: 15-20; Rooduijn 2014b: 572-578, 591-594).

Stellen „Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Polarisierung und Personalisierung der Politik“ (Priester 2012: 4) allgemeine

Stilmittel des Populismus dar, so ist eine Kombination aus Autoritarismus und Nativismus – samt ethnisch-begründetem Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit – genuin rechtspopulistisch. In dieser Arbeit sollen rechtspopulistische Parteien daher – gemäß *Mudde* (2004 / 2007) und *Rooduijn et al.* (2019) – als: „parties that are nativist (...) and authoritarian“ (ebd.: o.S.) definiert werden (Vgl. *Mudde* 2007: 11-59).

2.2) Erklärungen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien

Rechtspopulismus gilt als „Flächenphänomen“ (*Panreck / Brinkmann* 2019: 2), welches sich über die Jahre in vielen Staaten – verstärkt jedoch in Europa – ausgebreitet hat. So vielfältig seine Erscheinungsformen sind, so groß ist auch das Portfolio an Erklärungsansätzen dafür, wie es zum wachsenden Erfolg rechtspopulistischer Kräfte kommen konnte. Neben institutionellen und strukturellen Systemfaktoren sowie dem Einfluss der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Individuen, wird insbesondere die fortschreitende Globalisierung – samt ihren ökonomischen, kulturellen und sozialen Auswirkungen auf Gesellschaften und Einzelpersonen – als Einflussvariable diskutiert.

Für *Kai Hirschmann* (2017) liegt der Aufstieg des Rechtspopulismus in einer systemischen „Krise des etablierten Politikbetriebs“ (ebd.: 10) begründet, deren Kernelement eine zurückgegangene „repräsentative Qualität der Parteien“ (ebd.: 11) sei. Diese würden – programmatisch und personell – kein alle Schichten einbeziehendes Abbild der Gesellschaft (mehr) darstellen. In der Tat nimmt die Bindungskraft von Parteien seit Jahrzehnten ab und Mandatsträger*innen – genau wie reguläre Mitglieder – stammen oftmals aus Kreisen wirtschaftlich bessergestellter Personen, die über einen höheren Bildungsstand verfügen. Aufgrund dieses soziodemographischen Ungleichgewichts spielten bestimmte Schichten bei der politischen Willensbildung kaum noch eine Rolle und wendeten sich zunehmend von den – bisher dominierenden – Parteien ab (Vgl. *Merkel / Petring* 2012: 99-107, 124-133; *Kaeding / Haußner / Pieper* 2016: 17-30, 60-72; *Hirschmann* 2017: 10-16).

Die mangelnde Einbindung bestimmter Personenkreise in parteiinterne Diskussions- und Aushandlungsprozesse beeinflusse auch das bereitgestellte Politikangebot. Die Anliegen wirtschaftlich und sozial benachteiligter Personen würden – so *Hirschmann* (2017) weiter – kaum noch berücksichtigt, da sich Parteien vor allem an denjenigen Personen orientierten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit an Wahlen teilnehmen. Da dies vor allem auf Menschen zutrifft, die über einen höheren sozioökonomischen Status verfügen, verschiebe sich das politische Angebot zunehmend in Richtung der Präferenzen dieser Gruppe (Vgl. ebd.: 10-16). Solche Verzerrungen zugunsten bessergestellter Gruppen konnten bereits mehrfach auch empirisch nachgewiesen werden (Vgl. u.a. *Gilens* 2005; *Peters / Ensink* 2013; *Rigby / Wright* 2013; *Donnelly / Lefkofridi* 2014; *Erikson* 2015; *Elsässer / Hense / Schäfer* 2016; *Peters* 2018).

Infolge dieser Ungleichgewichte nähmen die Bereitschaft marginalisierter Personenkreise zur politischen Beteiligung – und damit ihre (parlamentarische) Repräsentation – sowie die Responsivität von Parteien gegenüber ihren Forderungen und Interessen noch weiter ab. Unter Betroffenen könnte sich dadurch Misstrauen gegenüber Politiker*innen und Parteien – oder sogar gegenüber der repräsentativen Demokratie als Ganzes – ausbreiten, da die Orientierung politisch handelnder Akteur*innen an den Interessen der Bürger*innen und die Möglichkeit, den eigenen Präferenzen über politische Partizipation Geltung zu verschaffen, angezweifelt wird. Rechtspopulistische Parteien adressieren diese Empfindungen und bieten sich als – vermeintlich – glaubhafte und alleinig an den Anliegen des Volkes orientierte Alternative an (Vgl. Mudde 2007: 201-255; Hawkins / Read / Pauwels 2017: 271-273; Hirschmann 2017: 10-16; Eatwell / Goodwin 2018: 71-101; von Beyme 2018: 73-83; Geurkink et al. 2020: 250-251, 263-264).

Spier (2010) unterstreicht die besondere Relevanz der ökonomischen und sozialen Lage von Individuen als Kristallisationspunkt für Unzufriedenheit und den Verlust politischen Vertrauens. Soziale und wirtschaftliche Benachteiligung werden dabei unter dem Schlagwort „Deprivation“ (*Spier* 2010: 50) zusammengefasst. Neben einer messbaren „objektive[n] Deprivation“ (*Rucht* 2016: 191), die Armut, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit einschließt, steht eine „subjektive Deprivation“ (*Rucht* 2016: 191), die empfundene Benachteiligungen oder Ängste vor einer Verschlechterung des persönlichen Status quo umfasst (Vgl. *Spier* 2010: 49-51; *Rucht* 2016: 191-205).

Verfügbare Daten zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit rechtspopulistisch zu wählen, unter deprivierten Personen höher ist als in anderen Bevölkerungsgruppen. Eine mögliche Erklärung dafür liegt darin, dass, aus der als negativ wahrgenommenen Lebenssituation heraus, Frustration und Gefühle des *Abgehängt-Seins* erwachsen. Betroffene könnten darauf reagieren, indem sie regierende Akteur*innen als *Sündenböcke* für die eigene Lage verantwortlich machen. Rechtspopulistische Parteien, die eine „Rückeroberung von Lebens- und Wohlstandsniveaus“ (*Bauer* 2010: 10) versprechen, bedienen das Streben dieser Personenkreise nach einer Absicherung oder Verbesserung des persönlichen sozioökonomischen Status (Vgl. *Spier* 2010: 49-51, 71-97; *Gidron / Hall* 2017: 68-78; *Hirschmann* 2017: 46-64; *Mudde / Rovira Kaltwasser* 2018: 1673-1676; *Tutic / von Hermani* 2018: 282-286; *Manow* 2019: 61-69).

Die Bedeutung sozioökonomischer Faktoren zeigt sich auch in Bezug auf die fortschreitende Globalisierung, die sich unter anderem in zunehmenden Verflechtungen der Märkte sowie verstärktem Wettbewerb um niedrige Produktions- und Lohnkosten ausdrückt. Während es bestimmten Personen gelingt, sich an die eintretenden Veränderungen – etwa auf dem Arbeitsmarkt – anzupassen und dadurch Vorteile aus der Globalisierung zu ziehen, besteht für andere keine Möglichkeit, angemessen zu reagieren. Viele

Autor*innen argumentieren, dass die Erfolge rechtspopulistischer Parteien im besonderen Maße auf Unterstützung aus dem Milieu dieser „Globalisierungsverlierer“ (Nauenburg 2005: 3) zurückzuführen seien (Vgl. Nauenburg 2005: 3-5, 10-11, 26-27; Mudde 2007: 184-190; Spier 2010: 49-64, 150-193; Norris / Inglehart 2016: 132-174; Hirschmann 2017: 46-64; Mudde / Rovira Kaltwasser 2018: 1673-1676).

Unter „Globalisierungsverlierer[n]“ (Nauenburg 2005: 3) herrsche deutlich häufiger das Gefühl vor, von *der Politik* nicht genügend beachtet zu werden und sich in einem fortwährenden Abwärtsstrudel zu befinden. Rechtspopulistische Parteien greifen diesen Umstand auf, indem sie protektionistische, sozialchauvinistische und eliten- wie globalisierungskritische Positionen vorbringen. Die damit forcierte Sicherung nationalen Wohlstandes für die Bürger*innen und die Ansprache von Sorgen, Wut und Enttäuschung in Teilen der Bevölkerung, lassen rechtspopulistische Parteien für betroffene Personengruppen durchaus attraktiv erscheinen (Vgl. Mudde 2007: 184-190; Spier 2010: 49-64, 150-193; Norris / Inglehart 2016: 132-174; Rico / Guinjoan / Anduiza 2017: 444-455; Mudde / Rovira Kaltwasser 2018: 1673-1676).

Darüber hinaus gelten kulturelle Veränderungen, die mit der Globalisierung einhergehen, als Einflussfaktor auf die wachsende Stärke rechtspopulistischer Parteien. Migrationsbewegungen führen dazu, dass in vielen Staaten zunehmend mehr Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe, Religionen und Nationalitäten zusammenleben und miteinander interagieren. Einwandernde können dadurch als „religiös und kulturell abgrenzbare Gruppen sichtbar in Erscheinung treten“ (Decker / Lewandowsky 2017: 26). In Teilen der Bevölkerung kann dies zu Verunsicherung hinsichtlich der Stabilität der eigenen Identität und der – angeblich einheitlichen – nationalstaatlichen Kulturen sowie gelebter Traditionen führen (Vgl. Mudde 2007: 186-193; Norris / Inglehart 2016: 175-206; Betz 2017: 338-348; Decker / Lewandowsky 2017: 24-27; Mudde / Rovira Kaltwasser 2018: 1676-1678; Coury 2019: 257-275).

Rechtspopulistische Parteien vermögen auch diesen Aspekt anzusprechen. Die Differenzierung zwischen einem kulturell homogenen Volk und von Personen mit einer fremden, *unpassenden*, Kultur spricht die „Identitätskrise“ (Grumke 2012: 378) derjenigen Menschen an, die im „Schreckgespenst der multikulturellen Gesellschaft“ (Bauer 2010: 8) eine Gefahr sehen. Der von Rechtspopulist*innen vertretene „cultural backlash“ (Norris / Inglehart 2016: 13) gegen gesellschaftliche Diversität fällt bei diesen Personen auf *fruchtbaren Boden* (Vgl. Betz 1994: 37-106; Norris / Inglehart 2016: 175-206, 257-289; Betz 2017: 338-351; Decker / Lewandowsky 2017: 24-27; Mudde / Rovira Kaltwasser 2018: 1676-1678; Bos et al. 2020: 4-9, 16-20).

Diese knappe Skizze gängiger Perspektiven auf den – teils *kometenhaften* – Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ist keineswegs erschöpfend. Zu bedenken ist auch, dass

länderspezifische Umstände, Kontexte und Krisenzustände, die hier nicht näher behandelt werden können, wahrscheinlich ebenfalls einen Einfluss auf die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien ausüben (können) (Vgl. Arzheimer 2017: 286-287). Die vorangegangenen Absätze haben zudem verdeutlicht, dass individuelle Einstellungen und Denkmuster scheinbar eine gewichtige Rolle für rechtspopulistisches Wahlverhalten spielen. Dieser Punkt soll in den Kapiteln 2.5 / 2.6 ausführlicher ergründet werden.

Zweiter Block: Theorie und Empirie der Demokratie

2.3) Demokratie – Ein facettenreiches Konzept

„Der Demokratiebegriff ist umstritten: Konservative, liberale, soziale, pluralistische, elitäre, dezisionistische, kommunitaristische, kosmopolitische, republikanische, deliberative, partizipative, feministische, kritische, postmoderne oder multikulturalistische Demokratie bilden nur die Spitze eines begrifflichen Eisbergs“ (Merkel 2016: 27).

Diese Auflistung von – zu unterschiedlichen Zeitpunkten populären und wirkmächtigen – Interpretationen des Konzepts *Demokratie* ließe sich ohne Weiteres fortsetzen. Im Laufe der Zeit haben diverse Autor*innen eigene Demokratiemodelle entworfen, die oft divergierende Schwerpunkte setzen und jeweils andere Eigenschaften als essenzielle Elemente demokratischer Herrschaft ausmachen. Eine detaillierte Diskussion einzelner Theoriegebilde kann an dieser Stelle zwar nicht geleistet werden, doch zeigt *Merkels* Aufzählung, dass die Demokratie ein äußerst kontroverses Konzept zu sein scheint (Vgl. Morison 2007: 137-143; Weale 2007: 18-24; Meyer 2009: 11-13; Marschall 2014: 13-20; Hartmann 2015: 25-52; Merkel 2016: 9-21; Schmidt 2019: 1-5).

Einen guten Ausgangspunkt, um sich dem Demokratiebegriff – trotz all seiner Diffusität – anzunähern, bietet der berühmte Satz des früheren Präsidenten der USA, *Abraham Lincoln*. Dieser definierte die Demokratie als „government not only by but also for the people“ (zit. nach Lijphart 2012: 1), also als eine Regierungsform, die nicht nur aus dem Volk hervorgehen, sondern auch in seinem Interesse ausgeübt werden soll. Wie eine solche *Volksherrschaft* jedoch konkret ausgestaltet und praktisch umgesetzt werden kann – oder wie sie es sollte – und welche Merkmale ihr genau zuzurechnen sind, darüber hat *Lincoln* keinerlei Aussage getroffen. Der einflussreiche Politologe *Arend Lijphart* (2012) merkt allerdings an:

„There are many ways in which, in principle, a democracy can be organized and run; (...) modern democracies exhibit a variety of formal governmental institutions, like legislatures and courts, as well as political party and interest group systems“ (ebd.: 1).

Ähnlich wie beim Populismus variieren also nicht nur die verfügbaren Theorieansätze, über die konkrete Bedeutung des Konstrukts demokratischer Herrschaft, sondern auch die empirisch-beobachtbaren *Systemwirklichkeiten*. Zur Strukturierung von Demokratiemodellen eignet sich die in der Literatur gängige Einteilung in „minimalistische, mittlere

und maximalistische Theorie[n]“ (Merkel 2016: 27). Während für minimalistische Sichtweisen begrenzte Möglichkeiten öffentlicher politischer Partizipation – über das Wahlrecht – bereits als basale Kennzeichen der Demokratie ausreichen, binden komplexere Modelle weitere Aspekte als notwendige oder hinreichende Bedingungen mit ein (Vgl. Przeworski 2003: 23-50; Lauth / Pickel / Pickel 2014: 158, 162; Marschall 2014: 13-20; Hartmann 2015: 25-43, 51-52; Merkel 2016: 9-21; Vorländer 2019a: 107-114).

Hierzu zählen beispielsweise eine grundlegende Wertebasis – als Voraussetzung, dass sich eine Demokratie überhaupt ausbilden und etablieren kann –, eine Rechtsordnung, die das Handeln staatlicher Akteur*innen konstitutionell begrenzt und bürgerliche Rechte und Freiheiten gewährt, oder weitergehende Möglichkeiten politischer Beteiligung – über deliberative oder direktdemokratische Verfahren. Weiterhin werden auch Instrumente politischer Kontrolle, eine institutionalisierte Gewaltenteilung, Rechenschaftspflichten der Regierenden gegenüber den Regierten, ein Netz aus Akteur*innen der Interessenvermittlung oder ein unabhängiges Medien- und Justizsystem als demokratische Charakteristika vorgebracht (Vgl. Przeworski 2003: 23-50; Lauth / Pickel / Pickel 2014: 158, 162; Marschall 2014: 13-20; Hartmann 2015: 25-43, 51-52; Merkel 2016: 9-21; Vorländer 2019a: 107-114).

Nicht nur in der westlichen Welt gilt die Demokratie heute als erstrebenswertes Modell der Organisation politisch-gesellschaftlicher Ordnung. Die Mehrzahl der (westlichen) Staaten verfügt mittlerweile über Systeme, die sich – mehr oder weniger stark – an demokratischen Grundsätzen orientieren und zumeist liberal-repräsentativ ausgerichtet sind. Zumindest idealtypisch garantieren diese Regime Grund- und Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten, binden staatliches Handeln an rechtsstaatliche Prinzipien, gewähren – über das Wahlrecht – die Gelegenheit, einen Regierungswechsel herbeizuführen, und achten „Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz und Machtkontrolle“ (Frevel / Voelzke 2017: 96) als Leitgedanken (Vgl. Meyer 2009: 40-45, 74-88, 133-172; Hartmann 2015: 40-43, 65-82; Lim 2016: 189-195; Merkel 2016: 9-29; Frevel / Voelzke 2017: 71-99).

Zu welchem Grad die Ideale einer liberal-repräsentativen Demokratie auf die politischen Systeme einzelner Staaten aber tatsächlich zutreffen und wie sie in diesen erfüllt werden, ist eine der Kernfragen der vergleichenden Politikwissenschaft. Neben der politischen Theorie, den internationalen Beziehungen und der empirischen Sozialforschung stellt dieser Forschungszweig eine der eigenständigen Teildisziplinen der Politologie dar. Häufig wird allerdings gerade die Komparatistik als „Königsweg“ (Lauth / Pickel / Pickel 2015: 10) des Faches angesehen, da vergleichende Ansätze die Chance bieten, theoretische Vorannahmen und postulierte Zusammenhänge in unterschiedlichen Kontexten zu prüfen und weiterzuentwickeln (Vgl. Berg-Schlosser / Müller-Rommel 2003: 13-15;

Jahn 2007: 20-22; Ragin / Rubinson 2009: 13-31; Jahn 2013: 17-35; Lauth / Pickel / Pickel 2015: 1-16; Lim 2016: 15-23).

Der Vergleich politischer Systeme ist darauf angewiesen, die betrachteten Herrschaftsformen so auszuarbeiten und zu definieren, dass eine trennscharfe Unterscheidung verschiedener Regime, entlang eindeutiger Kriterien, möglich wird. Für die liberal-repräsentative Demokratie lassen sich folgende Aspekte ausmachen, die in der Literatur als für diese Regimeform grundlegend benannt werden (Vgl. Frevel / Voelzke 2017: 71-87):

- *Volkssouveränität, da die Herrschaft aus dem Volk hervorgehen und von ihm legitimiert sein muss.*
- *Bürgerliche Partizipation, da das Volk am politischen Entscheidungsprozess – direkt oder indirekt – zu beteiligen ist.*
- *Gesellschaftlicher und politischer Pluralismus, um unterschiedliche Interessen in der Willensbildung zu berücksichtigen.*
- *Macht- und Herrschaftsbegrenzung – über die Bindung an rechtsstaatliche Normen und Gesetze.*
- *Rechts- und Sozialstaatlichkeit, die der Herrschaftsausübung Schranken setzt und dem Volk egalitäre Rechte und Freiheiten gewährt.*

Für die Umsetzung komparativer Untersuchungen ergibt sich allerdings auch mit einem solchen *Kriterienkatalog* noch die Notwendigkeit, Indikatoren zu finden, die die einzelnen Dimensionen der Demokratie wissenschaftlich fassbar machen. Wie lässt sich beispielsweise *bürgerliche Partizipation* messen oder anhand welcher Variablen kann *gesellschaftlicher Pluralismus* erhoben werden? Daneben gilt es, Verfahren zu finden, die diese Indikatoren adäquat erfassen und abbilden, um die praktische Ausgestaltung demokratischer Regime in verschiedenen Staaten zu beschreiben, zu verstehen und zu vergleichen.

2.4) Demokratie(n) vermessen und vergleichen

Das Themenspektrum des Vergleichs politischer Systeme lässt sich grob in drei Bereiche unterteilen: Erstens, die Auseinandersetzung mit Regime-(Sub-Typen) und deren kennzeichnenden Eigenschaften. Zweitens, die Betrachtung von Regimewandel, -Stabilität und -Konsolidierung. Drittens, die Auswertung von Regimequalität(en). Nach und nach hat sich in der Disziplin jedoch – so *Schmidt* – ein Wandel vollzogen und heute steht „nicht mehr so sehr die Frage, ob ein politisches System [überhaupt] eine Demokratie ist oder nicht, sondern eher die Frage ‚Wie demokratisch sind Demokratien?‘ (...)“ (zit. nach: Pickel / Müller 2006: 136) im Fokus (Vgl. Jahn 2007: 16-22; Landman / Rubinson 2009: 1-8; Ragin / Rubinson 2009: 13-17; Boix / Stokes 2011: 544-546; Lauth / Pickel / Pickel 2014: 17-22).

Entsprechend haben sich Diskussion in der vergleichenden Politikwissenschaft in jüngerer Zeit zunehmend von der Unterscheidung der *absoluten Pole Demokratie* und

Autokratie in Richtung gradueller und relativer Differenzierungen, in *Regime mit Adjektiven*, verschoben. Zwischen vollwertigen Demokratien und vollständigen Autokratien stehen sogenannte defizitäre Regimeformen, die entweder sowohl Charakteristika autokratischer als auch demokratischer Systeme aufweisen, oder die die einzelnen Prinzipien einer demokratischen beziehungsweise autokratischen Herrschaft nicht komplett erfüllen (Vgl. Lauth / Pickel / Pickel 2015: 162-165). Im ersten Fall spricht man auch von „hybriden Systeme[n]“ (ebd.: 162), im zweiten von „verminderten Subtypen“ (ebd.).

Um die Qualität politischer Regime – im Sinne des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit interessiert allein die Demokratie – wissenschaftlich zu erfassen, haben sich quantitative Verfahren – vor allem Indizes, die mehrere Variablen und unterschiedliche Dimensionen kombinieren – als *Methode der Wahl* erwiesen. Qualitatives Design ist zur Beurteilung der Güte von Herrschaftsformen zwar weniger bedeutsam, doch können qualitative Definitionen von Regimecharakteristika durchaus als Maßstab für Messungen herangezogen werden. Zum Beispiel ist die Mixed-Method-Studie *Patterns of Democracy* (Orig. 1999 / 2012) von *Lijphart* immernoch *Standardlektüre* und die dort ausgearbeiteten Modi „Konsens-Demokratie“ (Lijphart 2012: 30) und „Westminster-Demokratie“ (ebd.: 9) werden vielfach zur Beschreibung nationalstaatlicher Demokratien genutzt (Vgl. Lijphart 2012: 9-45; Pickel / Pickel 2012: 2-11; Lauth / Pickel / Pickel 2014: 182-186; Marschall 2014: 70-76).

Die Entwicklung der empirisch-vergleichenden Demokratiemessung geht im Wesentlichen auf die von *Robert Dahl* (1971) entworfene „Polyarchie“ (ebd.: 8) zurück. Aus *Dahls* Sicht ist die Demokratie bloß ein normativer Idealtyp politisch-gesellschaftlicher Ordnung, dem sich Staaten bestenfalls annähern können. Die Polyarchie sei dieses System der maximal möglichen Annäherung an die Demokratie und zeichne sich durch einen Dualismus aus parteipolitischem Wettbewerb und Chancen einfacher politischer Beteiligung aus. Letztere Variable wird über den Prozentsatz der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung gemessen, Ersteres entlang der Verfügbarkeit pluraler politischer Information, dem Grad von Organisations-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie der formellen Ausgestaltung des Wahlrechts (Vgl. Dahl 1971: 1-32, 231-237; Munck / Verkuilen 2002: 5-33; Pickel / Pickel 2006: 162-168; Campbell / Barth 2009: 212; Munck 2014: 2-21; Hartmann 2015: 33-36; Coppedge et al. 2020: 2-6).

„Dahls Polyarchie ist ein Meilenstein der Demokratiemessung“ (zit. nach Schmidt 2019: 290) und seit der Veröffentlichung sind in der Forschung diverse Verfahren zur Erhebung, Messung und Auswertung demokratischer Systeme entstanden, die sich an *Dahl* orientieren, den Ansatz erweitern, ihn weiterentwickeln oder sich klar von diesem abgrenzen. Ausgestaltung und Umfang der Instrumente variieren sehr stark, was aufgrund der Umstrittenheit des Demokratiebegriffs (siehe 2.3) kaum verwundert. Einigen

Autor*innen genügt die Polyarchie als Maßstab zur Evaluierung der Regimegüte – da Wettbewerb und Partizipation den Kern *demokratischer* Regime ausmachen würden – während für andere sowohl prozedurale als auch substanzielle Kriterien für die Bewertung der Demokratiequalität herangezogen werden müssen (Vgl. Pickel / Pickel 2006: 194-270; Schultze 2010: 34-68; Hartmann 2015: 141-150; Lauth / Pickel / Pickel: 2015: 162-168; Schmidt 2019: 290; Coppedge et al. 2020: 1-25).

Ein allgemein-akzeptiertes Modell – als Orientierungspunkt für die Vermessung demokratischer Herrschaft – ist bisher zwar nicht gefunden, doch werden einige Indizes besonders regelmäßig genutzt. Zu nennen sind insbesondere der *Freedom House Index*, der auf politische Rechte und Freiheiten abzielt, der *Polity-Index* und der *Vanhanen-Index*, die bürgerliche Partizipation und Parteienwettbewerb – die Kerngedanken der Polyarchie – fokussieren, oder der *Bertelsmann-Transformationsindex*, der marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien mit Demokratiekriterien verbindet. Für all diese Messinstrumente gilt aber: Sie werden ebenso häufig genutzt, wie sie kritisiert werden (Vgl. Munck / Verkuilen 2002: 5-33; Pickel / Müller 2006: 135-170; Schultze 2010: 34-68; Lauth / Pickel / Pickel 2014: 163-165; Boese 2019: 19-29; Coppedge et al. 2020: 1-25).

Probleme ergeben sich für sämtliche Methoden der Demokratiemessung – so *Pickel / Müller* (2006) und *Munck / Verkuilen* (2002) – im Besonderen betreffend die verwendeten Konstrukte und Indikatoren hinsichtlich deren inhaltlicher Qualität. Dies kann zum Beispiel darauf zurückgehen, dass die theoretische Einbettung eines Modells den Einbezug oder die Auslassung von bestimmten Variablen nicht angemessen begründet und diese eigentlich herausgelassen werden könnten. Teilweise sind in Messverfahren genutzte Indikatoren nicht eindeutig und trennscharf zueinander definiert, sodass bestimmte Dimensionen von denselben Faktoren gemessen werden, obwohl sie eigentlich zusammengefasst werden sollten. Vereinzelt wird gar die Messbarkeit der Demokratie an sich abgestritten (Vgl. Munck / Verkuilen 2002: 5-33; Pickel / Müller 2006: 147-165).

Demokratie ist ein multidimensionaler, diffuser und kontroverser Begriff – das haben die holzschnittartigen Ausführungen über die (empirische) Demokratieforschung in diesem und im vorherigen Abschnitt aufgezeigt. Obwohl die komparative Regimeforschung zu den wichtigsten Feldern der Politikwissenschaft zählt, sind genutzte Definitionen der Demokratie und verwendete Methoden äußerst divers und umstritten. Hinsichtlich des Demokratieverständnisses, einer der beiden zentralen Variablen dieser Arbeit, haben die Uneindeutigkeit des Demokratiekonzepts sowie das Fehlen allgemein-akzeptierter Kriterien, woran diese Herrschaftsform festzumachen ist, Konsequenzen. Hierauf soll in den Kapiteln drei und vier im Detail eingegangen werden.

Dritter Block: Einstellungen, Parteipräferenzen und Wahlverhalten

2.5) Politische Einstellungen in der empirischen Wahlforschung

Wahlen gehören zur Demokratie, wie der Motor zu einem Automobil – so oder ähnlich lässt sich die Bedeutung von Gelegenheiten elektoraler politischer Beteiligung für die Bürger*innen als *Triebfeder* demokratischer Systeme verbildlichen. Wahlen gelten als *das Format* öffentlicher Partizipation an der Herrschaftsausübung in demokratischen Regimen schlechthin und unabhängig davon, welches Theoriemodell oder welche praktische Ausgestaltung von Demokratie betrachtet wird, sind Wahlen parlamentarischer Repräsentant*innen fast immer als ein Kernelement vorzufinden. Dass die Auseinandersetzung mit Wahlen, dem Wahlrecht und unterschiedlichen Wahlsystemen in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition hat, erscheint aufgrund dessen nur wenig verwunderlich (Vgl. Roth 2008: 11-15; Rudi / Schoen 2014: 405-407; Schmitt 2014: 3-29; Schultze 2016: 1-2).

Besonderes Interesse erfährt die Frage, warum bestimmte Personen oder Personengruppen diejenigen Wahlentscheidungen zugunsten bestimmter Parteien treffen, die sie treffen. Motivation und Beweggründe für die Unterstützung und Präferenz einzelner politischer Parteien sowie entsprechendes Wahlverhalten sind Themen, die sowohl in der politischen Soziologie als auch in der politikwissenschaftlichen Wahlforschung und in der politischen Psychologie bearbeitet werden. Individuellen Einstellungen kommt dabei – so die verbreitete Einschätzung – eine wichtige Rolle zu, denn Wahlentscheidungen stünden in enger Verbindung mit persönlichen Überzeugungen, Meinungen und Wertevorstellungen (Vgl. Roth 2008: 11-15, 42-51; Jessen 2014: 74-94; Schultze 2016: 157-167; Hutchings / Jefferson 2018: 21-28).

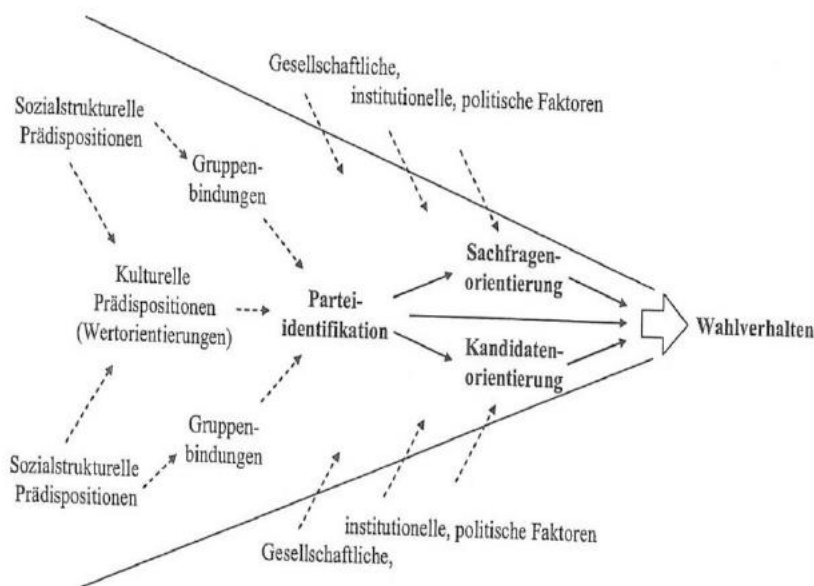
Die ersten bedeutsamen und systematischen Untersuchungen von Wahlverhalten und potenziellen Einflussfaktoren wurden in den 1950er- und 1960er Jahren in den USA durchgeführt. Mit der Studie *The Voter Decides* (1954) richtete sich der Blick in erster Linie auf sozialpsychologische und emotionale Faktoren, die Parteipräferenzen und Wahlverhalten erklären würden. Maßgebend für Wahlentscheidungen seien kontext- und zeitgebundene Kandidierenden- und Sachorientierungen, die sich wechselseitig beeinflussen (können) und jeweils eigene Effekte ausüben. Ebenso relevant sei die Identifikation mit und das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Partei, wobei auch dieses über die vorgenannten Aspekte vermittelt sein, aber auch selbst einen Einfluss auf Sach- und Kandidierendenorientierung haben kann (Vgl. Roth 2008: 42-46; Jessen 2014: 81-82; Schultze 2016: 9-16; Hutchings / Jefferson 2018: 21-28; McAllister 2018: 9-12).

Erweitert wurde die Erklärungsperspektive aus *The Voter Decides* einige Jahre später in *The American Voter* (1960). Das dort vorgestellte Ann-Arbor- beziehungsweise Michigan-Modell – das in *Abbildung 1* zu sehen ist – ergänzte das Ursprungsmodell um

zusätzliche Faktoren, die den sozialpsychologischen Elementen (Sach- und Kandidierendenorientierung sowie Parteiidentifikation) entweder zeitlich vorgelagert sind oder die ihren Einfluss parallel zur endgültigen Herausbildung dieser Einstellungsdimensionen entfalten (Vgl. Roth 2008: 42-46; Jessen 2014: 81-82; Schultze 2016: 16-23; Hutchings / Jefferson 2018: 21-28).

Einflüsse der Sozialstruktur, innerhalb derer Personen leben, handeln und mit anderen interagieren, würden die von Individuen vertretenen kulturellen Vorstellungen, Weltbilder und Wertegerüste beeinflussen. Zusammen mit der Bindung an die und der Identifikation mit der – sozialstrukturell und kulturell homogenen – Gruppe, der man zugehörig ist, würden sich spezifische individuelle und kollektive Identitäten herausbilden, die sowohl politische Einstellungen und Überzeugungen als auch die Bevorzugung bestimmter Parteien prägen. Die Parteipräferenz ist somit wesentlich auf Sozialisationsprozesse zurückzuführen, die Wähler*innen durchlaufen (haben) und die kontextabhängige Einflüsse ausüben. Parteibindung und Wahlverhalten seien daher quasi *natürliche Folgen* der Sozialisation und spiegeln die Wertegerüste und Haltungen derjenigen Gruppen wider, denen Personen angehören (Vgl. Roth 2008: 42-46; Jessen 2014: 81-82; Schultze 2016: 16-23; Hutchings / Jefferson 2018: 21-29).

Abbildung 1: Das Ann-Arbor-Modell zur Erklärung von Wahlverhalten



(Quelle: Schultze 2016: 17)

Das Ann-Arbor-Modell wurde seither fortlaufend weiterentwickelt und wird – in der einen oder anderen Form – immernoch regelmäßig verwendet. Neben der sozialpsychologischen Erklärungsperspektive haben sich in der zeitgenössischen Forschung darüber hinaus vor allem soziologische Ansätze und die politische Ökonomie – unter Nutzung des Rational-Choice-Modells – als populär erwiesen (Vgl. Schoen 2009: 181-196; Jessen 2014: 73-94; Schultze 2016: 23-156; McAllister 2018: 21-40).

Die politische Ökonomie folgt dem Gedanken, dass Menschen rational – oder zumindest bedingt-rational – handelnde Subjekte seien, die ihre Entscheidungen auf Grundlage eines „Kosten-Nutzen-Kalküls“ (Roth 2008: 51) treffen. Personen streben danach, unter Einsatz möglichst geringer Ressourcen, einen maximalen *Profit* zu erzielen. Hinsichtlich ihrer Wahlentscheidungen würden Bürger*innen entlang dieser *Kalkulationen* darüber entscheiden, welche Partei die eigenen Interessen und Wünsche vermutlich möglichst passgenau umsetzen würde – und auch umsetzen kann. Durch die Ausübung des Wahlrechts und die Wahl einer bestimmten Partei soll in diesem Sinne der größtmögliche persönliche Nutzen unter Abschätzung und Minimierung des Risikos erreicht werden (Vgl. Roth 2008: 51-55; Schoen 2009: 192-196; Arzheimer / Schmitt 2014: 339-377; Jessen 2014: 86-92, 121-126; Dowding 2018: 30-40).

Neben der Erwartung einer zukünftigen Erfüllung der eigenen Politikpräferenzen durch die gewählte Partei erfolgt auch eine rückblickende Bewertung der bisherigen Leistungen von Parteien hinsichtlich der Umsetzung der eigenen Vorstellungen. Politische Einstellungen drücken sich in diesem Ansatz allein in der Bewertung von *Policies* und der Performanz von Parteien betreffend die eigenen Forderungen, Wünsche und Erwartungen aus (Vgl. Roth 2008: 51-55; Schoen 2009: 192-196; Arzheimer / Schmitt 2014: 339-377; Jessen 2014: 86-92, 121-126; Dowding 2018: 30-40).

Soziologische Perspektiven beziehen die – in der sozialpsychologischen Perspektive ebenfalls angesprochenen – Aspekte der individuellen Sozialisation und Lebensumstände ein, setzten diese und ihre Effekte auf das Wahlverhalten jedoch in einen anderen Fokus. Mikrosoziologische Positionen betrachten dabei die Lebenssituationen von Individuen sowie Effekte der persönlichen Lage und von Interaktionen in einem homogenen sozialstrukturellen Umfeld. Diese würden die Interessen und Bedürfnisse von Personen prägen, welche wiederum die Grundlage von Wahlentscheidungen bilden (Vgl. Roth 2008: 29-42; Schoen 2009: 183-187; Jessen 2014: 73-111; Schoen 2014: 169-195; Hutchings / Jefferson 2018: 21-29).

Auch die Identifikation mit der eigenen Lebensrealität und den umgebenden Personen sowie Bindungen an Peer-Groups spielen eine Rolle. Ähnlich wie beim Ann-Arbor-Modell sind Parteipräferenz und Wahlverhalten soziologisch eine Konsequenz aus Sozialisationserfahrungen, doch wird die Verengung auf Issue- und Kandidierendenorientierung – die sozialpsychologisch das Wahlverhalten vermitteln – aufgegeben. Stattdessen seien vornehmlich die sozialen Einbettungen von Individuen für ihr Wahlverhalten entscheidend (Vgl. Roth 2008: 29-42; Schoen 2009: 183-187; Jessen 2014: 73-111; Schoen 2014: 169-195; Hutchings / Jefferson 2018: 21-29).

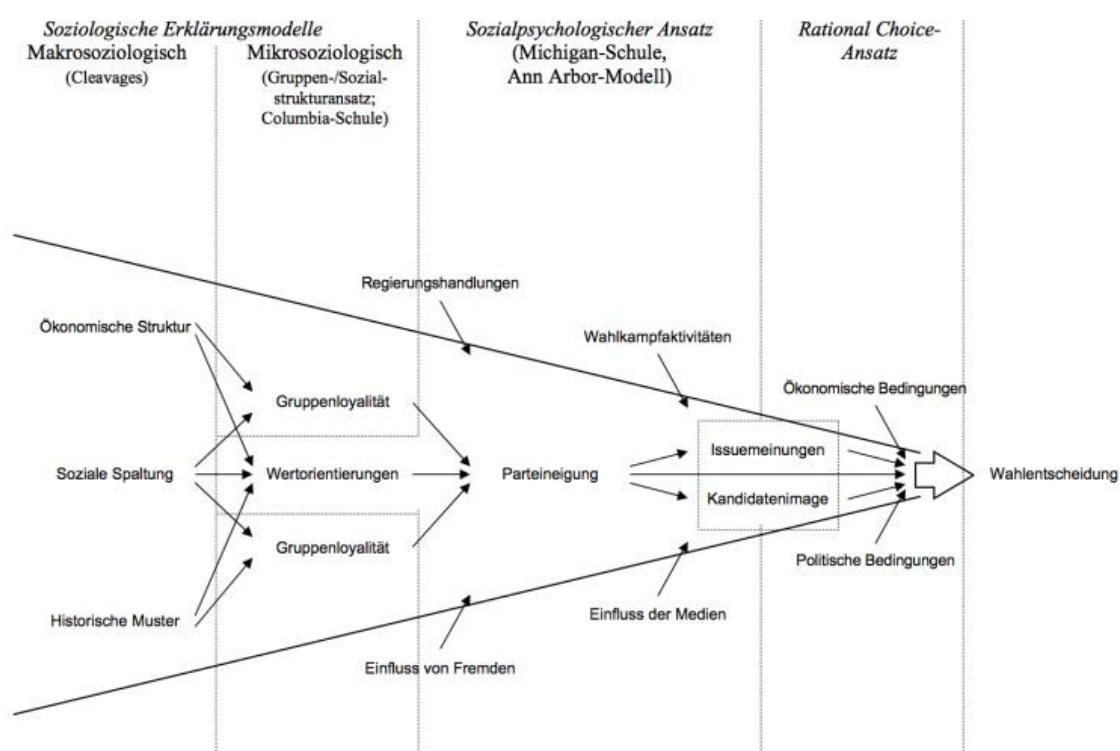
Makrosoziologische Perspektiven erheben die Annahmen betreffend Gruppenbindungen und der sozialstrukturellen Prägung von Wertevorstellungen und politischen

Präferenzen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene und argumentieren, dass sich historische Konfliktlinien zwischen Großgruppen und Schichten – sogenannte Cleavages – etabliert hätten. Die Mitglieder einzelner Gruppen verfügten über distinkte Präferenzen und Identitäten, die sich auf ihre Denkweisen und Handlungen auswirken und ihr Wahlverhalten determinieren (Vgl. Roth 2008: 29-42; Schoen 2009: 183-187; Jessen 2014: 73-111; Schoen 2014: 169-195; Hutchings / Jefferson 2018: 21-29).

Die Vielfalt von Erklärungsperspektiven der Wahlforschung und identifizierter Einflussgrößen wird in *Abbildung 2* zusammenfassend illustriert. In logischer und zeitlicher Beziehung von Aspekten zueinander ergibt sich ein Kausalmodell, das mögliche Wirkzusammenhänge der einzelnen Variablen darstellt und ihre Effekte in Beziehung setzt.

Makro- und mikrosoziologische Faktoren (Cleavages, Sozialstruktur, Sozialisation, kulturelle Prägungen, Gruppenbindungen) wirken laut diesem Kausalmodell auf die Herausbildung von Bedürfnissen, Einstellungen, Meinungen und Wertevorstellungen von Individuen ein. Die Parteiidentifikation weicht der – weniger strikten – Parteineigung, was als sinnvoll zu erachten ist, da sich tradierte und milieubezogene Parteibindungen mit der Zeit zunehmend abgeschwächt haben. Parteiidentifikationen entfalten unter Umständen zwar noch immer Einflüsse auf das Wahlverhalten, können jedoch nicht mehr – wie etwa noch zur Mitte des 20. Jahrhunderts – mehr oder weniger bedingungslos angenommen werden. Ökonomische und politische Kontexte – wie Krisensituationen, kurzfristige Friktionen oder konkretes Parteihandeln – stehen als Vermittlungsaspekt kurz vor der endgültigen Wahlentscheidung und wirken *von außen* auf Individuen ein.

Abbildung 2: Kausaltrichter von Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten



(Quelle: FES o.J.: o.S.)

Politische Einstellungen, Wertevorstellungen und Meinungen scheinen also einen durchaus starken Einfluss auf Parteipräferenzen und das Wahlverhalten von Individuen zu nehmen. Wenig verwunderlich werden sie deshalb in verschiedenen Einzelansätzen der Wahlforschung eingebunden und sind im obigen Kausaltrichter an unterschiedlichen Punkten zu finden.

An dieser Stelle ergibt sich die Frage, inwieweit Einstellungsmuster ganz konkret auf die Wahlentscheidung zugunsten bestimmter Parteien einwirken und – im Lichte der Forschungsfrage – welche Relevanz diese für die Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien haben. Sich schwerpunktmäßig mit dem individuellen Demokratieverständnis zu befassen – einer für die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien bisher nur wenig beachteten Einstellungsvariable – erscheint in diesem Zusammenhang äußerst lohnenswert. Während die weitere Begründung dieser Fokussierung sowie die Herleitung der Variable *Demokratieverständnis* in Kapitel drei und vier umfassenden Raum erhält, soll der nächste Abschnitt zunächst darlegen, welche Einstellungen gemeinhin als bedeutsam für rechtspopulistisches Wahlverhalten gelten.

2.6) Einstellungen und rechtspopulistische Parteipräferenzen

Wie bereits erwähnt, sind in der Literatur unterschiedliche Ansätze zur Erklärung rechtspopulistischer Wahlerfolge zu finden (2.2). Diese Perspektiven beschreiben dabei nur vereinzelt spezifische Einflussvariablen – zum Beispiel Deprivation oder politische Unzufriedenheit – sondern vielmehr Gelegenheitsstrukturen, die dem Aufstieg von Rechtspopulist*innen *den Weg geebnet* haben. Politische Einstellungen lassen sich dabei als *Vermittler* ausmachen, die erklären können, weshalb gerade rechtspopulistische Parteien von diesen Gelegenheiten, Umständen und Situationen – wie etwa der Globalisierung – profitieren können.

Die Zusammenhänge zwischen spezifischen persönlichen Einstellungen und rechtspopulistischer Parteipräferenz beziehungsweise rechtspopulistischem Wahlverhalten wurden und werden breitgefächert diskutiert und untersucht. Es existieren daher zahlreiche Studien, die der Frage nachgehen, ob unter Unterstützer*innen rechtspopulistischer Parteien geteilte Einstellungsmuster bestehen und ob diese – auch über Landesgrenzen hinweg – einen messbaren Effekt auf Parteipräferenzen und das Wahlverhalten haben (können). Es hat sich gezeigt, dass vor allem drei Gruppen von Einstellungsindikatoren positive Effekte auf die Wahrscheinlichkeit der Unterstützung und Wahl rechtspopulistischer Parteien zuzurechnen sind: a) *Politisches Vertrauen, Anti-Elitarismus & Plebiszitarismus* b) *Euroskeptizismus* sowie c) *Nationalismus, Nativismus & Autoritarismus* (Vgl. Algan et al. 2017: 313-319; Rooduijn 2018: 354-357, 360-365; Geurkink et al. 2020: 249-253, 257-264).

a) Politisches Vertrauen, Anti-Elitarismus & Plebiszitarismus

In den vorausgehenden Abschnitten wurde dargelegt, dass objektive oder subjektive Deprivationszustände und empfundene sozioökonomische Benachteiligungen dazu führen können, dass Betroffene politische Entscheidungsträger*innen – Politiker*innen, Parteien oder Regierungen – negativ bewerten und ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen – im Sinne der Bürger*innen – in Zweifel ziehen. Sprechen Personen den dominierenden gesellschaftlich-politischen Akteur*innen die „Gestaltungs- und Ausgleichsfähigkeit“ (Krell / Meyer / Mörschel 2012: 14) zur Erfüllung des *Wohlstandsversprechens* der Demokratie ab, sind Unzufriedenheit mit den relevanten Akteur*innen und Institutionen oder ein Verlust des politischen Vertrauens eine wahrscheinliche Folge (Vgl. Spier 2010: 98-101; Arzheimer 2017: 285; Rico / Guinjoan / Anduiza 2017: 444-450, 453-456; Rooduijn 2018: 356-357; Margalit 2019: 152-159; Geurkink et al. 2020: 249-252).

Betroffene könnten sich in Konsequenz entweder weitgehend aus dem politischen Partizipationsprozess zurückziehen, und dem System apathisch begegnen, oder sich Parteien zuwenden, die dem *Establishment* entgegenstehen und die genannten Kritikpunkte als Teil ihres Programms aufgreifen. Rechtspopulistisches Wahlverhalten ist in dieser Hinsicht als *Symptom* geschwundenen Vertrauens in die herrschenden Akteur*innen und als Ausdruck des Protests gegen die – als rein eigeninteressiert wahrgenommene – *Elite* zu werten. Die genannten Ungleichgewichte in der Repräsentation von und Responsivität gegenüber marginalisierten Gruppen sowie Effekte der ökonomischen wie kulturellen Globalisierung dürften hier ebenso eine Rolle spielen (Vgl. Spier 2010: 98-101; Algan et al. 2017: 313-319, 350-374; Rico / Guinjoan / Anduiza 2017: 444-450, 453-456; Rooduijn 2018: 356-357; Margalit 2019: 152-167; Geurkink et al. 2020: 249-252).

Untersuchungen haben gezeigt, dass Personen, die negativ gegenüber den demokratischen Institutionen und politisch Handelnden – Parlament, Regierung und Parteien im Speziellen, Politiker*innen im Allgemeinen – eingestellt sind und über ein geringes politisches Vertrauen verfügen, mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit rechtspopulistische Parteien unterstützen. Kritik an einer *korrupten Elite* und entsprechende antielitäre Rhetorik, die den Willen des einfachen Volkes als politischen Orientierungspunkt forciert und mehr Mitbestimmung der Bürger*innen fordert, zielt genau auf solche Einstellungsmuster ab. Rechtspopulist*innen stellen sich und ihre Politik als Alternative zum *verkrusteten Parteiensystem* dar, was Unterstützung unter Personen mobilisieren kann, die die Gemeinwohlorientierung etablierter Parteien anzweifeln (Vgl. Rooduijn 2015: 5-6; Algan et al. 2017: 313-319, 350-374; Arzheimer 2017: 285; van Hauwaert / van Kessel 2018: 69-87; Margalit 2019: 152-167; Geurkink et al. 2020: 249-252).

b) Euroskeptizismus

Das Vertrauen von Individuen in die dominierenden Akteur*innen eines politischen Systems kann sich auch im Kontext der fortschreitenden europäischen Integration, die mit einer Verlagerung staatlicher Handlungsbefugnisse auf die supranationale Ebene einhergeht, verringern. Der europäischen Staatengemeinschaft und ihren Entscheidungsträger*innen wird vielfach unterstellt, dass sie nicht genug für die Bevölkerungen in den Mitgliedsstaaten leisten und nationalstaatliche Interessen missachten würden. Die Union greife in einem übermäßig starken Maße in die Regulierungshoheit der Mitgliedsländer ein und verschiebe Entscheidungsprozesse zu politischen Sachfragen – die für die nationalen Gesellschaften bedeutsam sind – in Gremien, die von „immer länger werdenden Legitimationsketten und wachsender Intransparenz“ (Decker / Lewandowsky 2017: 27) gekennzeichnet sind (Vgl. Hartleb 2011: 32-34; Halikiopoulou / Nanou / Vasilopoulou 2012: 504-525; Decker / Lewandowsky 2017: 27; Rooduijn 2018: 355-357).

Durch die Europäisierung von Beratungs- und Entscheidungsverfahren gingen Einflussmöglichkeiten für die Bürger*innen, Rechenschaftspflichten gegenüber der Öffentlichkeit und Gestaltungspotentiale nationalstaatlicher Parteien, Verbände und so weiter verloren. Die in der Demokratie angenommene und zum Ideal erhobene *Volkssouveränität* werde durch die EU-Integration – so die EU-skeptische Ansicht – geschwächt. Die Entscheidungsgefüge auf Unionsebene entzögen politisches Handeln, dass sich mittel oder unmittelbar auf die Bürger*innen auswirkt, der öffentlichen Kontrolle und die EU *regiere* die Einwohner*innen der Mitgliedsstaaten *von oben herab* (Vgl. Hartleb 2011: 32-34; Halikiopoulou / Nanou / Vasilopoulou 2012: 504-525; Werts / Scheepers / Lubbers 2012: 200-201; Gómez-Reino / Llamazares 2013: 796-801; Rooduijn 2018: 355-357).

Der antieuropäische Kurs rechtspopulistischer Parteien bezieht sich unmittelbar auf diese Positionierung und stellt dem supranationalen System eine Stärkung der Rolle der Nationalstaaten und die Rückführung von Handlungsbefugnissen auf die nationale Ebene gegenüber. Insoweit wird der Wunsch nach stärkerer, öffentlicher politischer Kontrolle, transparenteren und nachvollziehbareren Entscheidungsverfahren und einfacheren Einflussmöglichkeiten für die Bürger*innen bedient. Euroskeptizismus ist aus diesem Grund als ein Einstellungsindikator zu verstehen, der rechtspopulistische Parteipräferenzen und entsprechendes Wahlverhalten begünstigen kann (Vgl. Arzheimer 2009: 259-265, 267-274; Halikiopoulou / Nanou / Vasilopoulou 2012: 504-525; Werts / Scheepers / Lubbers 2012: 200-201; Gómez-Reino / Llamazares 2013: 796-811; Brack / Startin 2015: 239-242).

c) Nationalismus, Nativismus & Autoritarismus

Die Ablehnung europäischer Integration, das Streben nach einem Zurückfahren supranationaler Herrschaftsausübung sowie nach einer Stärkung nationalstaatlicher

Handlungs- und Entscheidungsbefugnisse steht unter Umständen auch im Zusammenhang mit nationalistischen und nativistischen Einstellungen. Für Personen, die über solche Haltungen verfügen, kann die rechtspopulistische Konstruktion einer homogenen und überlegenen nationalstaatlichen Kultur und Identität, die gegen Einflüsse von außen – durch *Fremdbestimmung aus Brüssel* oder durch Migration – geschützt werden müsse, attraktiv erscheinen. Globalisierung und europäische Integration – samt Regelungen wie der Freizügigkeit für EU-Bürger*innen – schaffen die Basis, dass nationalistische und nativistische Einstellungsmuster Wirkung entfalten und sich auf Parteipräferenzen und das Wahlverhalten auswirken können (Vgl. Halikiopoulou / Nanou / Vasilopoulou 2012: 504-525; Rooduijn 2014c: 81-82, 86-90; Dunn 2015. 369-378; Lubbers / Coenders 2017: 98-116).

Bedeutsam für rechtspopulistisches Wahlverhalten sind – so einige Autor*innen – auch nativistische Vorstellungen. Demnach sollen die *Annehmlichkeiten* eines nationalstaatlichen Systems nur den Einheimischen zustehen. Regelungen, die ausländischen EU-Bürger*innen vergleichbare Rechte wie nationalen Bürger*innen gewähren oder die eine staatliche Unterstützung von Migrant*innen festlegen, können unter nativistisch eingestellten Personen für Wut und Unzufriedenheit sorgen. Aus einer chauvinistischen Sicht heraus, sollten sämtliche Vorteile des Sozialstaates schließlich nur den Staatsbürger*innen eines Landes zugutekommen. Rechtspopulist*innen greifen diese Positionen zu meist ebenfalls in ihren Forderungen auf (Vgl. Halikiopoulou / Nanou / Vasilopoulou 2012: 504-525; Rooduijn 2014c: 81-82, 86-90; Dunn 2015. 369-378; Lubbers / Coenders 2017: 98-116).

Ferner werden autoritäre Einstellungsmuster als relevante Einflussvariablen für die Wahl rechtspopulistischer Parteien ausgemacht. Für lateinamerikanische Staaten konnten *Cohen / Smith* (2016) verdeutlichen: „Yes, authoritarians – defined by parenting attitudes – do tend to vote for authoritarian candidates – defined by disregard for civil liberties and democratic checks and balances“ (ebd.: 6). Autoritarismus – der auch von Rechtspopulist*innen vertreten wird – ist durch antiliberale und antipluralistische Positionen gekennzeichnet und steht der üblichen Interpretation einer liberal-repräsentativen Demokratie entgegen. Bürgerliche Rechte und Freiheiten sowie politische Diskurse fänden ihre Grenze in der Mehrheitsmeinung, dem *Volkswillen*, an dem sich Politiker*innen, Parteien und Regierungen orientieren müssten (Vgl. Rooduijn 2014c: 80-83, 86-90; Dunn 2015: 368-369, 371-378; Cohen / Smith 2016: 1-7; Donovan 2019: 9-15).

Diese Erkenntnis lässt sich auch auf Europa übertragen, wobei *Rooduijn* (2014c) hinsichtlich der Wirkungen der von Rechtspopulist*innen vertretenen nationalistischen, nativistischen und autoritären Vorstellungen betont: „It is the combination of these attitudes that makes that citizens vote for PRR [populist radical right] parties“ (ebd.: 89). Dies

entspricht *Spiers* (2010) These, dass die Kombination von „rechtsaffinen Einstellungsindekatoren“ (ebd.: 65) – nicht einzelne Einstellungen – geeignet ist, um rechtspopulistische Parteipräferenzen und Wahlverhalten zu erklären (Vgl. ebd.: 46-111, 150-254).

Von Bedeutung dafür, dass politische Einstellungen die Präferenzen zugunsten rechtspopulistischer Parteien auch tatsächlich beeinflussen können, ist – so *Hawkins / Rovira Kaltwasser / Andreadis* (2020) – dass diese „durch Kontexte aktiviert werden“ (ebd.: 285). Die Autoren gehen davon aus, dass Sichtweisen, die auch von Rechtspopulist*innen geteilt werden, zwar häufig in der Bevölkerung verbreitet sind, jedoch nur latent vorliegen. Autoritäre, nationalistische und nativistische Einstellungen, Euroskeptizismus oder politisches Misstrauen bedürfen demnach Umstände, um offen *zu Tage treten* und Wähler*innen zu motivieren Rechtspopulist*innen zu unterstützen. Solche Umstände können von Personen als krisenhaft und bedrohlich empfundene Lagen – wie die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa ab 2015 – sein (Vgl. *Rico / Guinjoan / Anduiza* 2017: 449-450; *Hawkins / Rovira Kaltwasser / Andreadis* 2020: 283-304).

Zusammenfassend lassen sich die Einflüsse von Einstellungen auf die Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien und rechtspopulistisches Wahlverhalten mit einem Zitat von *Rooduijn* (2015) umschreiben: „The general conclusion is that most individuals vote for PRR parties because they agree with them“ (ebd.: 6). Euroskeptizismus, Anti-Elitarismus, Plebiszitarismus sowie nationalistische, autoritäre und nativistische Haltungen bringen in diesem Sinne rechtspopulistische Parteien und ihre Wähler*innen zusammen. Dahingehend verbinden sie die in 2.2 beschriebenen Gelegenheitsstrukturen, die den Aufstieg rechtspopulistischer Gruppierungen ermöglicht haben, mit dem individuellen Akt einer rechtspopulistischen Wahlentscheidung. Die dahinterstehende Logik ist simpel: Personen, die über Vorprägungen verfügen, die den von Rechtspopulist*innen vertretenen Positionen entsprechen, können durch als einschneidend wahrgenommene Situationen zur Unterstützung von Rechtspopulist*innen bewegt werden.

Aus den in diesem Abschnitt in aller Kürze dargestellten Einstellungen, die rechtspopulistische Parteipräferenzen beeinflussen können, soll nur das *Vertrauen* in *Parteien, Parlamente* und *Regierungen* in die Analyse einbezogen werden. Dies liegt darin begründet, dass andere Indikatoren – wie Nationalismus oder Euroskeptizismus – im EVS-Datensatz nicht oder nur über ein Item erhoben werden, wodurch es nicht möglich ist, die Konstrukte in ausreichender Breite zu erfassen. Aufgrund der Fokussierung auf das Demokratieverständnis erscheint der Verzicht auf zusätzliche Einstellungen als Kontrollvariablen vertretbar. Daneben sollen noch die Merkmale Geschlecht, Alter, Bildungsstand sowie Haushaltseinkommen – als eine Variable der sozioökonomischen Lage – zur Kontrolle genutzt werden.

3.) Demokratieverständnisse und rechtspopulistische Parteipräferenzen

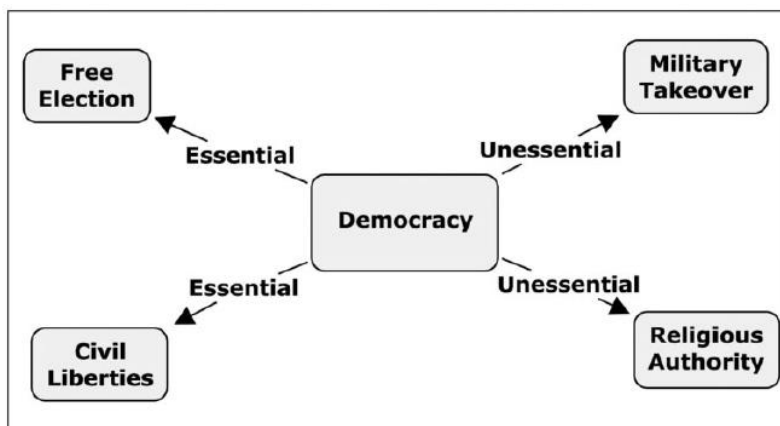
Dem Einfluss individueller Demokratieverständnisse auf die Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien ist in der Forschung bisher kaum Beachtung zugekommen. Dass man in der deutschsprachigen und internationalen politikwissenschaftlichen Literatur bis heute überhaupt nur wenige Publikationen findet, die sich diesem Thema widmen, ist nach *Steiner / Landwehr* (2018) „(...) insofern erstaunlich, als ein spezifisches Demokratieverständnis, neben Sachfragenpositionen, als zentrales Charakteristikum rechtspopulistischer Parteien angesehen werden muss“ (ebd.: 471). Ein möglicher Grund für das Fehlen von Studien in diesem Bereich dürfte auch in der Schwierigkeit der Begriffsbestimmung liegen, da – wie in 2.3 und 2.4 dargelegt – kaum Einigkeit über die Verwendung des Demokratiekonzepts und seine kennzeichnenden Eigenschaften besteht.

Einen adäquaten Maßstab zur Erfassung des Demokratieverständnisses zu finden, der allgemeine Akzeptanz erfahren könnte, erscheint dahingehend nur schwerlich umsetzbar und unabhängig davon, für welche Grundlage man sich letztendlich entscheidet, dürfte die gewählte Definition stets kontrovers diskutiert werden. Dennoch ist die Auswahl einer spezifischen Perspektive auf demokratische Herrschaft, anhand derer sich das Demokratieverständnis als Variable operationalisieren lässt, notwendige Voraussetzung für die vorgesehene wissenschaftliche Analyse. Die Basis einer solchen Entscheidung stellen Überlegungen darüber da, welche Merkmale der Demokratie als so bedeutsam gelten, dass ihr Einbezug in ein Analysemodell gerechtfertigt ist. Im besten Falle gelingt es, einen *Wesenskern* der Demokratie auszumachen, der – trotz aller Umstrittenheit des Konzepts – Charakteristika benennt, die als *Minimalkonsens* über die Kennzeichen demokratischer Systeme fungieren können.

Um das Demokratieverständnis von Individuen zu erheben, soll in dieser Arbeit ein Ansatz Anwendung finden, der ergründet, ob unter Bürger*innen ein Bewusstsein für – vorab definierte – Kerneigenschaften der Demokratie besteht und ob Personen in der Lage sind, bestimmte Merkmale als wichtige Elemente demokratischer Herrschaft zu identifizieren. Die Messung von Demokratieverständnissen zielt entlang dieses Vorgehens weniger auf persönliche Vorstellungen hinsichtlich der Ausgestaltung demokratischer Systeme ab – wie bei explorativen und vermutlich eher qualitativ angelegten Studien – sondern vielmehr auf die individuelle Fähigkeit Eigenschaften demokratischer Regime von solchen anderer Herrschaftsordnungen zu unterscheiden. Anhand einer solchen Methodik lassen sich Aussagen über die *Qualität* individueller Demokratieverständnisse treffen und ermitteln, zu welchem Grad Wissen über demokratische Herrschaft in einer Bevölkerung vorliegt.

Die Eignung eines solchen Verfahrens zur Bestimmung von individuellen Verständnissen der Demokratie wird auch von *Youngho Cho* (2014 / 2015) unterstrichen. Ihm nach setzt ein komplexes Verständnis der Funktionsweisen eines politisch-gesellschaftlichen Gemeinwesens – in diesem Falle der Demokratie – die grundsätzliche Befähigung voraus, dass Individuen diejenigen Aspekte, die den Kern dieses Systemtypus ausmachen, richtig zuordnen. Mit dem „informierten Demokratieverständnis“ (ebd.: 478) – in *Abbildung 3* dargestellt – hat *Cho* ein sparsames Instrument entwickelt, das die Güte des individuellen Demokratieverständnisses von der persönlichen Bewertung von vier Eigenschaften abhängig macht (Vgl. Cho 2014: 479-481; Cho 2015: 243-245).

Abbildung 3: Das informierte Demokratieverständnis nach Cho



(Quelle: Cho 2015: 244)

In Chos Perspektive gehören die *Gewährung bürgerlicher Freiheiten* sowie *freie Wahlen* zu den Kernelementen der Demokratie. *Religiöse Autorität über die Rechtssetzung* und *militärische Machtübernahmen* sind hingegen als Merkmale definiert, die der Demokratie entgegenstehen. Werten Proband*innen diese Punkte richtigerweise als essenziell / nicht-essenziell für die Demokratie, liegt ein „informiertes Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) vor und die Vorstellungen der Proband*innen entsprechen den idealtypischen Merkmalen, die Demokratien ausmachen würden. Selbstverständlich bestehen in Chos Ansatz Einschränkungen, wie der Autor selbst anmerkt:

„This study does not assume that these four characteristics are an exhaustive list of the attributes of democracy and those that democracy rejects. Nevertheless, they represent core elements common to various concepts of democratic and non-democratic regimes (...).“ (ebd.: 245).

Cho (2015) argumentiert jedoch, dass freie Wahlen – als prozedurales Kriterium der liberal-repräsentativen Demokratie – sowie bürgerliche Freiheiten – als substanzielles Kriterium – zeitgenössische Interpretationen von Demokratie ausmachen. Erstere würden ihrem Charakter als *Volksherrschaft* Geltung verleihen und Chancen zur politischen Beteiligung der Bürger*innen schaffen, plurale Interessen und Positionen in die Herrschaftsausübung einbinden und, durch die öffentliche Legitimierung gewählter

Repräsentant*innen, Rechenschaftspflichten der politisch Handelnden etablieren. Die Garantie bürgerlicher Freiheiten soll sicherstellen, dass Bürger*innen demokratischer Staaten vor Willkürherrschaft und undemokratischen Handlungen bewahrt werden und ihnen *Abwehrrechte* gegenüber dem Staat zustehen (Vgl. ebd.: 243-245).

Militärische Machtübernahme und religiöser Einfluss auf die Legislative und Exekutive stünden hingegen der Volkssouveränität in demokratischen Systemen diametral entgegen. „If such interference occurs, a democratic government cannot be fully accountable to its citizens, and thus citizens' choices would be impeded“ (ebd.: 245) – womit deutlich wird, dass diese Aspekte keine Kerneigenschaften der Demokratie darstellen und von Befragten auch nicht als solche identifiziert werden sollten. Letztlich eigne sich dieses schmale Modell – so *Cho* – als *baseline* zur Bestimmung eines fundamentalen Demokratieverständnisses in vergleichenden Untersuchungen (Vgl. Cho 2014: 479-781; Cho 2015: 240-245). Der Autor dieser Arbeit folgt dieser Einschätzung und zieht *Chos* Ansatz deshalb als maßgebliche Messgröße für individuelle Demokratieverständnisse heran, auch wenn dieser nur den *Grundcharakter* der liberalen Demokratie – nicht aber umfassende Eigenschaften der Regimeform – abbildet.⁴

Doch inwieweit unterschieden sich nun „populistische Demokratiekonzeptionen“ (Steiner / Landwehr 2018: 465) von gängigen Vorstellungen einer liberal-repräsentativen Demokratie und aus welchem Grund sollte gerade das Demokratieverständnis einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz haben?

Rechtspopulismus und die liberal-repräsentative Demokratie stehen – so die Mehrzahl der Autor*innen – in einem zweideutigen Verhältnis zueinander, doch wie die Beziehung beider Phänomene genau aussieht, ist in den Sozialwissenschaften umstritten. So überschreibt *Hartleb* (2012) seinen diesbezüglichen Artikel plakativ mit der Fragestellung: „Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?“ (ebd.: 22), *Mudde / Rovira Kaltwasser* (2012) sprechen davon, dass Populismus zugleich „corrective and threat to democracy“ (ebd.: 205) sei, *Decker* (2017) weist dem (Rechts-)Populismus demgegenüber eine klar antidemokratische Tendenz zu und *Vorländer* (2019b) betont, dass Populismus – je nach Fall – durchaus zu einer Stärkung demokratischer Teilhabe und Responsivität – und damit zu einem „Renewal of Democracy“ (ebd.: 17) – beitragen könne.

Ideologisch – dessen sind sich Forschende weitgehend einig – vertreten Rechtspopulist*innen allerdings eine kritische Haltung gegenüber den Werten und Idealen liberaler Demokratie. Im Lichte der in den vorherigen Kapiteln dargestellten inhaltlichen Orientierungen des Rechtspopulismus ist dies kaum überraschend, da die von

⁴ Eine tiefere Auseinandersetzung mit den Grenzen des Modells erfolgt im anschließenden Kapitel vier, im Rahmen der Darlegung des Forschungsdesigns.

Rechtspopulist*innen vertretene Idee eines homogenen Volkes sowie eines einheitlich-bestimmbaren *Volkswillens* dem der liberalen Demokratie inhärenten Pluralismus und der Achtung gesellschaftlicher Minderheiten und abweichender Meinungen widerspricht. Das Streben nach einer „plebiszitären Transformation“ (Decker 2018: 49) von Gemeinwesen, die sämtliches politisches Handeln regelrecht einer *Diktatur des Volkswillens* unterstellt, setzt den Prämissen liberal-demokratischer Wertegerüste – wie Minderheitenschutz und Gleichberechtigung vor dem Gesetz – eine autoritär-geprägte Alternative entgegen (Vgl. Abts / Rummens 2007: 415-419; Rovira / Kaltwasser 2012: 206-211; Decker 2018: 46-56; Steiner / Landwehr 2018: 465-468).

Das rechtspopulistische Demokratieverständnis ist tendenziell stark autoritär eingefärbt und – empirisch gesehen – merkt Decker (2018) an: „Der Blick nach Lateinamerika oder Osteuropa macht deutlich, dass es von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus häufig nur ein kurzer Weg ist“ (ebd.: 59). Zumindest die von Cho benannten Aspekte bürgerliche Freiheiten und freie Wahlen werden aus rechtspopulistischer Sicht – in ihrer liberal-repräsentativen Ausgestaltung – abgelehnt. Der Aspekt der Gefolgschaft gegenüber Regierenden – der ergänzend in der EVS zur Erhebung des Demokratieverständnisses enthalten ist und in der Analyse mitverwendet werden soll – verweist auf die proklamierte und geforderte Umsetzung einer *Law-and-Order-Politik*, auch gegen diejenigen Akteur*innen, die sich (vermeintlich) nicht am Volkswillen orientieren oder dessen rechtspopulistischer Konstruktion offen widersprechen (Vgl. Abts / Rummens 2007: 415-419; Rovira / Kaltwasser 2012: 206-211; Decker 2018: 46-56; Steiner / Landwehr 2018: 465-468).

In Bezug auf die – unter 2.5 und 2.6 erläuterten – Zusammenhänge zwischen individuellen politischen Einstellungen – im besonderen Maße dürfte der Autoritarismus wirkmächtig sein – lässt sich vermuten, dass ein autoritärer geprägtes Demokratieverständnis – das liberale Elemente, wie die Gewährung bürgerlicher Freiheiten, ablehnt – als möglicherweise relevanter Einflussfaktor für rechtspopulistische Parteipräferenzen zu werten ist. Der Gedankengang folgt der bereits eingebrachten These, dass Personen ihre Wahlentscheidungen und Parteipräferenzen vor allem von inhaltlicher Übereinstimmung zwischen ihnen und den zur Auswahl stehenden Parteien abhängig machen. Ein wenig „informiertes Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) und fehlende Kenntnisse über die Eigenschaften – und Nicht-Eigenschaften – demokratischer Regime oder mangelnde Unterstützung für liberal-demokratische Ideale könnten durchaus bedeutsame Argumente für rechtspopulistische Parteipräferenzen sein.

Chos Modell – das ist an diesem Punkt einschränkend anzumerken – erhebt nur ein grundsätzliches Verständnis für den Wesenskern liberal-demokratischer Herrschaftsordnung und beinhaltet keineswegs sämtliche Aspekte, die ein rechtspopulistisches

Demokratieverständnis auszeichnen (könnten). Fehlende Merkmale sind beispielsweise der Plebiszitarismus, aufgrund dessen Forderungen nach (mehr) direkter Demokratie Teil des Politikangebots vieler rechtspopulistischer Parteien sind, sowie sozialchauvinistische – oder gar ethnokratische Positionen – wonach liberale Rechte und Freiheiten – nicht allen Einwohnenden eines Landes, sondern nur den Staatsbürger*innen, zustehen sollten. Um das Themenfeld in ländervergleichender Perspektive zu sichten und Zusammenhänge zwischen Demokratieverständnissen und rechtspopulistischen Parteipräferenzen grundsätzlich zu erkunden, dürfte jedoch auch ein simplifiziertes Modell tauglich sein. Probleme, die mit *Chos* Konzeption einhergehen, werden in den Kapiteln 4.2 und 4.3 noch einmal detailliert behandelt.

Aus den bis hierhin getätigten Überlegungen – die eng an die Theorie und den Stand der Forschung angebunden sind – ergeben sich für die empirische Untersuchung in Kapitel acht Hypothesen, die anhand der statistischen Auswertung überprüft werden sollen und die die Analyse in ein leitendes Erkenntnisinteresses einbetten. Für die Kernvariable, das Demokratieverständnis, soll folgende Hypothese aufgenommen werden:

H1: Ein „informiertes Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) senkt die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz.

Betreffend die Kontrollvariablen politisches Vertrauen, Haushaltseinkommen, Bildungsstand, Geschlecht und Alter werden – ebenso auf Grundlage der verfügbaren Literatur – sieben Hypothesen über deren Einflüsse auf rechtspopulistische Parteipräferenzen beziehungsweise das Demokratieverständnis eingebunden. Wie in den Kapiteln 2.2 und 2.6 dargelegt, gilt geringes politisches Vertrauen als Einstellungsindikator, der rechtspopulistisches Wahlverhalten und entsprechende Parteipräferenzen begünstigen kann. Dahingehend soll folgende Annahme als Hypothese berücksichtigt werden:

H2: Ein geringes Vertrauen in Parteien, Parlamente und / oder Regierungen, erhöht die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz.

Deprivation und materielle Unsicherheit gelten – wie ebenfalls in 2.2 ausgeführt – als potenzieller Erklärungsfaktor für rechtspopulistisches Wahlverhalten und die Unterstützung entsprechender Parteien. Ein höheres Haushaltseinkommen sollte materielle Unsicherheit von Individuen unter Umständen reduzieren können und rechtspopulistische Parteipräferenzen dadurch unwahrscheinlicher machen (Vgl. Spier 2010: 49-51; Rucht 2016: 191-205). Hinsichtlich dessen soll daher folgende Hypothesen verwendet werden:

H3: Mit höherem Haushaltseinkommen, sinkt die Wahrscheinlichkeit der Präferenz einer rechtspopulistischen Parteipräferenz.

Untersuchungen haben gezeigt, dass Personen mit niedrigerem Bildungsstand tendenziell eher rechtspopulistische Parteien wählen als Personen mit höherem Bildungsstand. *Savelkoul / Scheepers* (2017) argumentieren, dass diese Effekte über politische

Einstellungen vermittelt seien, wobei kulturelle und ökonomische Ängste oder Euroskeptizismus unter Menschen mit niedrigerem Bildungsstand verbreiteter sind. Diese Personen seien auch häufiger von ungünstigen sozioökonomischen Lagen betroffen, die ebenfalls rechtspopulistische Parteipräferenzen bedingen könnten (Vgl. Lubbers / Gijsberts / Scheepers 2002; Lubbers / Tolsma 2011; Savelkoul / Scheepers 2017). Daraus ergibt sich die Hypothese:

H4: Mit höherem Bildungsstand, sinkt die Wahrscheinlichkeit der Präferenz einer rechtspopulistischen Partei.

Zudem kann man vermuten, dass höhere Bildungsabschlüsse und ein längerer Besuch von Bildungseinrichtungen für ein stärkeres Bewusstsein über die Kerneigenschaften der Demokratie sorgen könnten. Personen mit höherem Bildungsstand sollten darum eher in der Lage sein, die Charakteristika der Demokratie von nicht-demokratischen Aspekten zu unterscheiden.

H5: Personen mit höherem Bildungsstand verfügen über ein „informierteres Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) als Personen mit niedrigerem Bildungsstand.

Unter den Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien wurde bereits mehrfach ein „gender gap“ (Spierings / Zaslove 2017: 821) festgestellt. Männer unterstützen und bevorzugen rechtspopulistische Parteien im Schnitt deutlich häufiger als dies unter weiblichen Wähler*innen der Fall ist. Eine vielfach angebrachte Erklärung dafür liegt in unterschiedlichen, geschlechtsspezifischen Werteorientierungen, die bewirken, dass männliche Personen für autoritäre Positionen empfänglicher seien (Vgl. Kittilson 2016; Givens 2017; Spierings / Zaslove 2017). Zwei Hypothesen betreffend das Geschlecht lauten dahingehend:

H6: Die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz ist unter Frauen geringer als unter Männern.

H7: Frauen verfügen durchschnittlich über ein „informierteres Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) als Männer.

Für das Alter von Wähler*innen und Unterstützer*innen rechtspopulistischer Parteien ist die Studienlage ambivalent. Einige Autor*innen stellen keine signifikanten Zusammenhänge zwischen Lebensalter und der Wahl und Präferenz rechtspopulistischer Parteien fest, während andere gerade unter Menschen unter 40 Jahren höhere Anteile rechtspopulistischer Wähler*innen ausmachen. Da diese Einschätzung von dem Großteil der Publikationen tendenziell gestützt wird, soll auch für diese Arbeit davon ausgegangen werden, dass jüngere Menschen eher rechtspopulistische Parteien wählen (Vgl. Grabow / Hartleb 2014: 21-22; Lochoki 2014: 4-6; Arzheimer 2017: 284-285):

H8: Die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz ist unter älteren Personen geringer als unter jüngeren Personen.

4.) Forschungsdesign

In den vorausgehenden Kapiteln wurden die theoretischen Hintergründe dieser Arbeit beleuchtet, die maßgeblichen Konzepte hergeleitet und relevante Perspektiven auf Rechtspopulismus, Demokratie sowie die Erforschung von politischen Einstellungen, Parteipräferenzen und Wahlverhalten – vornehmlich zugunsten rechtspopulistischer Parteien – eingeführt. Damit sollte die Grundlage für eine intersubjektiv-nachvollziehbare und wissenschaftlich-fundierte Untersuchung möglicher Zusammenhänge zwischen individuellen Demokratieverständnissen und der Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien geschaffen werden. Hierauf aufbauend soll im folgenden Abschnitt das angewendete methodische Vorgehen dargestellt werden, wobei besonderes Augenmerk auf einer kritischen Reflexion und Diskussion der Relevanz, Chancen und Grenzen des Vorhabens und des genutzten Forschungsdesigns (4.3) liegt.

4.1) Vorstellung der Methode, Datenbasis und Fallauswahl

Im Fokus dieser Arbeit steht die Erkundung potenzieller Verbindungen zwischen Demokratieverständnissen und der Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien unter den Einwohner*innen europäischer Staaten. Methodisch soll dies über eine quantitative – das heißt numerische – sekundärstatistische Auswertung geschehen, die mit einer binären logistischen Regressionsanalyse umgesetzt wird. Unter Verwendung einer nominalen Dummy-Codierung für die abhängige – also zu erklärende – Variable, die Parteipräferenz, sollen Effekte des ordinal-skalierten Demokratieverständnisses gemessen und bewertet werden. Sofern ein Effekt nachweisbar ist, drückt sich dieser – bedingt durch die Funktionsweise der logistischen Regression – in einer Veränderung der Chance (*odds*) des Auftretens einer bestimmten Merkmalsausprägung der abhängigen Variable aus (Vgl. Kühnel / Krebs 2014: 661-703; Behnke 2015: 67-98; Backhaus et al. 2018: 309-314).

Als Datengrundlage dienen Zahlen der aktuellen Erhebungswelle der EVS. Hierbei handelt es sich um eine großangelegte und länderübergreifende Längsschnittstudie, die seit 1981 alle neun Jahre durchgeführt wird und als Forschungsprojekt an der Universität im niederländischen Tilburg angesiedelt ist. Zielsetzung der EVS ist die Abbildung und Messung von Einstellungen, Überzeugungen, Wertevorstellungen und Meinungen der Einwohner*innen in den Staaten Europas. Thematisch deckt die Studie die Bereiche Familie, Alltagsleben, Arbeit, Religion, Gesellschaft und Politik ab. Beispiele für die Anwendung der, seit langem in der Politikwissenschaft etablierten, EVS-Datensätze sind Vergleiche zwischen Ländern und / oder im Zeitverlauf, Fragen nach einem gemeinsamen Wertegerüst der Europäer*innen oder nach einem Wandel dominanter Werteorientierungen im chronologischen Vergleich (Vgl. EVS o.J. [c]: o.S.; EVS o.J. [d]: o.S.).

Seit der ersten Erhebungswelle im Jahr 1981 – in der 10 EU-Mitgliedsstaaten einbezogen wurden – ist das Untersuchungssample sukzessive ausgeweitet und um zusätzliche Länder ergänzt worden. Für die aktuelle *Runde* wurden ab 2017 rund 70.000 Proband*innen in 47 europäischen Ländern befragt. Die Auswahl der Proband*innen erfolgte über eine Zufallsauswahl unter Personen im Alter von 18 Jahren und älter, die in Privathaushalten leben. Die Datenerhebung wurde über telefonische oder webbasierte Face-to-Face-Interviews mit standardisierten Fragebögen durchgeführt. Als Grundgesamtheit ist die erwachsene Bevölkerung in den einzelnen Staaten definiert, wobei die Studie den Anspruch der Repräsentativität erhebt. Die Ausschöpfung für die untersuchten Merkmale lag bei zwischen 50,00% und 70,00% (Vgl. EVS o.J.[a]: o.S.; EVS o.J. [b]: o.S.).

Die Entscheidung zur Nutzung der EVS – als Datenbasis für diese Arbeit – beruht vor allem darauf, dass die Studie – die als elaborierteste und umfassendste Sammlung von Daten zu politischen Einstellungen in Europa gilt – von einem Team anerkannter Sozialwissenschaftler*innen betreut und seit fast vierzig Jahren fortentwickelt wird. Aufgrund der professionellen Begleitung der Studie, der Kontrolle durch zahlreiche Expert*innen, standardisierten Untersuchungsschritte – Modellkonstruktion, Datenerhebung und -Aufbereitung – und einer hochwertigen Methodik kann von einer hohen Qualität der in der EVS bereitgestellten Daten ausgegangen werden. Die Güte der EVS wird zudem dadurch deutlich, dass dieser Modellcharakter für den – noch breiter angelegten – *World Values Survey* (WVS) zukam (Vgl. EVS o.J. [e]: o.S.; gesis o.J.: o.S.). Für den Autor stellt die EVS daher und verlässliche Datenquelle dar, die passenderweise für die hiesige Analyse genutzt werden kann.

Außerdem bietet die EVS hochaktuelle Daten zu den betrachteten Phänomenen (Rechtspopulistische Parteipräferenz & Demokratieverständnis) für eine große Anzahl von Staaten aus derselben geografischen Region. Alternative Studien stellen entweder nur Daten für einzelne Länder bereit – wie nationale Wahlstudien – oder erfassen das Demokratieverständnis gar nicht (mehr). Der *European Social Survey* (ESS), der hinsichtlich der einbezogenen Länder ebenfalls als Datenquelle in Frage gekommen wäre, hat das individuelle Demokratieverständnis zuletzt im Rahmen der Erhebungsrunde im Jahr 2012 beinhaltet. Da rechtspopulistische Parteien zum damaligen Zeitpunkt in einigen Staaten noch nicht Teil des Parteiensystems waren, würde sich das Sample bei einer Nutzung stark verkleinern und verallgemeinernde Aussagen wären nur noch eingeschränkt zu treffen (Vgl. ESS o.J.: o.S.).

Der vollständige EVS-Datensatz der fünften Erhebungsrunde lag im Zeitraum des Verfassens dieser Arbeit (Februar bis Juni 2020) noch nicht vor, weshalb die zweite Vorabveröffentlichung als Grundlage verwendet wurde. In dieser sind Ergebnisse für 30 der

insgesamt vorgesehenen 47 Staaten mit knapp 56.000 Befragten enthalten. Neben 19 der 27 EU-Mitgliedsstaaten sind auch Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Island, Norwegen, Russland, die Schweiz, Serbien, das Vereinigte Königreich und Weißrussland Bestandteil des Teildatensatzes (Vgl. EVS o.J.[a]: o.S.; EVS o.J. [b]: o.S.; EVS o.J. [e]: o.S.). In diesem Papier wurden jedoch nur diejenigen Staaten einbezogen, die Mitglied der EU- und oder Teil des EWR sind. Letzteres gilt neben den 19 EU-Staaten für Island, Norwegen und die Schweiz.

Nach der räumlichen Eingrenzung des Samples wurde eine inhaltliche Selektion vorgenommen, indem die Staaten herausgefiltert wurden, bei denen mindestens eine Partei im Datensatz eingebunden ist, die – nach der in Kapitel 2.1 hergeleiteten Definition – als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist. Island, Litauen und Spanien wurden deshalb aus der Analyse ausgenommen. Die rechtspopulistische Partei *Vox*, die seit der letzten Wahl im spanischen Nationalparlament vertreten ist, wurde in der aktuellen EVS-Erhebungswelle noch nicht berücksichtigt, weshalb Spanien als Fallbeispiel ausscheidet. Insgesamt verbleiben somit 19 Staaten als Untersuchungsfälle.

Die Beschränkung auf Staaten der EU und des EWR erscheint gerechtfertigt, da gerade in diesen Ländern seit den 1990er-Jahren zunehmende Erfolge, Wahlsiege und Regierungsbeteiligungen beziehungsweise -Übernahmen durch rechtspopulistische Parteien festzustellen sind. Während in Lateinamerika zwar über lange Zeit linker Populismus erfolgreich gewesen ist, spielte Rechtspopulismus dort bis vor einigen Jahren kaum eine Rolle und in anderen Weltregionen ist Populismus allgemein kaum relevant. Im Gegensatz dazu verfügen fast alle europäischen Staaten über langjährige Erfahrungen mit der Herausforderung durch rechtspopulistische Gruppierungen. Es erscheint somit möglich, die vermuteten Zusammenhänge anhand von Fällen zu vergleichen, die über ähnliche Kontexte verfügen. Für die Interpretation von Ergebnissen und die Eröffnung möglicher Erklärungsperspektiven für gegebenenfalls gemessene – oder auch nicht-gemessene – Effekte dürfte dies vorteilhaft sein.

4.2) Operationalisierung der gemessenen Konzepte

Die binäre logistische Regression – als statistische Rechen- und Schätzmethode – setzt eine nominale Skalierung der abhängigen Variable – in diesem Falle die individuelle Parteipräferenz – voraus (Vgl. Backhaus et al. 2018: 268). Die zugehörige Variable (*V149*) ist im EVS-Fragebogen jedoch multinominal-skaliert und wird über die Frage *Q49* [„Which (political) party appeals to you most?“ (EVS 2017: o.S.)] erhoben. Proband*innen wählen aus einer alphabetisch-sortierten Liste diejenige Partei aus, die sie bevorzugen und die sie am stärksten anspricht. Es stehen außerdem Optionen zur Ergänzung weiterer Parteien, zur willentlichen Nicht-Antwort sowie eine *Weiß-Nicht-Kategorie* zur Verfügung und Befragte können angeben, dass sie keine der genannten Parteien

bevorzugen, ohne eine weitere zu ergänzen (Vgl. ebd.). In diesem Papier wurden letztere vier Ausprägungen als fehlende Fälle (SYSMIS) behandelt, um allein potenzielle Unterschiede zwischen rechtspopulistischen und nicht-rechtspopulistischen Parteien zu ermitteln.

Für die Auswertung im fünften Kapitel wurde eine Modifikation der ursprünglichen Variable vorgenommen, um rechtspopulistische Parteien innerhalb der Auswahlmöglichkeiten zu isolieren.⁵ Dazu wurde eine Dummy-Variable erstellt, in der nicht-rechtspopulistische Parteien die Ausprägung 0, rechtspopulistische Parteien die Ausprägung 1 erhalten. Ist für ein Land mehr als eine rechtspopulistische Partei im Datensatz einbezogen – was auf Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien, die Niederlande, Polen, Slowenien, die Slowakei und Ungarn zutrifft – wurde keine weitergehende Differenzierung vorgenommen, sondern allen rechtspopulistischen Parteien wurde die Merkmalsausprägung 1 zugeordnet. Da eine inhaltliche Übereinstimmung rechtspopulistischer Parteien hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses vermutet wird, erscheint diese Vereinfachung akzeptabel (Vgl. EVS 2017: o.S.).

Das Demokratieverständnis – die unabhängige Variable – folgt der in Kapitel drei illustrierten Perspektive nach *Cho* (2014). Die dort zur Bestimmung des Demokratieverständnisses genutzten Dimensionen – *religiöse Autorität* (V134) und *militärische Machtübernahme* (V137) auf der einen, *zivile Rechte* (V138) sowie *freie Wahlen* (V135) auf der anderen Seite – sind Bestandteil der EVS-Befragung und entlang der übergeordneten Frage Q39 [„How essential do you think this is as a characteristic of democracy?“ (EVS 2017: o.S.)] erfasst. Darüber hinaus schließt die Studie noch fünf ergänzende Variablen mit ein: *Gleichberechtigung von Frauen und Männern* (V141), *staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit* (V136), *Besteuerung von Reichen und Unterstützung von Armen* (V133), *die staatliche Angleichung von Einkommen* (V139) sowie *Gehorsam gegenüber Regierenden* (V140) (Vgl. EVS 2017: o.S.).

Proband*innen bewerten jedes dieser Elemente auf einer metrischen Skala von 1-10. Ein Wert von 1 entspricht dabei einer Bewertung der Eigenschaft als nicht-essenziell, ein Wert von 10 einer Bewertung als essenziell für die Demokratie. Auch hier sind die Möglichkeit für eine Nicht-Antwort sowie eine *Weiß-Nicht-Kategorie* gegeben, wobei Fälle mit entsprechenden Ausprägungen ebenso aus der Analyse ausgenommen wurden (Vgl. ebd.).

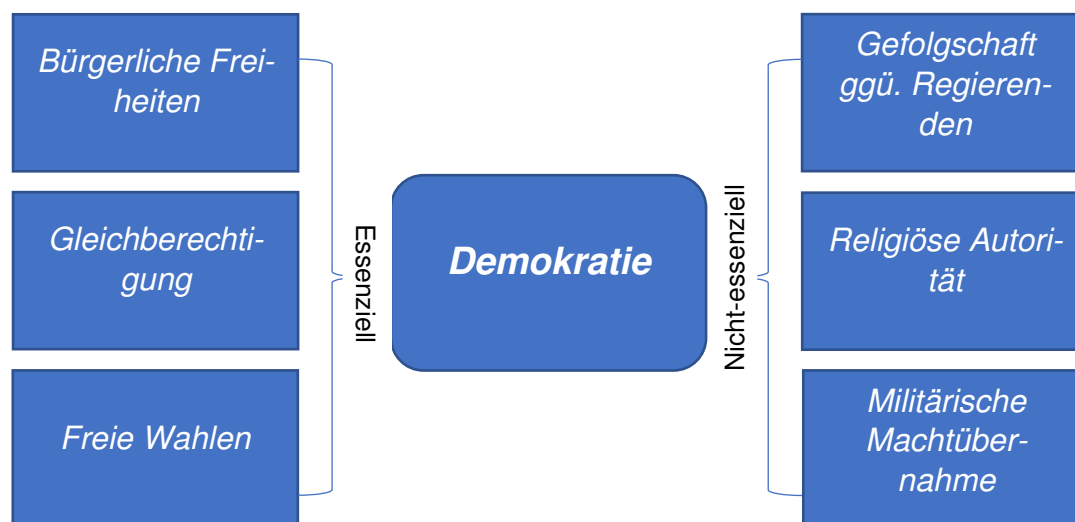
Chos Konzeptualisierung des individuellen Demokratieverständnisses ist minimalistisch angelegt, vereinfachend und wird der Komplexität des Demokratiekonzepts – in den Kapiteln 2.3, 2.4 und drei andiskutiert – nur bedingt gerecht. Die in dieser Konzeption der

⁵ Eine Auflistung aller als rechtspopulistisch eingestuftten Parteien findet sich als *Anhang 1* am Ende der Arbeit.

Demokratie zugerechneten Dimensionen spiegeln allerdings – so der Autor – jenes Grundprinzip demokratischer Herrschaft wider, das von Rechtspopulist*innen häufig in Zweifel gezogen, kritisiert oder gar gänzlich abgelehnt wird: Der Liberalismus. In diesem Sinne erscheint auch das reduzierte Modell – trotz seiner geringen Komplexität – geeignet, um den autoritären Charakter „populistische[r] Demokratiekonzeptionen“ (Steiner / Landwehr 2018: 465) zu erfassen und herauszufinden, ob ein fundiertes Demokratieverständnis die Präferenz rechtspopulistischer Parteien unwahrscheinlicher macht.

Das in der EVS ergänzend enthaltene liberale Element *Gleichberechtigung von Frauen und Männern* und der autoritäre Aspekt *Gehorsam gegenüber Regierenden* sollen ergänzend in das Analysemodell aufgenommen werden, um Chos Ansatz um zwei zusätzliche Dimensionen zu erweitern. Die sonstigen komplementären EVS-Variablen sollen hingegen nicht integriert werden. Das Gesamtmodell ist – analog zur Darstellung von Chos Ansatz in Kapitel drei – in *Abbildung 4* zu sehen.

Abbildung 4: Erweitertes Modell des Demokratieverständnisses



(Quelle: Eigene Darstellung nach Cho 2015: 244; EVS 2017)

Methodisch wurde das „informierte Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) als kombinierte Einzelvariable in die Untersuchung aufgenommen, wozu eine mehrstufige Modifikation notwendig war. In einem ersten Schritt wurden die Items, die als nicht-essenzielle Eigenschaften der Demokratie gelten – *militärische Machtübernahme*, *religiöse Autorität* und *Gehorsam gegenüber Regierten* –, recodiert, sodass eine Ausprägung von 1 bedeutet, dass der Aspekt als essenziell für die Demokratie angesehen wird, ein Wert von 10 hingegen, dass dieser als nicht-essenziell betrachtet wird (V_{nrev}). Dieser Schritt war erforderlich, da hohe Werte der – über Addition erstellten Verbundvariable – ansonsten nicht mehr sinnvoll gedeutet werden könnten. Diese würden nämlich bedeuten, dass

Befragte sowohl Kennzeichen der Autokratie als auch der Demokratie als für Letztere essenziell bewerten.

Da binäre logistische Regressionen Änderungen der Wahrscheinlichkeiten für eine bestimmte Ausprägung der abhängigen Variable bei einem Schritt der unabhängigen Variable(n) und Kontrollvariablen vom Minimum zum Maximum – und nicht von einzelnen Variablenwerten zum nachfolgenden – ermitteln, wären ohne diese Transformationen keine sinnhaft interpretierbaren Ergebnisse zu erwarten. In einem zweiten Schritt wurden die Skalenlängen der Demokratieverständnis-Variablen auf die Spannweite von 1-5 reduziert, um die Rechnung zu vereinfachen ($V_{nshrt} / V_{nrevshrt}$). Je zwei Ausprägungen wurden zu einer Ausprägung zusammengefasst ($1 / 2 = 1, 3 / 4 = 2$ usw.). Zuletzt wurden die gekürzten Variablen aufsummiert, woraus sich eine Variable mit den Ausprägungen 6-30 ($DVcomb$) ergibt, die wiederum über eine Division durch sechs auf die leichter handhabbare Skala von 1-5 transformiert wurde ($DVcombshrt$). Die kombinierte Variable bündelt die Dimensionen des „informierten Demokratieverständnisses“ (Cho 2014: 478) und die beiden ergänzenden Variablen und lässt Aussagen über potenzielle Effekte zu, die von diesen Elementen als Gesamtkonstrukt ausgeübt werden (Vgl. EVS 2017: o.S.).

Als Kontrollvariablen dienen das Alter ($V226$), das Geschlecht ($V225$), der Bildungsstand ($V243$), das Einkommen nach Haushalt ($V261$) sowie Indikatoren des politischen Vertrauens in die demokratischen Institutionen [Parteien ($V130$), Parlament ($V121$) und Regierung ($V131$)]. Das Alter ist ursprünglich über die Geburtsjahre der Befragten erhoben worden, liegt im Datensatz aber in umcodierten Formen vor. In diesem Papier wird die Variable age_r verwendet, die die Geburtsjahre in sechs ordinale Untergruppen einteilt ($1 = \text{bis 24 Jahre}, 2 = 25 \text{ bis } 34, 3 = 35 \text{ bis } 44, 4 = 45 \text{ bis } 54, 5 = 55 \text{ bis } 64, 6 = 65 \text{ und älter}$). Das Geschlecht ist mit den Ausprägungen $1 = \text{männlich}$ und $2 = \text{weiblich}$ nominalskaliert (Vgl. ebd.).

Das Haushaltseinkommen ist länderspezifisch in Dezile eingeteilt, in denen sich die Befragten selbst verorten. Diese Messmethode ist insofern vorteilhaft, als dass potenzielle Einflüsse des Einkommens auf Parteipräferenzen damit unabhängig von unterschiedlichen Lohnniveaus, Lebenshaltungskosten oder Währungen verglichen werden können. Bei einer standardisierten Festlegung – beispielsweise auf US-Dollar – wäre dies kaum möglich. Der Bildungsstand ist als Ordinalskala von 0-8 skaliert, wobei 1 für den niedrigsten möglichen (unterhalb der Primarbildung) und 8 für den höchstmöglichen Bildungsstand (Doktorgrad) steht (Vgl. ebd.).

Das politische Vertrauen ergibt sich entlang von Intervallskalen (metrische Skalierung) mit den Ausprägungen 1 bis 4, wobei ein höherer Wert einem geringeren Vertrauen in die jeweilige Institution entspricht (Vgl. EVS 2017: o.S.). Vor der statistischen Analyse ist für diese Variablen eine Prüfung auf Multikollinearität vorzunehmen, da anzunehmen

ist, dass sich die individuellen Ausprägungen von Vertrauen in Regierung, Parlamente und Parteien gegenseitig bedingen und beeinflussen könnten. Liegt Multikollinearität vor, können die Variablen nicht parallel in die Regressionsrechnung aufgenommen werden, da diese sonst keine validen und belastbaren Ergebnisse liefern würde. Um diesem Problem zu begegnen, könnten die Variablen entweder gar nicht eingebunden werden oder es könnten separate Modelle mit jeder einzelnen Variable gerechnet werden. Alternativ ließe sich eine Faktorenanalyse nutzen, die klären könnte, ob die drei Einzelvariablen eventuell einen übergeordneten Faktor – *politisches Vertrauen* – messen. Ist dies der Fall, könnten die Prädiktoren zusammengenommen und als Verbundvariable verwendet werden. Diese Option soll bei festgestellter Multikollinearität Anwendung finden.

4.3) Relevanz, wissenschaftlicher Mehrwert und kritische Reflexion

Wie schon in der Einleitung ausgeführt, soll mit der vorliegenden Abschlussarbeit eine Ergänzung der bisherigen sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung zum Phänomen Rechtspopulismus geleistet werden. Konkret adressiert das Papier die breitgefächerte Debatte über mögliche Erklärungsfaktoren für die zunehmende Stärke rechtspopulistischer Parteien in zahlreichen (europäischen) Ländern und für rechtspopulistische Parteipräferenzen und entsprechendes Wahlverhalten der dortigen Bürger*innen. Dieses Feld wird zwar seit vielen Jahren von verschiedenen Autor*innen aus unterschiedlichsten Perspektiven und mit vielfältigen Ansätzen bearbeitet, doch eine *ultimative Antwort*, die den Aufstieg rechtspopulistischer Gruppierungen umfassend und kontextunabhängig erklären könnte, ist bisher nicht gefunden.

Diese Debatte mit innovativen Aspekten anzureichern und den Blickwinkel der Populismusforschung zu erweitern, begründet den hier gesetzten Schwerpunkt auf das Demokratieverständnis als möglichem Einflussfaktor. Relevanz des Forschungsvorhabens ergibt sich auch gesellschaftspolitisch, da die Frage nach Hintergründen und Erklärungen für wachsende Erfolge rechtspopulistischer Parteien auch abseits der Wissenschaft regelmäßig thematisiert wird. In Deutschland gilt dies umso mehr, seitdem die *AfD* in allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten ist und damit auch in der Bundesrepublik eine rechtspopulistische Partei nachhaltige Erfolge erzielen konnte. Mit dem Demokratieverständnis liegt ein – im Kontext zu rechtspopulistischen Parteipräferenzen – bis heute nur wenig belichteter Aspekt vor. Das angestregte Forschungsvorhaben erscheint deshalb besonders lohnenswert, da es die bisher gängigen Erklärungsansätze, gegebenenfalls, um einen weiteren Faktor zu ergänzen vermag.

Selbstverständlich erhebt die Arbeit nicht den Anspruch, einen einzelnen Faktor zu finden, der alleinig in der Lage wäre, Parteipräferenzen zugunsten von Rechtspopulist*innen zu erklären – und damit eine *ultimative* Erklärung zu bieten. Vielmehr geht es darum einen Ansatz zu verfolgen, der sich theoretisch herleiten und begründen lässt, für den

eine ausreichende und aktuelle Datenlage vorliegt und der möglicherweise die Chance bietet, komplementäres Wissen für die empirische Wahl- und Populismusforschung zu generieren. Wie für sämtliche Forschung geht es also um die Genese wissenschaftlichen Fortschritts für ein tieferes Verständnis eines hochgradig relevanten Themas.

Die verwendeten Konzepte und Variablen sind zwar nicht neu, das Vorhaben setzt sie jedoch in einen bisher nur wenig untersuchten Zusammenhang. Die Arbeit könnte somit auch als Ausgangspunkt für weitergehende Auseinandersetzungen mit dem Demokratieverständnis als Einflussvariable auf – nicht allein rechtspopulistische – Parteipräferenzen und das Wahlverhalten fungieren. Zukünftige Analysen – etwa detaillierte Fallstudien mit Fokus auf einzelne Staaten oder andere Regionen – könnten dieses Papier als *Blaupause* heranziehen und das verwendete Modell aufgreifen, um vermittelnde Prozesse und mögliche Kausalketten zu beleuchten, die erklären könnten, wie genau das Demokratieverständnis auf Parteipräferenzen einwirkt. Dieser Punkt wird in Kapitel sechs zwar angedeutet, kann aber nicht abschließend behandelt werden. Größer angelegte Untersuchungen könnten vermutlich wertvolle interessante Erkenntnisse liefern.

Rechtspopulistische Parteipräferenzen, rechtspopulistisches Wahlverhalten sowie die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien wurden bis hierhin quasi synonym, teils nebeneinander verwendet. Dies ist nicht unproblematisch, da Bevorzugung, Unterstützung und Wahl rechtspopulistischer Parteien im Grunde genommen nicht ein und dasselbe meinen. Unterstützung könnte – neben der Wahl von Parteien – auch die Mitarbeit in oder Spende an diese/r beschreiben. Präferenzen wiederum müssen nicht zwangsläufig auf ein entsprechendes Wahlverhalten schließen lassen. Die Variable Parteipräferenz – als abhängige Variable dieser Arbeit – ist nicht gleichbedeutend mit einer Wahlentscheidung zugunsten einer rechtspopulistischen Partei und direkte Effekte des Demokratieverständnisses auf rechtspopulistisches Wahlverhalten lassen sich hieran auch nicht ablesen. Für die Interpretation von Ergebnissen ist ein Bewusstsein über diesen Umstand und die damit einhergehende Grenze der Erklärungsreichweite wichtig.

Dennoch soll davon ausgegangen werden, dass eine geäußerte Parteipräferenz im besonderen Maße auf ein zu erwartendes Wahlverhalten schließen lässt. Man kann vermuten, dass Personen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Partei wählen würden, die sie persönlich bevorzugen. Wie oben skizziert gilt dies auch im besonderen Maße für rechtspopulistische Parteien und ihre Wähler*innen. Die Parteipräferenz wäre somit als ein Faktor anzusehen, der Wirkungen des Demokratieverständnisses auf eine individuelle Wahlentscheidung vermittelt und quasi als Zwischenschritt Wahlverhalten (mit-)determiniert. Wie über den Kausaltrichter des Wahlverhaltens (*Abbildung 2*) illustriert, ist Wahlverhalten ein komplexes Phänomen mit zahlreichen Einflussgrößen. Das Demokratieverständnis beziehungsweise die Parteipräferenz können hier nur ein Teilaspekt

sein, der Wirkungen auf Wahlentscheidungen entfaltet. Inwiefern die Parteipräferenz selbst mit Wahlverhalten korreliert und ob zwischen Demokratieverständnis und Parteipräferenz ebenfalls Vermittlungs- und Moderatoreffekte stehen, ist an anderer Stelle zu ergründen, könnte die in diesem Papier gewonnenen Erkenntnisse aber möglicherweise mit interessanten und komplementären Ergebnissen anreichern

Methodisch soll das hier angewandte Vorgehen eine transparente, fachlich-fundierte und intersubjektiv-nachvollziehbare Analyse ermöglichen, die eine eindeutige Beantwortung der Forschungsfrage erlaubt und gleichzeitig den Standards guter politikwissenschaftlicher Forschung entspricht. Die Untersuchung soll dem Anspruch einer objektiven und reliablen Messung genügen, valide Ergebnisse hervorbringen und die gängigen Qualitätskriterien quantitativer Analysen möglichst umfassend erfüllen. Aufgrund der hohen Datenqualität, der theoretischen Einbettung des Vorhabens in den gegenwärtigen Stand der Forschung sowie der darauf basierenden Herleitung des Forschungsdesigns, soll davon ausgegangen werden, dass diese Kriterien grundsätzlich hinreichend erfüllt werden können. Dennoch sind einige Punkte anzusprechen, um für Einschränkungen zu sensibilisieren und das Bewusstsein für methodische *Fallstricke* – die sich für jedes wissenschaftliche Projekt ergeben – zu schärfen.

Bei dem ersten dieser Gütekriterien – der Objektivität – sind drei Dimensionen zu differenzieren: Die Durchführungs-, die Auswertungs- und die Interpretationsobjektivität. Die Durchführungsobjektivität bezieht sich vornehmlich auf den Prozess der Datenerhebung und kann nur bedingt evaluiert werden, da die Daten nicht vom Autor selbst erhoben wurden. Dadurch, dass die Erhebungsinstrumente der EVS standardisiert sind und die Interviewer*innen geschult und professionell begleitet werden, soll aber davon ausgegangen werden, dass eine hohe Durchführungsobjektivität im Prozess der Datenerhebung gegeben war. Die Daten können daher als hochwertig und als – unabhängig vom Erhebenden – gültig sowie untereinander vergleichbar gelten (Vgl. Behnke / Baur / Behnke 2010: 125; Tausendpfund 2018: 125-126).

Die Auswertungsobjektivität – die darauf abzielt, dass Einordnung und Bewertung von Daten unabhängig von derjenigen Person sind, die diese vornimmt – kann ebenfalls als erfüllt gelten. Einheitliche – und statistischen Modellen folgende – Methoden bringen bei gleichförmiger Anwendung auf dieselben Daten in der Regel gleiche Ergebnisse hervor – unabhängig davon, wer diese Auswertung vornimmt. Daneben sollte auch die Interpretationsobjektivität gegeben sein, da die theoretisch-hergeleitete Operationalisierung der Konstrukte (siehe Kapitel 3. und 4.2) sowie die numerische Eindeutigkeit der Ergebnisse, die entlang wissenschaftlicher Vorgaben bewertet werden, nur geringe Spielräume für subjektiv beeinflusste Interpretationen lassen. Problematischer sind hingegen

weitergehende Überlegungen mit Blick auf die Reichweite und Übertragbarkeit von Erkenntnissen auf andere Kontexte und Fälle.

Gedankengänge – etwa betreffend die Frage, wodurch Effekte vermittelt werden – lassen sich durch den engen Bezug zu theoretischen Vorüberlegungen zwar nachvollziehbar machen, eine gewisse *Restsubjektivität* lässt sich aber nicht gänzlich ausschließen. Dies ist für die Interpretation der Ergebnisse und die Diskussion der Hypothesen (siehe Kapitel sechs) kritisch zu bedenken.

Reliabilität des Messinstruments lässt sich an dieser Stelle nicht unmittelbar prüfen, wird jedoch angenommen. Sofern die Methode unverändert und wiederholt auf dasselbe Datenset angewendet wird, sollten auch die berechneten Ergebnisse replizierbar sein. Ist dies der Fall, lässt sich von einem reliablen Verfahren zur Messung der betrachteten Zusammenhänge sprechen, welches keine systematischen Verzerrungen oder nicht-zufälligen Messfehler hervorbringt. Anhand desselben statistischen *Futters* würde die Methode immer die gleichen Ergebnisse produzieren – was Grundvoraussetzung dafür ist, dass diese überhaupt verwertet werden sollte. Eine große Herausforderung – wie schon für die Demokratiemessung umrissen – stellt die inhaltliche Validität der verwendeten Variablen und Indikatoren dar. Validität meint dabei das Ausmaß, inwieweit die genutzten Variablen die Konstrukte, die sie messen sollen, auch wirklich erschöpfend und passgenau erheben.

Liegt unzureichende Validität vor, ist dies problematisch, da dieses Gütekriterium im Grunde der Kern aller Wissenschaft berührt. Ohne Operationalisierungen, Indikatoren und Variablensets, die die analysierten Konzepte eindeutig und treffend abbilden, sind ermittelte Ergebnisse und darauf aufbauend Interpretationen kaum aussagekräftig. Die für die hiesige Analyse gebrauchten Items sind aus der Theorie und dem aktuellen Forschungsstand heraus abgeleitet und sie wurden (und werden) in vergleichbarer oder derselben Form bereits in vielfältigen anderen Publikationen genutzt. Nichtsdestotrotz sind Entscheidungen getroffen worden, woran die Operationalisierung der Konzepte genau festzumachen ist. Je nachdem, welche Theorie herangezogen wird, unterscheiden sich zum Beispiel die einzubeziehenden Elemente des individuellen Demokratieverständnis oder eine angemessene Definition von Parteien als rechtspopulistisch unter Umständen stark von den in dieser Arbeit genutzten Bestimmungen.

Aus Sicht komplexer Demokratiemodelle und Interpretationen von Eigenschaften demokratischer Herrschaft dürften weder das schmale Modell des Demokratieverständnisses nach *Cho* (2014), noch die neun zusätzlichen Variablen der EVS, sämtliche Aspekte, die als für die Demokratie relevant angesehen werden, umfassen. Dies gilt jedoch auch für die erläuterten Methoden der empirischen Demokratiemessung (2.4) und die dort maßgeblichen Demokratiebegriffe. Der vom Autor gewählten Merkmalzuschreibung für

rechtspopulistische Parteien nach *Mudde* (2004 / 2007) und *Rooduijn et al.* (2019) könnte ebenso unzureichende Validität zugerechnet werden, je nachdem, welche Perspektive herangezogen wird. Anzumerken ist aber, dass diese – inhaltliche – Interpretation des Populismus oft als zeitgenössischer *Goldstandard* der Begriffsbildung angesehen wird und weitgehend akzeptiert ist (Vgl. Steiner / Landwehr 2018: 467).

Zielsetzung der Wissenschaft ist es stets einen bestimmten Ausschnitt der *Realität* zu erfassen und dazu beizutragen, dass ein besseres Verständnis dieses Ausschnitts möglich wird. Entscheidungen für einen spezifischen *Realitätsausschnitt* wurden – entlang der theoretischen Einbettung – auch in dieser Arbeit getroffen. Gravierende Einschränkungen der Validität werden trotzdem nicht erwartet, da der Autor die gewählten Variablen als hinreichend passgenau einschätzt, um Einflüsse besonders relevanter Bestandteile des individuellen Demokratieverständnisses auf Parteipräferenzen zu messen.

Wenngleich die Einschätzung der Gütekriterien quantitativer Forschung die Untersuchung somit durchaus vielversprechend erscheinen lässt, so ist in jedem Falle zu bedenken, dass zusätzliche Aspekte, die für die Bewertung von Zusammenhänge zwischen Demokratieverständnis und Parteipräferenz gegebenenfalls wichtig sein könnten, bei der Auswertung und Interpretation möglicherweise unberücksichtigt bleiben. Es gilt diese Schritte daher in dem Bewusstsein vorzunehmen, dass es sich um kein *ausschließliches* Modell handelt, dass sämtliche Faktoren einbeziehen, die vielleicht als relevante Größen zur Bewertung des Zusammenspiels zwischen Demokratieverständnissen und Parteipräferenzen in Frage kommen. Wie angemerkt stehen Effekte solcher vermittelnden Variablen aber nicht im Zentrum der Analyse, weshalb diese Einschränkung akzeptiert werden soll.

Insgesamt bietet das Forschungsvorhaben – so die Sichtweise des Autors – die Chance, innovative Erkenntnisse für die Populismusforschung zu generieren und den Blick der Politik- und Sozialwissenschaft auf das Phänomen Rechtspopulismus und auf Faktoren, die seine Entstehung und Ausbreitung begünstigen, zu schärfen. Auf dem Forschungsdesign aufbauend könnten ergänzende Untersuchungen – etwa detaillierte Fallstudien zu bestimmten Ländern – vorgenommen werden, um die Bedeutung des Demokratieverständnisses – auch im Zusammenhang mit weiteren Variablen – noch stärker nachvollziehbar zu machen und zu einem tiefergehenden Verständnis dahinterstehender Wirkmechanismen beizutragen.

5.) Statistische Analyse von Einflüssen des Demokratieverständnisses

5.1) Zur Anwendbarkeit der binären logistischen Regression

Im Vorfeld der statistischen Analyse, die sich den – über die in Kapitel drei formulierten Hypothesen – vermuteten Zusammenhängen zwischen Demokratieverständnissen und rechtspopulistischen Parteipräferenzen widmet, soll zunächst auf eine wesentliche Voraussetzung der binären logistischen Regression sowie auf die Variablen des politischen Vertrauens eingegangen werden. Ähnlich zur linearen Regression stellt Multikollinearität zwischen Variablen ein Ausschlusskriterium für die Durchführbarkeit dieser Rechen- und Schätzmethode dar. Wie ausgeführt, wird Multikollinearität für die metrischen Variablen des Vertrauens in Regierungen, Parlamente und Parteien vermutet, weshalb eine vorhergehende numerische Inspektion der Korrelationen, über ein passendes Zusammenhangsmaß, erforderlich ist. *Tabelle 1* fasst die ausgegebenen Werte der – vollständig signifikanten – Korrelationsmessung zusammen.

Tabelle 1: Korrelationen der Variablen des politischen Vertrauens

<u>Vertrauen</u>	<i>Parlament</i>	<i>Parteien</i>	<i>Regierung</i>
<i>Parlament</i>	1	.585	.658
<i>Parteien</i>	.585	1	.607
<i>Regierung</i>	.658	.607	1

(Quelle: Eigene Darstellung)

Die Zahlen des *Korrelationskoeffizienten* nach *Pearson* (*Pearsons R*), der Ausprägungen zwischen 0 und 1 annehmen kann, weisen für die drei Variablen jeweils Werte im oberen mittleren Skalenbereich aus, wobei bereits Werte ab .500 als Nachweis eines starken Zusammenhangs zwischen Variablen gelten. Die ermittelten Kennwerte liegen allerdings noch ein Stückweit von dem gängigen Schwellenwert .800 entfernt, der auf Multikollinearität hindeuten würden. Die Zusammenhangsmaße zeigen also, dass zwar auffällige Korrelationen zwischen den Items bestehen, die jedoch nicht so stark ausgeprägt sind, dass man von Multikollinearität und Nicht-Eignung der Variablen für die statistische Analyse ausgehen müsste. Auch der *Konditionsindex* – eine ergänzende Maßzahl zur Feststellung von Multikollinearität – erreicht keine Werte, die für eine solche Einschätzung ausreichend hoch wären.

Diese Ergebnisse sind für die Tauglichkeit der Variablen und die Aussagekraft eines statistischen Modells, dass diese miteinschließt, positiv, da Verzerrungen durch zu starke Zusammenhänge erklärender Faktoren untereinander weitgehend auszuschließen sind. Eine Faktorenanalyse, die prüfen würde, ob hochkorrelierte Items eine

gemeinsame Einzeldimension messen, ist auf Grundlage der Tests auf Multikollinearität nicht erforderlich, da die Korrelationen noch *im Rahmen* liegen. Dennoch weisen die berechneten Werte für *Pearsons R* (alle $> .500$) sowie der Wert des maßgeblichen *Kaiser-Meyer-Olkin-Kriteriums* (.719) eine recht gute Eignung des Variablensets für die Exploration eines übergeordneten und gemeinsam gemessenen Konstrukts – anhand einer Faktorenanalyse – aus. Auch die *inverse Korrelationsmatrix* (Anhang 2) entspricht dieser Einschätzung, weshalb eine Datenreduktion über die Hauptkomponentenanalyse lohnenswert erscheint, auch wenn sie – statistisch gesehen – nicht notwendig wäre.

Tabelle 2: Faktorenanalyse der Variablen des politischen Vertrauens

<u>Komponente</u>	<u>Eigenwert</u>	<u>Varianzaufklärung</u>
1	2.235	74,505%
2	.423	14,112%
3	.341	11,383%

(Quelle: Eigene Darstellung)

Wie in *Tabelle 2* zu sehen, ergibt sich nur für eine Komponente ein Eigenwert größer als 1, weshalb auch nur diese aus dem Modell extrahiert wird. Alle drei Einzelvariablen laden mit sehr hohen Werten auf diesen Faktor. Für das Vertrauen in Regierungen liegt die Ladung bei .878, für Vertrauen in Parlamente bei .867 und für Vertrauen in Parteien bei .845. Man kann dahingehend davon ausgehen, dass alle drei Items zusammengenommen ein darüberstehendes Konstrukt messen und Unterdimensionen einer solchen *Hauptkomponente* darstellen. Ein Faktor *politisches Vertrauen* soll daher als *Verbundvariable* in die Analyse einbezogen werden. Die drei Einzelitems wurden entsprechend über Addition gebündelt (*confcomb*) und durch Division durch drei auf die Ursprungsskalenlänge von 1-4 gekürzt (*confcombshrt*). Höhere Werte stehen weiterhin für ein geringeres politisches Vertrauen.

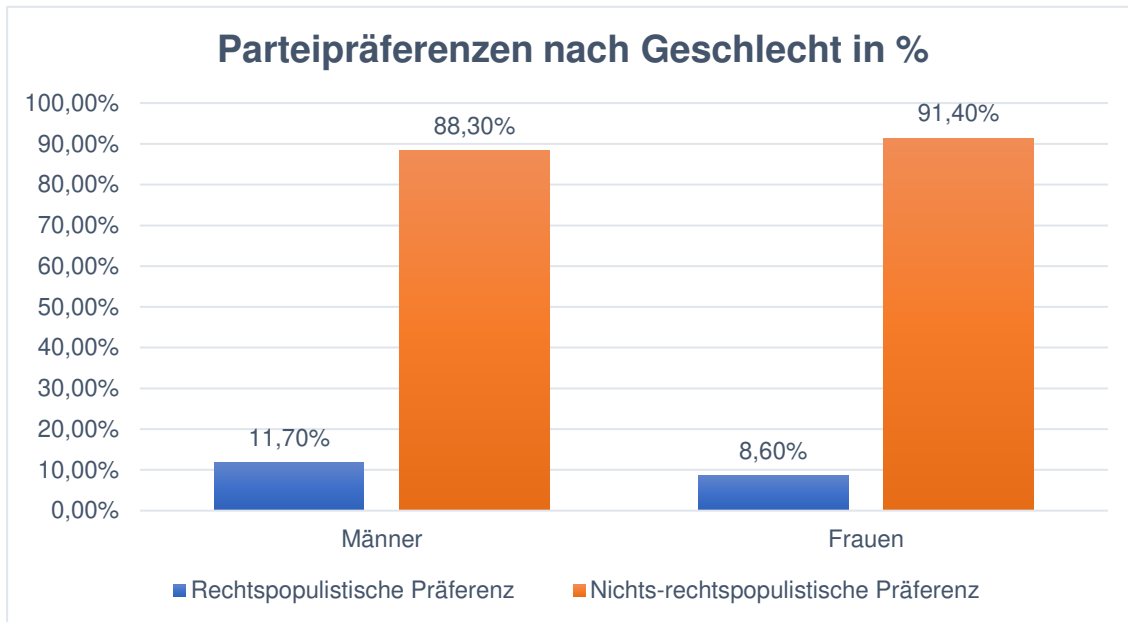
5.2) Deskriptive Statistik: Erkundung des Datensatzes

Im Folgenden sollen die Verteilungen der abhängigen und unabhängigen Variable – Parteipräferenz – und individuelles Demokratieverständnis – im Gesamtsample beschrieben werden. Unter Einbezug der Kontrollitems werden beide Variablen nach *Geschlecht*, *Alter*, *Bildungsstand*, *Haushaltseinkommen* und *politischem Vertrauen* gefiltert, wobei dies für alle Fälle des Datensatzes gebündelt erfolgt. Anders als für die Regressionsrechnung in Kapitel 4.3, soll keine separate Betrachtung einzelner Länder erfolgen, da dies den Rahmen der Arbeit übersteigen und den Untersuchungsfokus zu stark vom eigentlichen Erkenntnisinteresse – der vergleichenden Analyse von potenziellen Verbindungen zwischen Demokratieverständnissen und rechtspopulistischen Parteipräferenzen –

wegführen würde. Die *Abbildungen 5 bis 9* zeigen die Verteilungen der Parteipräferenz, die *Abbildungen 10 bis 14* die Verteilungen von Ausprägungen des Demokratieverständnisses.⁶

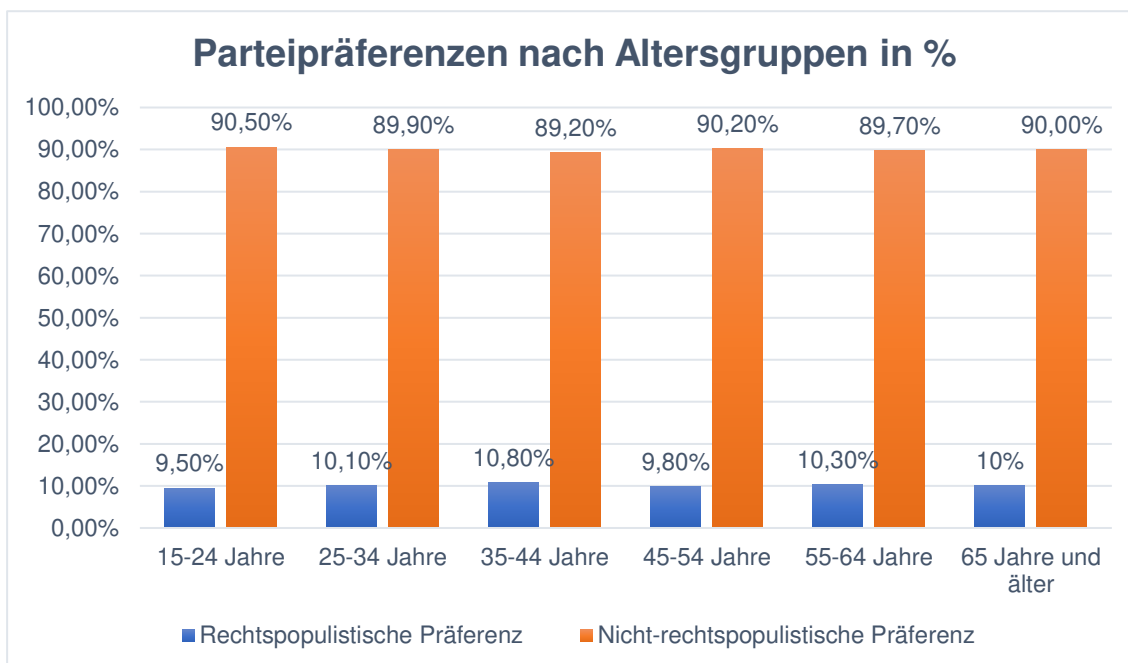
a) *Rechtspopulistische Parteipräferenzen*

Abbildung 5: Parteipräferenzen nach Geschlecht



(Quelle: Eigene Darstellung)

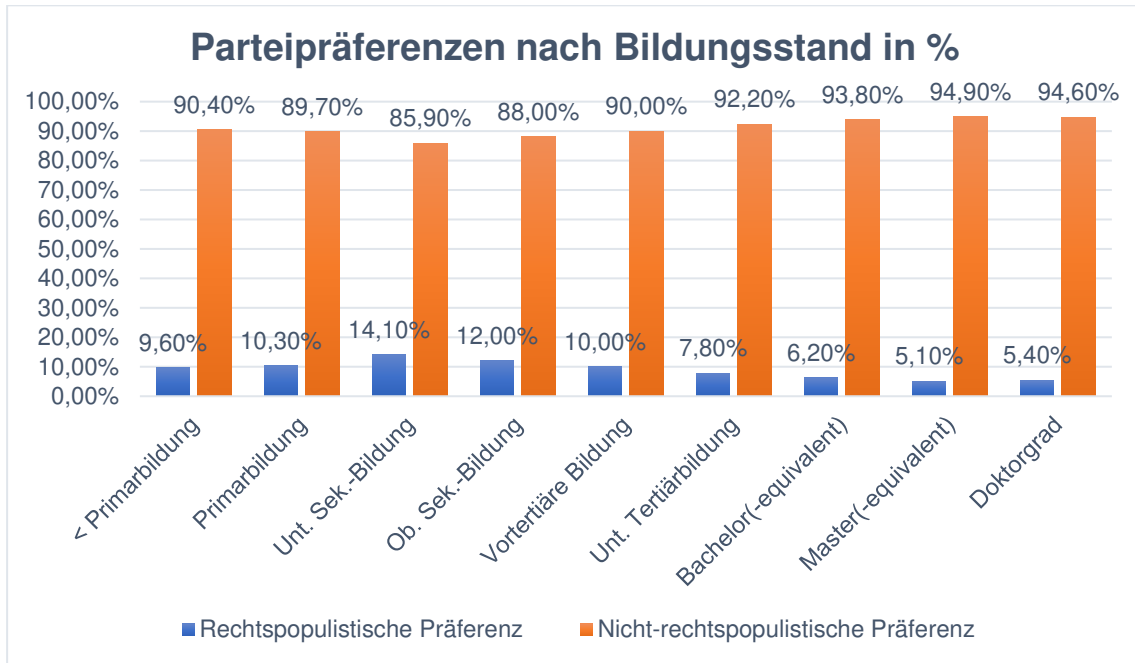
Abbildung 6: Parteipräferenzen nach Altersgruppen



(Quelle: Eigene Darstellung)

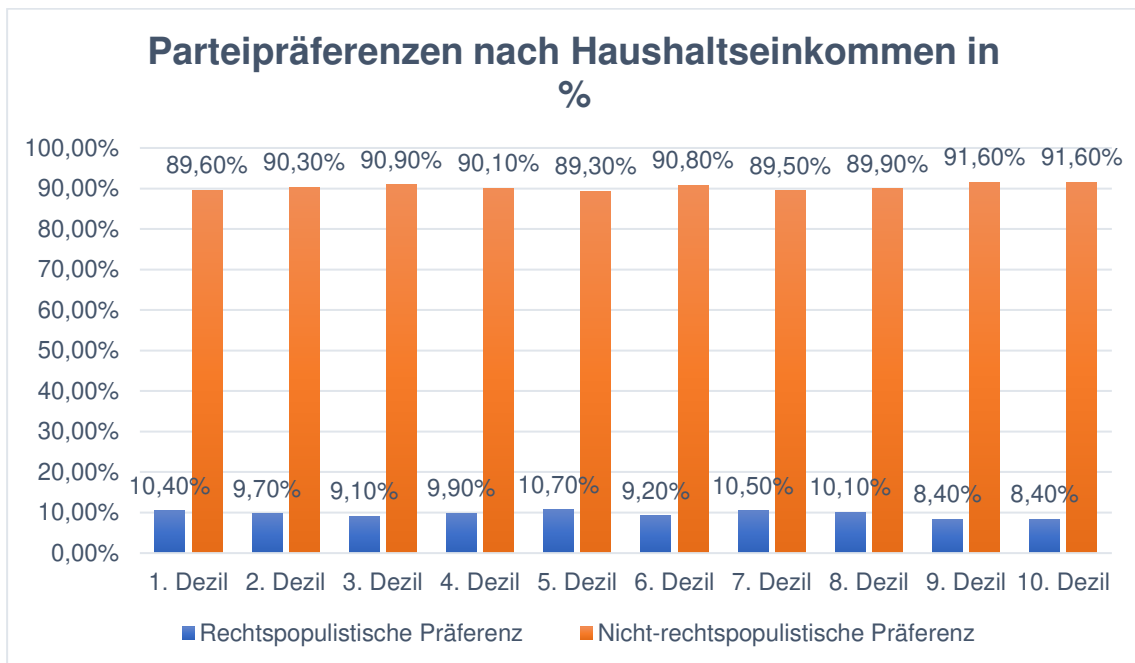
⁶ Erreichen aufsummierte Prozentanteile Werte von über 100%, liegt dies in den Rundungsfehlern der Einzelwerte begründet.

Abbildung 7: Parteipräferenzen nach Bildungsstand



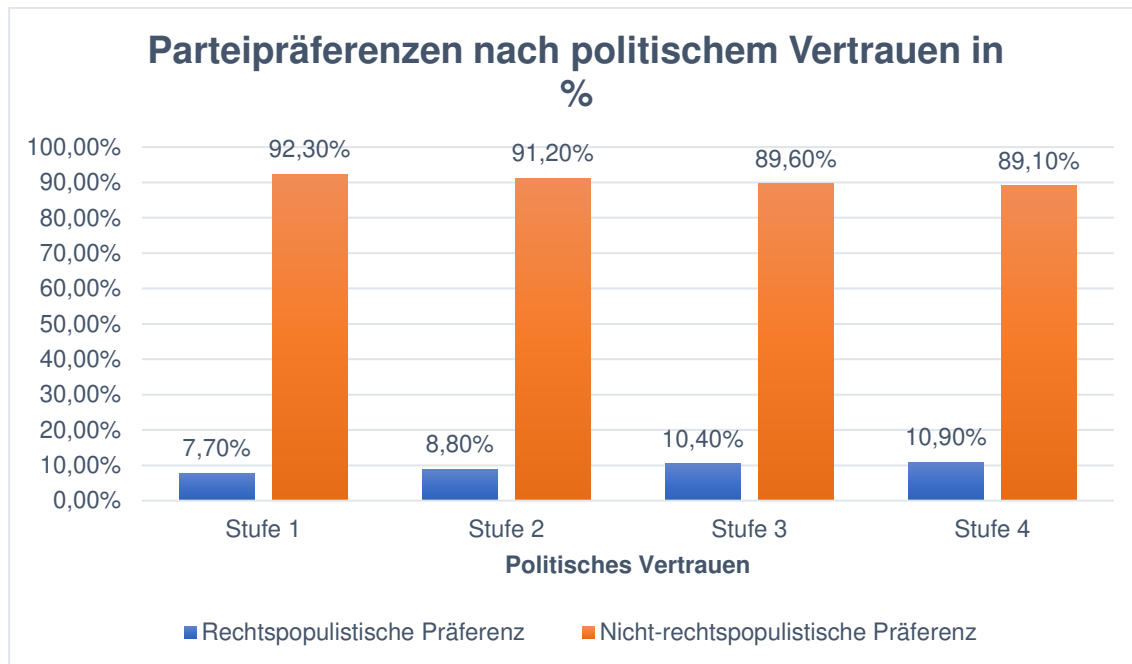
(Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 8: Parteipräferenzen nach Haushaltseinkommen



(Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 9: Parteipräferenzen nach politischem Vertrauen



(Quelle: Eigene Darstellung)

Die deskriptive Analyse zeigt, dass nicht-rechtspopulistische Parteipräferenzen in allen Fallgruppen und über alle Merkmale hinweg deutlich verbreiteter sind als rechtspopulistische. Insgesamt hat – je nach Variable und Ausprägung – rund jede/r zehnte bis siebte Befragte angegeben, eine rechtspopulistische Partei zu bevorzugen. Unter Männern und Frauen sind recht deutliche Unterschiede auszumachen, wobei etwas mehr als jeder zehnte männliche Befragte (11,70%) geantwortet hat, eine rechtspopulistische Partei zu bevorzugen. Unter Frauen ist dies nur bei 8,60% der Probandinnen der Fall. Zwischen den Geschlechtern ist damit eine Erhöhung der Prävalenz rechtspopulistischer Parteipräferenzen, um etwa 36,05%, für männliche Personen festzustellen. Die Anteilswerte liegen auf einem eher niedrigen Niveau.

In den unterschiedlichen Altersgruppen ist der größte Prozentsatz an rechtspopulistischen Parteipräferenzen in der Kohorte von 35 bis 44 Jahren vorzufinden (10,80%). Der geringste Wert liegt unter Personen von 15-24 Jahre, mit 9,50%, vor. Die maximale Verschiebung der Anteilswerte liegt bei 1,50%, hinsichtlich der Gruppenanteile, wobei dies einer Erhöhung um 13,46% vom niedrigsten zum höchsten Anteil entspricht. Grundsätzlich schwanken die Verteilungen hier weniger stark als beim Geschlecht und liegen ebenfalls auf niedrigerem Niveau.

Beim Bildungsstand nimmt die Angabe rechtspopulistischer Parteipräferenzen mit ansteigendem Bildungsgrad ab, wobei dieser Effekt erst ab der dritten Merkmalsgruppe – untere Sekundarbildung – eintritt. Während Personen, die über eine solche Ausbildung verfügen – das heißt maximal einen Abschluss nach der Mittelstufe (Hauptschulabschluss, mittlere Reife) erreicht haben – zu 14,10% eine rechtspopulistische

Parteipräferenz aufweisen, geben Proband*innen mit niedrigeren Bildungsständen (< Primarbildung = 9,40%; Primarbildung = 12,00%) in geringerem Maße rechtspopulistische Parteipräferenzen an. Die absolute Anzahl der Personen, auf die diese beiden Bildungsstände zutreffen, ist im Vergleich zur gesamten Fallzahl allerdings marginal.

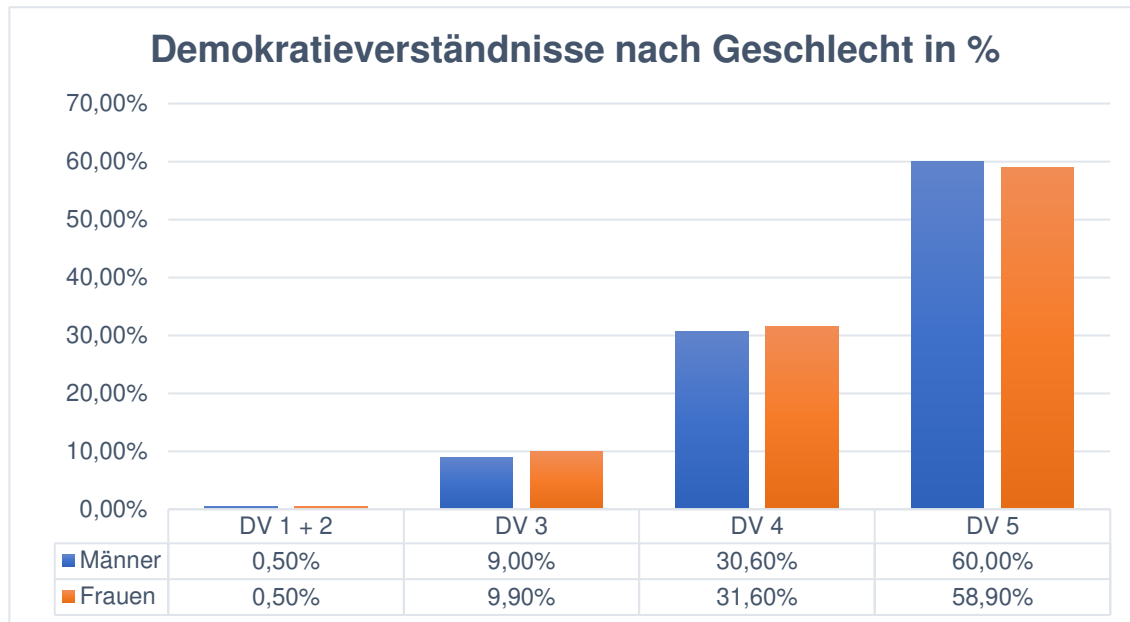
Unter höher Gebildeten sinkt der Anteil rechtspopulistischen Parteibevorzugungen recht schnell wieder ab, wobei zwischen vortertiärer Bildung – dazu zählen Abschlüsse an Abendgymnasien – und unterer Tertiärbildung – hierzu zählen berufsvorbereitende, schulische Bildungsgänge – ein Schritt nach unten von 10,00% auf 7,80% festzustellen ist. Unter Absolvent*innen eines Aufbaustudiums (mindestens Master) beziehungsweise unter Promovierten liegt der Anteil rechtspopulistischer Parteipräferenzen noch bei jeweils knapp über 5%. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind in diesem Fall ausgeprägter als bei anderen Items und von mehreren starken *Sprüngen*, vornehmlich nach unten, gekennzeichnet. Mit einer Reduktion um knapp 63,83% des Ausgangswertes von Personen mit unterer Sekundarbildung (14,10%) zu Befragten mit Masterabschluss oder Promotion, liegt für den Bildungsstand außerdem die stärkste Veränderung von Anteilswerten rechtspopulistischer Parteipräferenzen im Gesamt-sample, und über alle betrachteten Merkmale hinweg, vor.

Die Verteilung nach Haushaltseinkommen ist recht gleichmäßig, mit leichten Verschiebungen nach oben und unten zwischen den Dezilen, aber ohne generelle Tendenz. Größere *Sprünge* – hinsichtlich der Reduktion beziehungsweise Erhöhung der Anteile im Vergleich zu anderen Gruppenkennwerten – sind ebenfalls festzustellen und variieren von Gruppe zu Gruppe zwischen 15,00% und 25,00%. Mit Ausnahme der zwei oberen Dezile (je 8,40%), pendelt die rechtspopulistische Parteipräferenz zwischen 9,10% und 10,50% aller Befragten. Beim politischen Vertrauen nimmt der Anteil rechtspopulistischer Parteipräferenzen mit abnehmenden Vertrauen in die Institutionen kontinuierlich zu und erreicht unter Personen mit dem geringsten politischen Vertrauen – mit 10,90% – den höchsten Wert. Die Steigerungen belaufen sich, von Stufe zu Stufe, auf +14,1% (*Stufe 1* → *2*), 18,18% (*Stufe 2* → *3*) und 3,85% (*Stufe 3* → *4*), wobei die maximale Erhöhung – vom höchsten bis niedrigsten politischen Vertrauen – bei etwa 40,26% liegt.

Zusammengefasst zeigen sich für die Parteipräferenz hinsichtlich aller untersuchten Merkmale – mehr oder weniger starke – Differenzen unter den Merkmalsträger*innen. Je nachdem, welche Variable betrachtet wird, präferiert etwa jede/r Zehnte bis Achte rechtspopulistische Parteien. *Bildungsstand*, *politisches Vertrauen* sowie *Geschlecht* scheinen – zumindest entlang der deskriptiven Auswertung – die stärksten Effekte auf die beobachtbaren Merkmalsausprägungen der Parteipräferenz zu entfalten. Die gleichmäßigsten Verteilung und die geringsten Zwischen-Gruppen-Effekte sind bei den

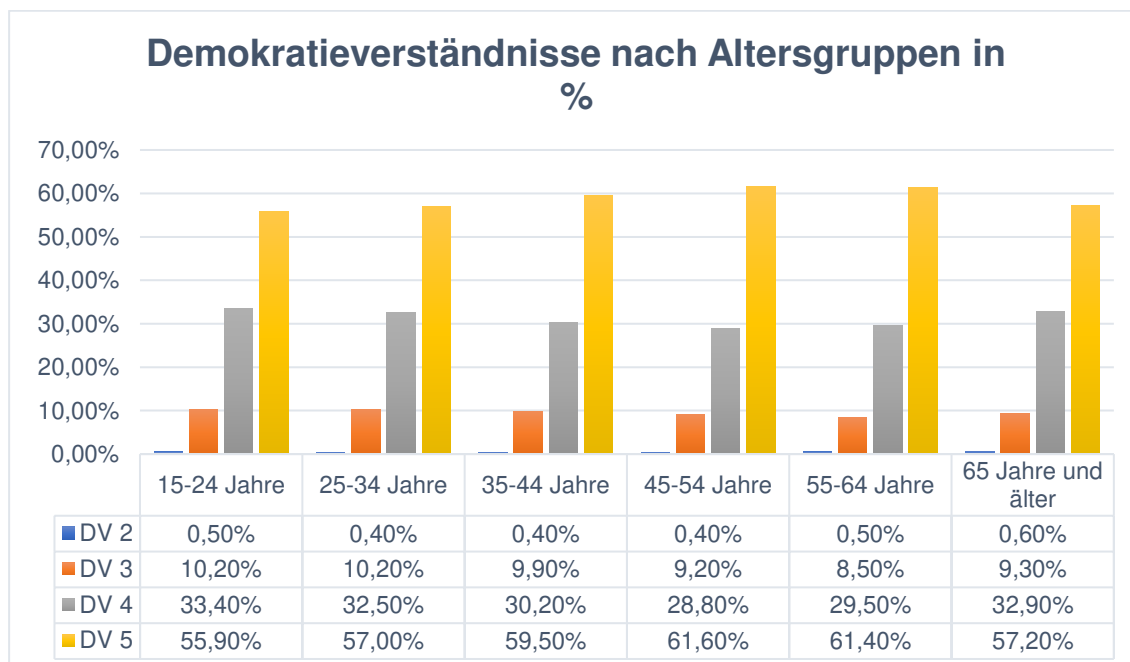
Einkommensdezilen und bei den verschiedenen Altersgruppen zu sehen, wobei zwischen den Altersgruppen auch die insgesamt geringsten Abweichungen bestehen.

Abbildung 10: Demokratieverständnisse nach Geschlecht



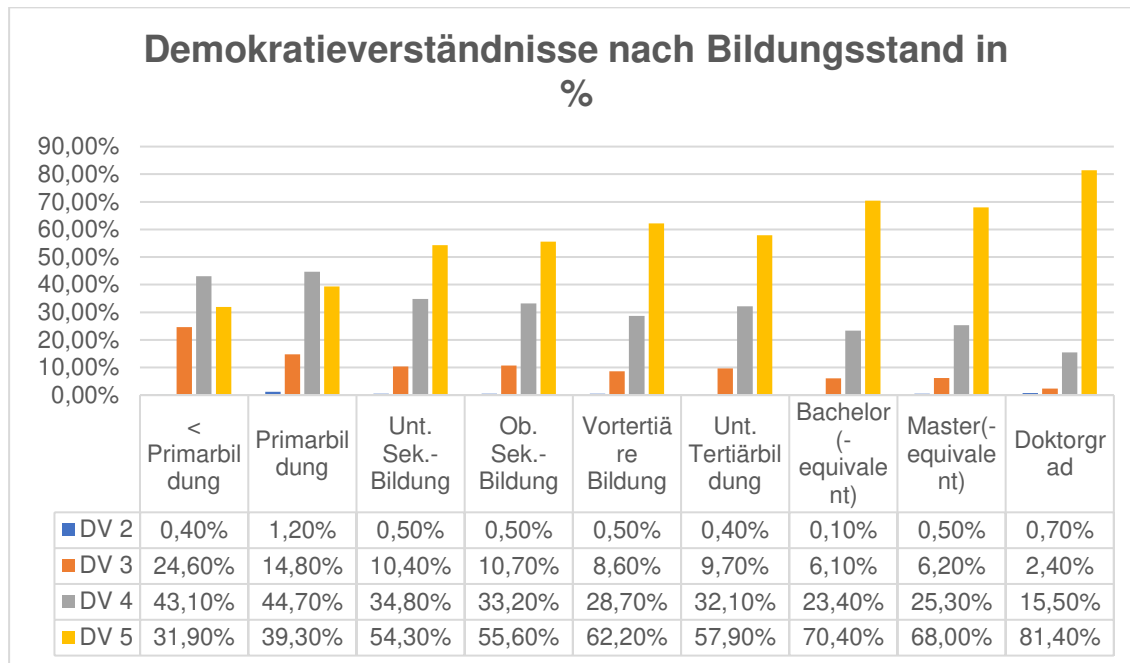
(Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 11: Demokratieverständnisse nach Altersgruppen



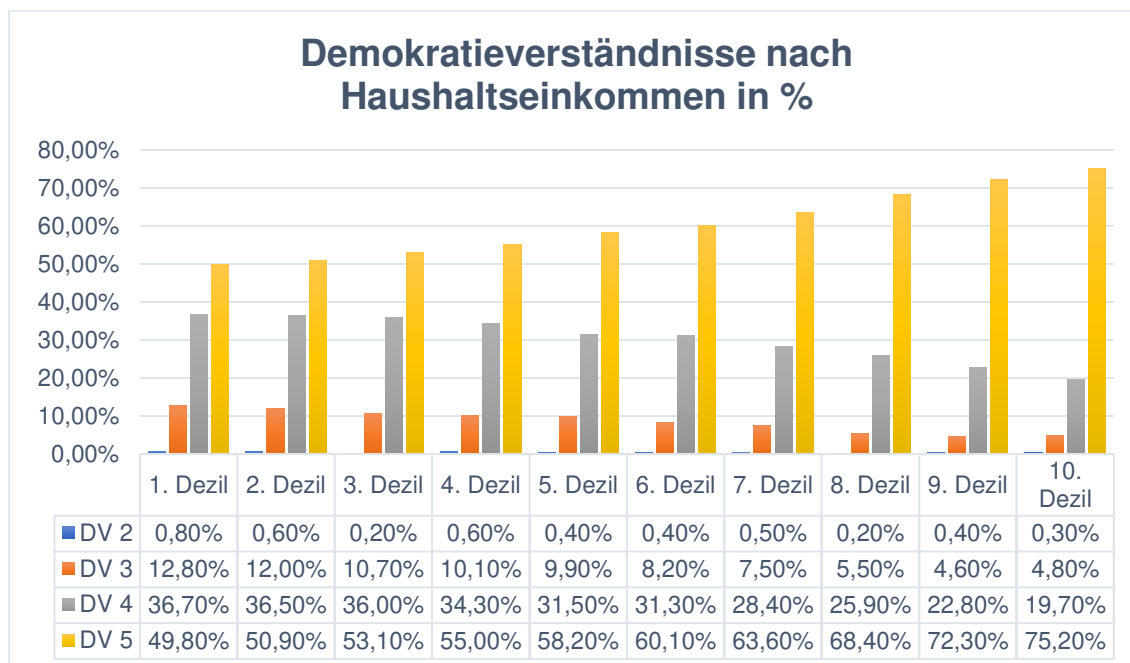
(Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 12: Demokratieverständnisse nach Bildungsstand



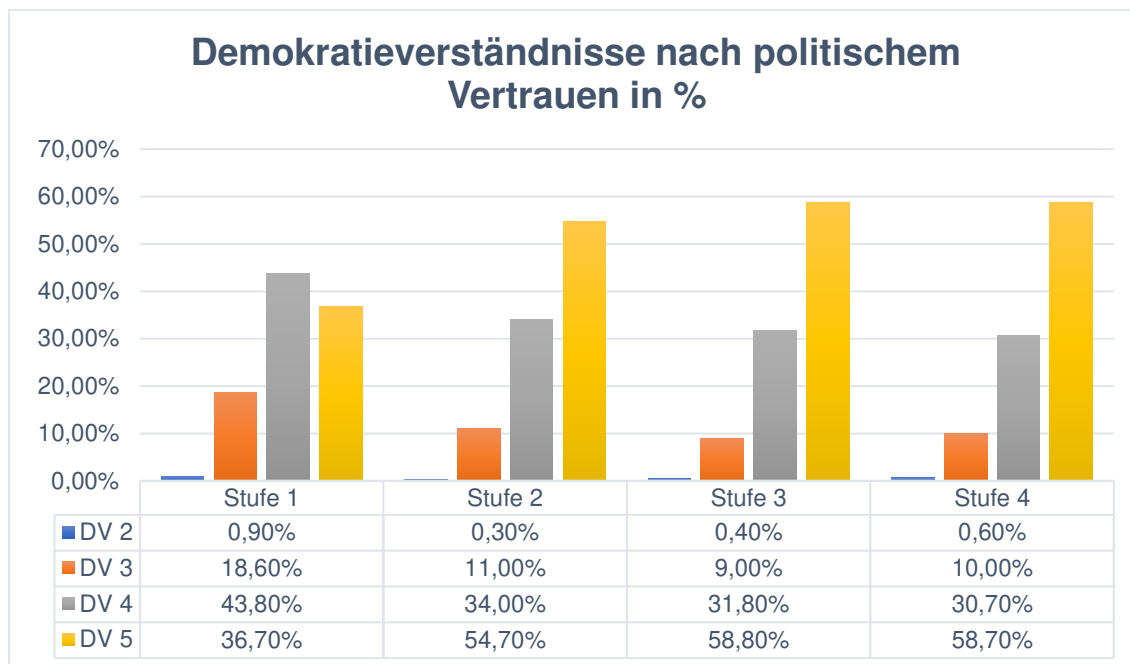
(Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 13: Demokratieverständnisse nach Haushaltseinkommen



(Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 14: Demokratieverständnisse nach politischem Vertrauen



(Quelle: Eigene Darstellung)

b) Demokratieverständnisse (DV)

Abbildung 10 illustriert die Verteilung verschiedener Stufen des individuellen DV nach Geschlecht. Es ist zu erkennen, dass die niedrigsten Ausprägungen (*Stufe 1 / 2*) im Datensatz nur zu äußerst geringen Prozentsätzen vorliegen und 0,50% aller männlichen wie weiblichen Befragten ausmachen. Dieser Umstand trifft auch auf die anderen Variablen zu, denn auch dort gehen die Anteile beider Stufen nie über einen Anteil von 1,20% aller Beobachtungen hinaus. Ein vollumfänglich *uninformiertes* DV – folgend der Logik und dem *Wording* nach *Cho* – ist unter den Proband*innen so gut wie nicht vorhanden. Für nahezu alle begutachteten Merkmale clustern sich die Proband*innen vor allem auf der höchsten und zweithöchsten Stufe des DV.

Für das Geschlecht sind nur minimale Schwankungen (maximal um 1,1%) zwischen Männern und Frauen für alle vier Stufen des DV erkennbar. Über 90,00% der Befragten sind am oberen Skalenende angesiedelt und nur knapp jede/r Zehnte verfügt über ein eher mittelprächtig ausgeprägtes DV. Die beiden niedrigsten möglichen Merkmalsausprägungen sind mit je 0,50% aller Proband*innen so gut wie unbedeutend. Für das Lebensalter sind die beobachteten Ausprägungen ebenfalls auf den *Stufen 4* und *5* konzentriert. Die Verteilung variiert zwischen 55,90% (15-24 Jahre) und 61,40% (45-54) für die fünfte Ausprägungsstufe und 28,80% (45-54) zu 33,40% (15-24) für die *Stufe 4*. Nahezu 90,00% der Befragten weisen ein DV der *Level 4* oder *5* aus, wobei die Gruppen ab 45 Jahren leicht über dieser Schwelle liegen, die anderen minimal darunter. *Stufe 2* spielt quasi, *Stufe 1* gar keine Rolle. *Stufe 3* trifft auf etwa jede/n Zehnte/n (35-44) bis Elfte/n (55-64) zu.

Für den Bildungsstand erhöhen sich die Anteilswerte der beiden höchsten DV-Stufen nahezu kontinuierlich – mit kleinen Rückschritten – von zusammen 75,00% (< *Primarbildung*) zu 96,90% (*Doktorgrad*). Dies entspricht einer Erhöhung der Anteile um 29,20%. Der Anteil niedriger DV-Werte ist – wie bei den vorhergenannten Merkmalen – auch hier in allen Gruppen gering, erreicht mit 1,20% unter Personen, die höchstens über Primarbildung verfügen, den Hochpunkt. Der Anteil mittelmäßig ausgeprägter DV sinkt von rund einem Viertel (< *Primarbildung*) zunächst sehr stark, dann kontinuierlich bis auf 2,40% (*Doktorgrad*) ab. Höhere Ausprägungslevel des DV dominieren auch beim Bildungsstand alle betrachteten Gruppen.

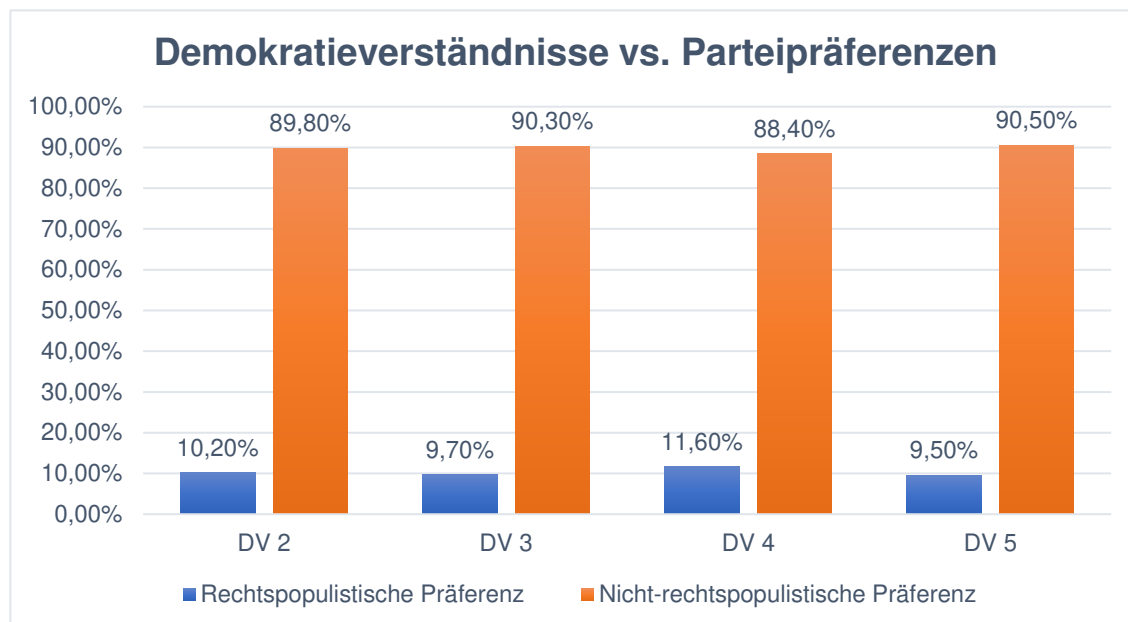
Beim Haushaltseinkommen schwanken die Werte auch etwas stärker. In allen Dezilen überwiegt ein DV auf *Stufe 4* und *5*. Von niedrigeren zu höheren Dezilen nehmen die Anteile *hochwertiger* DV kontinuierlich zu und erreichen im 10. Dezil – mit 75,20% – eine Gesamterhöhung von circa 51,00%. Anteile für mittlere DV (*Stufe 3*) sinken, über alle Dezile hinweg, hingegen um fast zwei Drittel und Werte der vierten Stufe um rund 38,42%. Betreffend das politische Vertrauen folgen die erhobenen Anteilswerte des Demokratieverständnis einem weitgehend ähnlichen Muster. Unter allen Personen überwiegen Demokratieverständnisse im oberen Bereich. Bei Befragten mit den *Vertrauensausprägung 1* steht *Stufe 4* prozentual über dem Wert für *Stufe 5* (43,80% zu 36,70%). In dieser Gruppe – die also über das größte politische Vertrauen verfügt – ist der Anteil für ein mittelprächtiges DV (*Level 3*) mit 18,60% deutlich stärker ausgeprägt.

Fasst man die deskriptiven Analyseergebnisse für das DV zusammen, ist festzuhalten, dass sich die Mehrzahl der Proband*innen in einem höheren Bereich der Messskala verorten lässt und damit über ein tendenziell stärker „informiertes DV“ (Cho 2014: 478) verfügt. Komplett beziehungsweise stark *uninformierte* Verständnisse – mit den Ausprägungen *1* oder *2* – kommen so gut wie nicht vor, egal welche Variable zur Filterung genutzt wird. Unterschiede zwischen den Merkmalsausprägungen sind zumeist nicht groß, denn die obersten beiden Skalenstufen machen die jeweiligen Samplegruppen – außer beim Haushaltseinkommen und beim Bildungsstand – zu annähernd oder sogar über 90,00% aus. Tendenziell gilt: Ein höherer Bildungsstand, ein höheres politisches Vertrauen und ein höheres Haushaltseinkommen gehen durchschnittlich mit einem höheren Wert des DV einher. Geschlechterdifferenzen sind marginal. Das Alter zeigt keine vollkommen eindeutigen Trends, wobei die größten Anteile des höchsten DV-Werts auf die mittleren Alterskohorten entfallen.

Bleibt noch die Frage nach der Verteilung der Parteipräferenz in Abhängigkeit des DV. Diese ist in *Abbildung 15* dargestellt. Je nach DV präferieren knapp jede/r Zehnte bis Achte eine rechtspopulistische Partei. Dass der Modalwert mit 11,60% der Befragten ausgerechnet beim DV der *Stufe 4* vorliegt, verwundert auf den ersten Blick sehr,

allerdings sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ausprägungs-Gruppen untereinander nicht sehr groß und die jeweiligen Anteile sind vergleichbar mit den Verteilungen für andere Merkmale. Hinsichtlich des vermuteten negativen Zusammenhangs zwischen einer stärkeren *Informiertheit* des DV und einer rechtspopulistischen Parteipräferenz lässt dies ernsthafte Zweifel an einer Variableneignung aufkommen.

Abbildung 15: Demokratieverständnisse vs. Parteipräferenzen



(Quelle: Eigene Darstellung)

5.3) Diskussion der Ergebnisse der Regressionsanalyse

Die *Tabellen* auf den nächsten Seiten fassen die wesentlichen Kennzahlen der Regressionsrechnungen für die ausgewählten Fallbeispiele zusammen. *Tabelle 3* bildet die Kennwerte zur Beurteilung der Güte und Vorhersagequalität der Regressionsmodelle ab. *Tabelle 4* und *5* zeigen die *Odds-Ratios* der Einzelvariablen, die zur Bewertung potenzieller Einflüsse – auf die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Ausprägung der abhängigen Variable – notwendig sind. Die Modellgüte lässt sich zunächst entlang des *Omnibus-Modell-Tests* evaluieren. Für das angenommene *95%-Konfidenzintervall* setzt dieses Verfahren voraus, dass die ausgegebenen Werte jeweils kleiner als *.050* sein müssen. Ist dies der Fall, kann von einer guten Passung des Modells und der Variablen – im Vergleich zur Nullhypothese, die keinen Effekt annimmt – ausgegangen werden.

Für alle Staaten, außer Bulgarien (*.068*) und Slowenien (*.086*), liegt der berechnete Wert unterhalb der kritischen Schwelle, wenn er auch bei einigen Ländern – wie Kroatien (*0.18*) – nicht bei hochgradig signifikanten *.000* liegt. Einer Nutzung der Modelle zur statistischen Vorhersage steht insoweit nicht viel entgegen, sofern Bulgarien und Slowenien aus der Analyse ausgenommen werden. Um die Eignung der Modelle zusätzlich abzusichern wurde außerdem der Kennwert nach *Hosmer-Lemeshow* ermittelt. Hierbei gilt,

dass die Zahlen ÜBER der – von dem gewählten Konfidenzintervall bestimmten – Grenze der Irrtumswahrscheinlichkeit (hier $.050$) liegen müssen. Dänemark ($.052$) und Ungarn ($.052$) erreichen diesen Wert nur knapp, Polen ($.018$) verfehlt ihn deutlich, Norwegen ($.049$) knapp. Kroatien ist ein Sonderfall, da *Hosmer-Lemeshow* hier eine perfekte Eignung mit 1.000 ausweist. Bei Re-Inspektion des Datensatzes hat sich ergeben, dass nur ein Befragter beziehungsweise eine Befragte aus diesem Land eine rechtspopulistische Parteipräferenz angegeben hat. Kroatien soll aufgrund der minimalen Anzahl der Beobachtungen – genau wie Norwegen und Polen – ebenfalls aus der weiteren Behandlung ausgeschlossen werden.

Die Vorhersagequalität der Modelle zeigt sich im Weiteren über den Prozentsatz korrekt vorhergesagter Merkmalsausprägungen innerhalb des Samples. In allen – außer den ausgeschlossenen Fällen, die hier bereits nicht mehr bewertet werden – liegen diese Prozentsätze bei über $80,00\%$, teilweise über $90,00\%$, mindestens aber bei $74,70\%$, was auf eine gute Vorhersagequalität schließen lässt. Die Pseudo-Bestimmtheitsmaße R^2 nach *Nagelkerke* bewerten auch die Qualität und drücken die Varianzaufklärung des Modells, für die messbaren Unterschiede in den Merkmalsausprägungen der Parteipräferenz, aus. Von einer guten Varianzaufklärung kann – konservativ – gesprochen werden, wenn Werte von mindestens $.50$ erreicht werden. Zwischen $.10$ und $.50$ nimmt man mittlere Passung eines Modells an, unter $.10$ gilt der Model-Fit als schlecht.

Mittlere Eignung zeigt sich für Deutschland, Estland, Finnland, die Niederlande, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn mit einer Varianzaufklärung von $11,20\%$ (Österreich) bis $26,1\%$ (Rumänien). An der Grenze zu mittleren Wertebereichen liegen Frankreich ($.092 / 9,20\%$) und die Schweiz ($.096 / 9,60\%$). Schlechter bis sehr schlechter Model-Fit zeigt sich für die restlichen vier Staaten, wobei Italien mit $.032$ (oder $3,20\%$ Varianzaufklärung) das Schlusslicht bildet und Dänemark mit $.070$ (also $7,00\%$ Aufklärung) den höchsten – aber dennoch kläglichen – Wert dieser Gruppe aufweist. Dem verwendeten Modell scheint es also zu gelingen, innerhalb des Datensatzes einigermaßen gut zu prädikieren, welche Merkmalsausprägung ein Fall für die Parteipräferenz annimmt, jedoch erscheinen die Variablen nur eingeschränkt geeignet, um die Varianz in einzelnen Ländern zu erklären.

Gründe hierfür könnten unregelmäßige Verteilungen in den Merkmalsausprägungen derjenigen Personen sein, die eine rechtspopulistische Partei bevorzugen oder eine häufige Gleichheit der DV-Ausprägungen zwischen Personen mit oder ohne rechtspopulistischer Parteipräferenz. Die Erklärungskraft für davon berührte Variablen dürfte geringer ausfallen. Einen Einfluss dürfte auch die nicht-vorhandene Signifikanz einiger Variablen in bestimmten Staaten haben, die – neben den *Odds-Ratios* – in den *Tabellen 4* und *5*

ausgegeben wird. Bestimmte Faktoren fallen dadurch aus der Bewertbarkeit der Modellpassung und Varianzaufklärung beziehungsweise der Effektstärken heraus.

Tabelle 3: Kennzahlen der Modellgüte nach Ländern

Land	Omnibus-Modell-Test	Hosmer-Lemeshow	Nagelkerkes R ²	Prozentsatz der Vorhersage
Bulgarien	.068	.612	x	x
Dänemark	.000*	.052*	.070	87,7%
Deutschland	.000*	.819*	.208	93,8%
Estland	.000*	.255*	.148	85,5%
Finnland	.000*	.667*	.149	91,7%
Frankreich	.000*	.469*	.092	89,7%
Italien	.003*	.913*	.032	74,7%
Kroatien	.018*	1.000	x	x
Niederlande	.000*	.312*	.202	89,5%
Norwegen	.000*	.049	x	x
Österreich	.000*	.053*	.112	82,3%
Polen	.000*	.017	x	x
Rumänien	.000*	.592*	.261	98,2%
Schweden	.000*	.586*	.229	92,5%
Schweiz	.000*	.117*	.096	80,3%
Slowakei	.008*	.750*	.042	87,6%
Slowenien	.086	.818*	x	x
Tschechien	.006*	.260*	.055	93,1%
Ungarn	.000*	.052*	.231	70,6%

(Quelle: Eigene Darstellung; * = Signifikanz bei 95%-Konfidenzintervall; rot markiert = Ausschlusskriterien für den Einbezug in die Regression)

Anhand der Regressionsergebnisse (Tabellen 4 / 5) lässt sich zunächst sagen, dass die ausgewählten und geprüften Variablen weder für jedes selektierte Land signifikant sind noch, dass konstante Effektstärken in einzelnen Ländern vorliegen. Die nachfolgenden Absätze dienen der Ergebnisdiskussion im Lichte der erkenntnisleitenden Forschungsfrage und der Hypothesen (siehe Kapitel 3).

Tabelle 5: Regressionsergebnisse Teil A

Land	Dänemark Exp(B)	Deutschland Exp(B)	Estland Exp(B)	Finnland Exp(B)	Frankreich Exp(B)	Italien Exp(B)	Niederlande Exp(B)
Prädiktor							
Demokratieverständnis	.604*	.673	1.426	.461*	.756*	1.264	1.112
Geschlecht	1.264	2.259*	3,461*	2,941*	1.459*	.854	2.360*
Alter	1.060	.947	1,218*	.779*	.929	.949	.808*
Bildungsstand	.832*	.928	1.073	1.044*	.846*	.879*	746*
Haushaltseinkommen	.973	.996	.952	.991	.965	1.112*	.991
Politisches Vertrauen	1.366*	7.040*	2.781*	2.377*	2.267*	.822	2.972*

(Quelle: Eigene Darstellung; * = Signifikanz bei 95%-Konfidenzintervall;
rot markiert = nicht-signifikante Kennwerte)

Tabelle 6: Regressionsergebnisse Teil B

Land Prädiktor	Österreich		Rumänien		Schweden		Schweiz		Slowakei		Tschechien		Ungarn	
	Exp(B)		Exp(B)		Exp(B)		Exp(B)		Exp(B)		Exp(B)		Exp(B)	
Demokratieverständnis	.693*		3,334		.543*		.605*		.805		1.026		.780*	
Geschlecht	1.802*		2.855		1.702		2.057*		.894		1.644		1.270	
Alter	.836*		.547*		1.197*		1.002		.841*		.862		.958	
Bildungsstand	.633*		.781		.789*		.842*		.949		.776*		.870*	
Haushaltseinkommen	1.001		1.064		.968		1.018		1.088		.946		.939	
Politisches Vertrauen	1.267*		7.754		4.677*		1.689*		.800		1.714*		.284*	

(Quelle: Eigene Darstellung; * = Signifikanz bei 95%-Konfidenzintervall;
rot markiert = nicht-signifikante Kennwerte)

a) Demokratieverständnisse

Dänemark, Finnland, Frankreich, Österreich, Schweden, Schweiz und Ungarn – das sind die Länder, in denen für das Demokratieverständnis signifikante Einflüsse auf die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz gemessen werden können. In allen Fällen nimmt die Wahrscheinlichkeit, dass die Parteipräferenz bei einer Person die Ausprägung 1 annimmt, deutlich ab, wenn ein Schritt vom niedrigsten zum höchsten Grad eines „informierten Demokratieverständnisses“ (Cho 2014: 478) erfolgt. Die stärkste Absenkung der Wahrscheinlichkeit tritt in Finnland ein (- 50,39%), gefolgt von Schweden (- 45,70%), Dänemark (- 39,60%), der Schweiz (- 39,50%), Österreich (- 30,70%), Frankreich (- 24,40%) und Ungarn (- 22,00%).

In den Staaten, in denen es signifikante Effekte gibt, sind diese also recht stark ausgeprägt, zwischen den Staaten aber auch sehr unterschiedlich. Ein Grund hierfür könnte in den Verteilungen der Auswahlgesamtheiten der nationalen Samples zu suchen sein, die im Detail möglicherweise zeigen, dass Personen mit rechtspopulistischer Parteipräferenz allgemein ein ähnlich „informiertes Demokratieverständnis“ (ebd.) haben wie Befragte, die keine Rechtspopulist*innen bevorzugen, sodass die Werte für beide Gruppen allgemein eher gleichmäßig verteilt sind. Ein Effekt der Variable würde sich dadurch reduzieren – oder nahezu aufheben. Dies wäre dann auch eine Erklärung für nur in sieben Fällen vorliegende Signifikanz.

Die betreffend das Demokratieverständnisses aufgestellte Hypothese (*H1*), wonach eine höhere Güte des DV rechtspopulistische Parteipräferenzen unwahrscheinlicher machen sollte, lässt sich für die Staaten bestätigen, für die signifikante Zahlen vorliegen. Sowohl die fehlende Signifikanz von einzelnen Variablen in der Hälfte der Fälle, als auch die Nicht-Signifikanz von Gesamtmodellen einiger Länder, durch die das Ausgangssample verkleinert wurde, haben aber Konsequenzen für die Erklärungskraft und -Reichweite des Modells und die Bewertung der Hypothese. Von 19 ursprünglich einbezogenen Staaten sind bei nicht einmal 50,00% nicht-zufällige Einflüsse des DV nachweisbar. Ob die Hypothese *H1* also tatsächlich Bestätigung erfahren sollte ist fraglich. Allgemeingültigen Einfluss hat das DV – wenigstens in dieser Arbeit nicht gezeigt, wobei dies darauf hindeuten könnte, dass Chos Modell – trotz der Ergänzung zweier Indikatoren – eventuell doch nicht genügend Aspekte des Demokratiebegriffs einbezieht, um signifikante Streuung zwischen Personen, die rechtspopulistische Parteien bevorzugen und solchen, die es nicht tun, zu bewirken.

b) Geschlecht

Das Geschlecht weist auch nur für die Hälfte der betrachteten Länder einen signifikanten Effekt auf die Ausprägung der abhängigen Variable auf. Während in Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz solche

signifikante Einflüsse auftreten, ist dies für Dänemark, Italien, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Tschechien und Ungarn nicht der Fall. Die signifikanten Wahrscheinlichkeitsänderungen für rechtspopulistische Parteipräferenzen entsprechen nichtsdestotrotz der Erwartung, dass Männer eher Rechtspopulist*innen bevorzugen als Frauen, wobei die Effektstärken in den jeweiligen Staaten unterschiedlich ausfallen.

So liegt die Wahrscheinlichkeit der Ausprägung 1 der abhängigen Variable für Männer – im Vergleich zu weiblichen Proband*innen – in Deutschland zum Beispiel um das 2,26-Fache höher. In den Niederlanden übersteigt der Unterschied in der Wahrscheinlichkeit das deutsche Odds-Ratio (2.380), während dieses in der Schweiz (2.057) und Österreich (1.802) leicht darunter liegt. Noch stärkere Effekte auf die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Merkmalsausprägung von 1 unter männlichen Befragten sind in Finnland (2.941) und Estland (3.461) auszumachen, wo Männer – verglichen mit den befragten Frauen – fast dreimal so wahrscheinlich über eine rechtspopulistische Parteipräferenz verfügen.

Die Hypothese H6 hat sich somit – zumindest für die Hälfte der einbezogenen Länder – tendenziell bestätigt und kann daher beibehalten werden. H7, die Zusammenhänge zwischen Demokratieverständnissen und dem Geschlecht anspricht, hat sich im Gesamtsample hingegen nicht bestätigt, da die Ausprägungen des Demokratieverständnisses – über alle Länder hinweg – unter Frauen und Männern nahezu gleich verteilt sind. Es verbleibt allerdings die Frage, ob Chos Modell wirklich gut genug geeignet ist, um die – in 2.6 als Einflussfaktor auf die Bevorzugung und Wahl rechtspopulistischer Parteien ausgemachten – autoritären Vorprägungen, die besonders für männliche Personen vermutet werden, so umfassend abzubilden und zu erfassen, wie es zur Feststellung von Unterschieden zwischen Männern und Frauen notwendig ist. Hier könnten zukünftige Untersuchungen anhand komplementärer Indikatoren oder anderer Operationalisierungen des Demokratieverständnisses ansetzen.

c) Alter

Das Lebensalter von Befragten hat – wie das Geschlecht das DV – nur für die Hälfte der Staaten signifikante Effekte auf rechtspopulistische Parteipräferenzen. Diese Effekte sind jedoch in Schweden und Estland so gerichtet, dass die Wahrscheinlichkeit der Ausprägung 1 für die abhängige Variable beim Schritt von der jüngsten zur ältesten Alterskategorie um 19,7% (Schweden) bzw. 21,80% (Estland) recht deutlich steigt, während sie sich in der Slowakei (15,90%), Österreich (16,40%), den Niederlanden (19,20%), Finnland (22,10%) oder in Rumänien (45,30%) mehr oder weniger stark verringert. Diese Ambivalenz der Ergebnisse spiegelt die in der Forschung vorherrschende Unsicherheit wider, ob es wirklich theoretisch-begründbare Effekte des Alters auf rechtspopulistische Parteiunterstützung und Wahlentscheidungen gibt. Zwar haben einige Studien

Verbindungen nachgewiesen – woraus sich die Hypothese *H8* ergab – doch entlang der Ergebnisse der hiesigen Analyse ist keine eindeutige Aussage zum Thema Alter und rechtspopulistische Parteipräferenzen zu treffen.

Gepaart mit der deskriptiven Inspektion von Verbindungen zwischen individuellen Parteipräferenzen und Altersstrukturen (siehe 5.2), ist *H8* für das Gesamtsample sowie den Großteil der ausgewählten Länder zurückzuweisen. Für Finnland, Österreich, die Slowakei, Rumänien und die Niederlande bestätigt sie sich hingegen, was vermutlich mit Kontextfaktoren der dortigen Systeme zusammenhängen könnte. Diese könnten eventuell – wie die positiven Effekte in Estland oder Schweden möglicherweise auch – eine Erklärung für Unterschiede zwischen Altersgruppen in verschiedenen Ländern wie innerhalb eines Ländersamples liefern. Dem muss an einem anderen Punkt nachgegangen werden.

d) Bildungsstand

Individuelle Bildungsstände sind in den Regressionsmodellen für Rumänien, die Slowakei, Deutschland und Estland nicht signifikant. In den anderen Staaten verändert ein steigender Bildungsstand von Ausprägungen unterhalb der Primarbildung zum Doktorgrad die Wahrscheinlichkeit rechtspopulistischer Parteipräferenzen – unterschiedlich stark – nach unten. Finnland gilt hier als *odd one out*, da die Wahrscheinlichkeit rechtspopulistischer Parteipräferenzen dort beim Schritt von *Stufe 1* (weniger als Primarbildung) zum Doktorgrad um 4,40% ansteigt. Abseits davon sind die Ergebnisse in allen Ländern so, dass die Wahrscheinlichkeit einer Merkmalsausprägung 1 der Parteipräferenz bei höchsten Bildungsständen, verglichen mit dem niedrigsten, sinkt. Die Hypothese *H4*, die geringere Wahrscheinlichkeiten rechtspopulistischer Parteipräferenzen für einen hohen Bildungsstand annimmt kann, außer für Finnland, bestätigt werden.

H5, die ein stärker „informiertes Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) bei höherem Bildungsstand postuliert, lässt sich anhand der deskriptiven Ergebnisse aus dem vorherigen Unterkapitel für das Gesamtsample ebenfalls bestätigen, da der Anteil der Personen mit einem *vollwertigem Demokratieverständnis (Stufe 5)* im Vergleich zur niedrigsten Stufe deutlich höher liegt. Interessant wäre hier zu prüfen, ob diese Effekte auch dem länderspezifischen Test standhalten oder nur in diesem speziellen Komplettsample so eindeutig nachzuweisen sind.

e) Haushaltseinkommen

Dem Haushaltseinkommen kommt in keinem der selektierten Länder – außer in Italien – ein signifikanter Einfluss auf die abhängige Variable zu. Die Koeffizienten fast aller Staaten und ihre Odds-Ratios können daher zwar nicht interpretiert werden, doch für Italien nimmt die Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz – zumindest im

hiesigen Modell – bei einer Steigerung vom ersten zum zehnten Einkommensdezil um 11,20% zu. Dies widerspricht in gewisser Weise den gängigen Auffassungen, dass wirtschaftliche Notlagen und subjektiv-empfundene Benachteiligungen – Deprivation – die Wahl und Unterstützung rechtspopulistischer Parteien wahrscheinlicher machen würden. Aufgrund dieses Ergebnisses müsste die Hypothese *H3*, wenigstens für Italien, zurückgewiesen werden.

Aus Sicht des Autors und aufgrund der vergleichenden Perspektive dieser Arbeit wäre dies jedoch nur wenig sinnvoll, da eben nur ein einzelnes Fallbeispiel überhaupt einen nicht-zufälligen Effekt der Variable ausgewiesen hat. Eine vollständige Zurückweisung soll erst einmal nicht erfolgen, vielmehr müsste an anderer Stelle ergründet werden, ob Effekte der sozioökonomischen Lage, die – vom Haushaltseinkommen abgesehen – anhand weiterer Kennzahlen eingebunden werden sollte – wirklich nie signifikant sind oder ob der Effekt für Italien gleichbleibt, wenn ein elaborierteres Variablengeflecht für die Erfassung der individuellen sozioökonomischen Situation genutzt wird.

Es ist davon auszugehen, dass das Haushaltseinkommen möglicherweise kein allzu passgenauer Indikator zur Erfassung der individuellen sozioökonomischen Lage ist, anhand dessen es möglich wäre, Zustände objektiver Deprivation hinreichend abzubilden oder gar subjektive Deprivation zu messen. Beschäftigungsstatus, numerisch darstellbare Einkommensarmut oder subjektive Einschätzungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage dürften sinnvollerweise als Alternative oder als ergänzende Variablen in Frage kommen, um diesen Aspekt, der – so die einschlägige Literatur – rechtspopulistisches Wahlverhalten und entsprechende Parteipräferenzen bedingen und beeinflussen kann, in Forschungsvorhaben angemessen zu würdigen und einzubeziehen.

f) Politisches Vertrauen

Das politische Vertrauen ist nur für Italien, Rumänien und die Slowakei nicht signifikant. In allen anderen Fällen sind starke Effekte – jedoch mit einer deutlich Spannweite zwischen den Ländern – zu erkennen. Ungarn stellt hier einen Sonderfall dar, weil die Wahrscheinlichkeit der rechtspopulistischen Parteipräferenz bei sinkendem politischen Vertrauen von der stärksten zur geringsten Vertrauensausprägung um rund 71,60% abnimmt. Hier ergibt sich die Frage, ob dieses Ergebnis überhaupt plausibel sein kann, doch könnte man vermuten, dass die langjährige Regierungsbeteiligung der Fidesz dazu beigetragen hat, dass Personen, die kein Vertrauen in Fidesz und die Regierung Orbán haben, ihr Kreuz eben nicht bei Rechtspopulist*innen machen.

In den anderen Ländern sind klare Veränderungen der Wahrscheinlichkeit der Ausprägung 1 für die abhängige Variable über das politische Vertrauen erkennbar. In Österreich steigt die Wahrscheinlichkeit rechtspopulistischer Parteipräferenz bei Steigerung des politischen Vertrauens von *Stufe 1* (Sehr großes Vertrauen) zu *Stufe 4* (Sehr geringes

Vertrauen) etwa um das Odds-Ratio von 1.267 – also um das 1,267-Fache an. Es folgen Dänemark mit dem 1,366-Fachen, die Schweiz mit dem 1,689-Fachen und Tschechien mit dem 1,714-Fachen. Größere Effekte gibt es in Frankreich (2.267), Finnland (2.377), Estland (2.781) und den Niederlanden (2.972). Noch stärkere Einflüsse sind in Schweden, um 467,70%, sowie in Deutschland festzustellen, wo die Wahrscheinlichkeit, einer rechtspopulistischen Wahlentscheidung unter Personen mit geringem politischen Vertrauen sogar um über 704,00% zunimmt, also sieben Mal so groß ist wie bei Personen mit sehr großem politischen Vertrauen.

Unabhängig vom Beispiel Ungarn hat sich H_2 , wonach geringeres politisches Vertrauen die Präferenz rechtspopulistischer Parteien wahrscheinlicher macht, in der Mehrzahl der Fälle klar bestätigt, was aber – hinsichtlich der bisherigen Studienlage – keine wirkliche Überraschung darstellt.

g) Zusammenfassung

Deskriptive Analyse und die Einordnung der Regressionsergebnisse betreffend die Forschungsfrage und die Hypothesen konnten die getätigten Annahmen und Vorüberlegungen des Theorieteils der Arbeit teilweise empirisch bestätigen. Insbesondere der vermutete Zusammenhang von politischem Vertrauen und rechtspopulistischer Parteipräferenz sowie die postulierten Einflüsse des Geschlechts von Befragten und des individuellen Bildungsstandes haben sich in einigen Fällen wie erwartet gezeigt. Es konnten aber auch eher paradoxe Zusammenhänge und Wahrscheinlichkeitsverschiebungen zwischen den niedrigsten und höchsten Variablenausprägungen nachgewiesen werden – wie in Italien für das Haushaltseinkommen, in Finnland für das Alter und in Ungarn für das politische Vertrauen.

Warum solche Ergebnisse zustande gekommen sind und wieso die Unterschiede zwischen je nach betrachteter Variable und von Land zu Land so deutlich sind, darüber könnte hier nur spekuliert werden, was dem wissenschaftlichen Anspruch der Arbeit zuwiderlaufen würde. Es erscheint dennoch lohnenswert, sich dieser Fragestellung ausführlicher zu nähern und auszuarbeiten, ob sich diese Differenzen gegebenenfalls substantiell-inhaltlich und theoriegeleitet begründen lassen oder ob nationale Kontexte hier eine entscheidende Rolle spielen.

Der Zusammenhang von Demokratieverständnissen und der Wahrscheinlichkeit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz – Fokus dieser Arbeit – fällt in den Staaten, in denen die Effekte signifikant sind, tendenziell stark in die vermutete Richtung aus. Die Reichweite dieser Erkenntnis ist aber ebenfalls begrenzt, da mehr als die Hälfte der Länder aus der Auswertung des Aspekts herausfiel. Entweder waren der Indikator selbst oder das Gesamtmodell nicht signifikant, weshalb die Frage, ob ein „informiertes Demokratieverständnis“ (Cho 2014: 478) die Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien

grundsätzlich und für verschiedenste Fälle wahrscheinlicher macht, weitgehend offenbleiben muss.

Die teils äußerst geringe, teils recht hohe, Varianzaufklärung und die Nicht-Signifikanz des kompletten Modells wie von Indikatoren für einzelne Staaten, hebt überdies die Notwendigkeit einer Revision und Weiterentwicklung beziehungsweise Anpassung des Modells hervor. Möglicherweise waren die ausgewählten Variablen nicht passgenau, um die – unter 2.5 und 2.6 sowie in Kapitel drei theoretisch hergeleiteten – Einflussgrößen auf Parteipräferenzen adäquat abzubilden. Möglicherweise hätten andere und / oder zusätzliche Variablen aufgenommen werden sollen, um ein umfassenderes Regressionsmodell zu entwerfen, das die Varianzaufklärung für alle Länder erhöht und die Unterschiede in den gemessenen Effekten auf Parteipräferenzen besser erklären kann. Hier ist die Operationalisierung der Variablen und die Konstruktion der einbezogenen Dimensionen zu hinterfragen, um zu klären, ob doch Probleme mit der Validität bestehen. Hierbei dürfte auch eine Veränderung der Methode zur Erhebung des Demokratieverständnisses notwendig sein, um antiliberalen und autoritären Haltungen besser zu erfassen.

6.) Fazit und Ausblick: Ein komplementärer Erklärungsansatz?

Die vorliegende Abschlussarbeit mit dem Titel *‘Lupenreine Demokrat*innen’? Zum Einfluss des Demokratieverständnisses auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien* verfolgte das Ziel, mögliche Zusammenhänge zwischen individuellen Demokratieverständnissen und der individuellen Präferenz zugunsten rechtspopulistischer Parteien zu beleuchten. Unter Nutzung aktueller Befragungsdaten der EVS und eines – auf der Konzeption des „informierten Demokratieverständnisses“ (Cho 2014: 478) aufbauenden – Analysemodells, sollte eine binäre logistische Regression prüfen, ob sich die Wahrscheinlichkeit der Bevorzugung einer rechtspopulistischen Partei unter Personen mit einem „informierten Verständnis der Demokratie“ (ebd.) signifikant von der Chance unter Proband*innen mit einem *nicht-informierten DV* unterscheidet. Die Ergebnisse sollten einer – möglichst eindeutigen – Beantwortung der erkenntnisleitenden Forschungsfrage: *„Inwiefern können Effekte des Demokratieverständnisses auf individuelle Präferenzen zugunsten rechtspopulistischer Parteien beobachtet werden und wohin sind diese gerichtet?“* dienen.

Bezugspunkt des Modells war dabei die Fähigkeit von Befragten, Merkmale autokratischer Regime (religiöse Autorität, militärische Machtübernahme, Gefolgschaft gegenüber Regierten) und demokratische Kennzeichen (freie Wahlen, Bürger*innenrechte, Gleichberechtigung) richtigerweise als nicht-essenziell beziehungsweise als essenziell für die Demokratie zu identifizieren. Die Nutzung dieser engen Perspektive auf Demokratie – die sich von komplexeren Demokratiemodellen abgrenzt – basierte auf der Annahme, dass vor allem die Ablehnung liberal-demokratischer Vorstellungen und die Befürwortung autoritärer Positionen unter Bürger*innen zur Präferenz – ferner zur Wahl – rechtspopulistischer Parteien beiträgt. Ein wenig informiertes DV, in dem die vorgenannten Merkmale nicht richtig zugeordnet werden, könnte in diesem Sinne ein Indikator für autoritäre Haltungen sein, die als Einflussfaktor auf rechtspopulistische Parteipräferenzen und Wahlentscheidungen gelten.

Verbindungen zwischen dem DV – als individuelle Einstellungsvariable – und einer rechtspopulistischen Parteienpräferenz stellen ein Themenfeld dar, welches in der Politikwissenschaft bis heute nur recht wenig Beachtung gefunden hat. Sofern das DV als Einflussvariable für Parteipräferenzen oder Wahlverhalten betrachtet wurde, erfolgte dies zumeist in Einzelfallstudien für spezifische Länder. Das hier angestrebte Vorhaben bot daher die Gelegenheit, innovative Erkenntnisse für die Erforschung politischer Einstellungsmuster als potenziellen Einflussfaktoren auf die Parteipräferenz – ferner das Wahlverhalten – zu generieren und den Blick der Forschung, entlang einer ländervergleichenden Perspektive, zu schärfen.

Maßgeblich und erkenntnisleitend waren die Forschungsfrage: *„Inwiefern können Effekte des Demokratieverständnisses auf individuelle Präferenzen zugunsten*

rechtspopulistischer Parteien beobachtet werden und wohin sind diese gerichtet?“ sowie theoretisch-begründete Hypothesen über vermutete Effekte des Demokratieverständnisses und verschiedener, gängiger, Kontrollvariablen (*Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Haushaltseinkommen, politisches Vertrauen*) auf die Parteipräferenz von Proband*innen in ausgewählten europäischen Staaten.

Die statistische Analyse ließ grundsätzlich nicht für jedes Land Bewertungen der postulierten und angenommenen Effekte der erklärenden Faktoren – DV et cetera – auf den zu erklärenden Faktor – Parteipräferenz – zu, da nur in knapp der Hälfte der, als Fallbeispiel ausgewählten Staaten, signifikante Zahlen gemessen wurden. Mehrere Staaten fielen durch nicht-signifikante Gesamtmodelle aus der Interpretation heraus und in keinem Land brachte jeder Einzelindikator nicht-zufällige und bewertbar-signifikante Kennwerte hervor. Auch die R^2 -Varianzaufklärung nach *Nagelkerke* zeigte für die Regressionsmodelle teilweise verschwindend geringe Werte, weshalb davon auszugehen ist, dass wohl eher keine kontextübergreifende und umfassende Passung des hier gewählten Analysemodells und der beinhalteten Variablen vorliegt.

Für das – im Zentrum der Arbeit stehende – Demokratieverständnis, zeigten sich für diejenigen Staaten, in denen signifikante Ergebnisse gemessen wurden, dass Personen mit einem stark ausgeprägten DV (*Stufe 5*), tatsächlich eine geringere Wahrscheinlichkeit der Bevorzugung rechtspopulistischer Parteien aufweisen. Im Vergleich mit den am wenigsten ausgeprägten DV spiegelt das Odds-Ratio Reduktionen um zwischen 22,00% und 50,00% wider. Die zugehörige Hypothese hat sich zumindest für diese Länder bestätigt, doch davon zu sprechen, dass generelle und übertragbare Gültigkeit der These besteht, und dass *informierte Demokrat*innen* immer eine deutlich geringere Chance einer rechtspopulistischen Parteipräferenz als Personen mit wenig informierten Demokratieverständnis haben, ist kaum möglich.

Das DV von Individuen – operationalisiert entlang dem, aus Sicht mancher Demokratiemodelle vermutlich unterkomplexen, Modell nach *Cho* – scheint zwar Einfluss auf die Parteipräferenz zugunsten rechtspopulistischer Parteien nehmen zu können. Diese sind jedoch nicht für alle Fälle nachweisbar und wenn sie nachweisbar sind, dann variieren die – zumindest allesamt negativen Effekte – stark. Die Forschungsfrage lässt sich deshalb nicht eindeutig beantworten. Vielmehr könnten man von einem *Ja, aber* sprechen. Ja, teilweise gibt es Effekte des DV auf die Wahrscheinlichkeit der rechtspopulistischen Parteipräferenz und höhere Level des DV reduzieren die Chance auf eine rechtspopulistische Parteipräferenz. Dies trifft – zumindest in diesem Sample und mit der hier genutzten Operationalisierung des DV – nur für einen Teil der selektierten Staaten zu. Die Erklärungskraft und Reichweite des DV als Einflussvariable erscheint daher eher eingeschränkt.

Kritisch zu bedenken ist hier auch, dass die Zuordnung von Eigenschaften als essenziell oder nicht-essenziell für die Demokratie nicht zwangsweise wissentlich und als Ausdruck politischer Einstellungen und Haltungen zur Demokratie geschehen muss. Es kann sich auch um zufällige – nicht der Annahme entsprechende – Zuweisungen handeln oder darauf zurückgehen, dass Personen grundlegende Kenntnisse über Merkmale von Demokratie und Autokratie fehlen. Ob die ermittelten Effekte des Demokratieverständnisses tatsächlich auf eine systematische-autoritäre Einstellung oder auf andere Aspekte zurückgehen bleibt fraglich.

Für die Kontrollvariablen haben sich wesentliche Annahmen und bisherige Studienergebnisse nur teilweise bestätigt. Geschlecht, Bildungsstand und politisches Vertrauen haben einen signifikanten Einfluss auf rechtspopulistische Parteipräferenzen gezeigt, aber nicht in jedem Land. Ungarn ist ein Sonderfall, da dort sinkendes politisches Vertrauen die rechtspopulistische Parteipräferenz unwahrscheinlicher macht. Die langjährige Regierung unter der rechtspopulistischen Fidesz mag hier eine Erklärung bieten. Das Alter hatte ebenfalls nur teilweise Effekte, die jedoch ambivalent waren. Finnland zeigte steigende Chancen rechtspopulistischer Parteipräferenz mit zunehmendem Alter, was verbreiteten Perspektiven widerspricht, wonach eher jüngere Personen rechtspopulistisch Wählen. In anderen Fällen hat sich die Hypothese hingegen bestätigt. Dem Haushaltseinkommen kommt nur in einem Fall ein Effekt zu, der jedoch marginal ausfällt. Es bietet sich an, in kommenden Untersuchungen andere Indikatoren für die sozioökonomische Lage von Individuen zu nutzen.

Womit sich die beobachteten Unterschiede zwischen den Ländern erklären lassen, kann an dieser Stelle nicht in angemessener Breite behandelt werden. Effekte nationalstaatlicher Kontexte sind anzunehmen, können aber hier nicht abschließend überprüft werden. Weitergehende Fallstudienarbeit – die sich auch noch einmal intensiv den Wirkmechanismen zwischen politischen Einstellungen und Parteipräferenzen widmet – könnte diesbezüglich lohnenswert sein. Betreffend das angewandte Messmodell nach *Cho* muss hinterfragt werden, ob unter Individuen eher positive Haltungen gegenüber autoritären Denkmustern oder Ablehnung der liberal-demokratischen Ideale ausschlaggebend für rechtspopulistische Parteipräferenzen sind. Durch die Erstellung einer Verbundvariable sind Effekte der Einzelitems nicht mehr nachvollziehbar.

Zusammengefasst hat die statistische Analyse in dieser Arbeit ambivalente Ergebnisse hervorgebracht, die nur teilweise dem Gros der in der Literatur festgestellten Zusammenhänge entsprechen. Ganz allgemein hat sich gezeigt, dass das verwendete Analysemodell nur in einigen Staaten wirklich signifikante Effekte abbildet, allerdings niemals für alle Variablen. Entsprechend ließen sich die Hypothesen auch nur anhand etwa der Hälfte des Ausgangssamples evaluieren und – wenngleich sie sich größtenteils bestätigt

haben – waren die Effektstärken unterschiedlich und es gab Ausreißer, die *nicht ins Bild passten*. Die Modellpassung scheint also nur für manche Fälle gegeben, was Zweifel an der Tauglichkeit des Modells aufkommen lässt und unterstreicht, dass auch Parteipräferenzen – wie das Wahlverhalten – wohl komplexe Phänomene sind, die sich nur bedingt durch ein kleines Variablen-set erklären lassen.

Zwar war – wie ausgeführt – in dieser Arbeit nicht damit zu rechnen, dass man mit einer der Variablen den *Faktor X* benennen kann, der rechtspopulistische Parteibevorzugung allein erklärt. Trotzdem hatte der Autor mit eindeutigeren Effekten gerechnet, die sich über den Großteil der Staaten hinweg zeigen. Vermutlich sind nationale Kontexte tatsächlich am ehesten für Parteipräferenzen entscheidend. Hinsichtlich möglicher Perspektiven zukünftiger Forschung bieten diese Erkenntnisse und die Diversität in Modellgüte und Effektstärken spannende Ansätze für weitergehende Vergleiche und detaillierte Fallstudien, um länderspezifische Unterschiede und Abweichungen in den Effekten der Modellvariablen zu evaluieren und zu deuten. Eine Erweiterung und Anpassung des Analysemodells scheinen ebenso lohnenswert, um ein Modell zu erstellen, das für noch mehr Staaten signifikante Zahlen und – noch viel bedeutsamer – Ergebnisse hervorbringt, die wirklich Substanz haben und in denen die Modelle auch eine höhere Varianzaufklärung hervorbringen.

Weitergehende Fragen, die ebenso an anderer Stelle untersucht werden könnten, sind beispielsweise: Haben sich Effekte des Demokratieverständnisses auf rechtspopulistische Parteipräferenzen in verschiedenen Ländern im Zeitverlauf gewandelt? Wie beeinflusst das Demokratieverständnis die Verteilung Befragter auf Präferenzen zugunsten anderer Parteien / Parteilfamilien? Oder: Ist eher die Ablehnung liberal-demokratischer Ideale oder die Befürwortung autoritärer Positionen als vermittelnder Aspekt von Wirkungen des DV auf Parteipräferenzen maßgeblich?

Literaturverzeichnis

- Abts, Koen / Rummens, Stefan (2007):** Populism versus Democracy. In: *Political Studies*. 55/2. S. 405-425.
- Algan, Yann et al. (2017):** The European Trust Crisis and the Rise of Populism. In: *Brookings Papers on Economic Activity*. 2017/2. 309-382.
- Arzheimer, Kai (2009):** Contextual Factors and the Extreme Right Vote in Western Europe, 1980–2002. In: *American Journal of Political Science*. 53/2. S. 259-275.
- Arzheimer, Kai (2017):** Electoral Sociology. Who votes for the Extreme Right and why – and when? In: *Mudde, Cas (Hrsg.): The Populist Radical Right. A Reader*. 1. Auflage. London / New York. S. 277-289. (= *Routledge Studies in Extremism and Democracy*. o. Nr.).
- Arzheimer, Kai / Schmitt, Annette (2014):** Der ökonomische Ansatz. In: *Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung*. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden. S. 331-404.
- Backhaus, Klaus et al. (2018):** *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 15., vollständig überarbeitete Auflage. Berlin / Heidelberg.
- Barr, Robert R. (2009):** Populists, Outsiders and Anti-Establishment Politics. In: *Party Politics*. 15/1. S. 29-48.
- Bauer, Werner T. (2010):** Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? o.O. (= *Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse*. o. Nr.).
- Behnke, Joachim (2015):** *Logistische Regressionsanalyse. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Behnke, Joachim / Baur, Nina / Behnke, Nathalie (2010):** *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*. 2., aktualisierte Auflage. Paderborn. (= *Grundkurs Politikwissenschaft*. Band 2695).
- Berg-Schlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (2003):** Entwicklung und Stellenwert der vergleichenden Politikwissenschaft. In: *Berg-Schlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft*. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen.
- Betz, Hans-Georg (1994):** *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*. Houndmills / Basingstoke / Hampshire / London.
- Betz, Hans-Georg (2017):** The New Politics of Resentment. Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. In: *Mudde, Cas (Hrsg.): The Populist Radical Right. A Reader*. 1. Auflage. London / New York. S. 338-351. (= *Routledge Studies in Extremism and Democracy*. o. Nr.).
- Boese, Vanessa (2019):** How (not) to Measure Democracy. In: *International Area Studies Review*. 22/2. S. 95-127.
- Boix, Carles / Stokes, Susan C. (2009):** Introduction. In: *Boix, Carles / Stokes, Susan C. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Comparative Politics*. New York. S. 1-23. (= *Oxford Handbooks*. o. Nr.).

- Boos, Tobias / Opratko, Benjamin (2014):** Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft darf niemals siegen. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw). 38/4. S. 30-37.
- Bos, Linda et al. (2020):** The Effects of Populism as a Social identity Frame on Persuasion and Mobilisation. Evidence from a 15-Country Experiment. In: European Journal of Political Research. 59/1. S. 3-24.
- Brack, Nathalie / Startin, Nicholas (2015):** Introduction. Euroscepticism, from the Margins to the Mainstream. In: International Political Science Review. 36/3. S. 239-249.
- Brubaker, Roger (2017):** Why Populism? In: Theory & Society. 46/1. S. 357-385.
- Campbell, David J. F. / Barth, Thorsten D. (2009):** Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich. In: SWS Rundschau. 49/2. S. 209-233.
- Canovan, Margaret (1981):** Populism. New York.
- Cho, Youngho (2014):** To Know Democracy is to Love it. A Cross-National Analysis of Democratic Understanding and Political Support for Democracy. In: Political Research Quarterly. 67/3. S. 478-488.
- Cho, Youngho (2015):** How Well are Global Citizenries Informed about Democracy? Ascertaining the Breadth and Distribution of Their Democratic Enlightenment and Its Sources. In: Political Studies. 63/1. S. 240-258.
- Cohen, Mollie J. / Smith, Amy Erica (2016):** Do authoritarians Vote for Authoritarians? Evidence from Latin America. In: Research and Politics. 3/4. S. 1-8.
- Coppedge, Michael et al. (2020):** Varieties of Democracy. Measuring Two Centuries of Political Change. Cambridge / New York / Melbourne / New-Delhi / Singapore.
- Coury, David N. (2019):** A New Cultural Clash? Populism and American Cosmopolitanism. In: López Zapico, Misael Arturo / Feldman, Irina Alexandra (Hrsg.): Resistiendo al Imperio nuevas aproximaciones al antiamericanismo desde el siglo XX hasta la actualidad. o.O. S. 259-277.
- Dahl, Robert A. (1971):** Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven.
- Decker, Frank (2006a):** Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? 1. Auflage. Wiesbaden. S. 9-32.
- Decker, Frank (2006b, Hrsg.):** Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? 1. Auflage. Wiesbaden.
- Decker, Frank (2017):** Populismus und Extremismus in Europa – Gefahr für die Demokratie? In: Brömmel, Winfried / König, Helmut / Sicking, Manfred (Hrsg.): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven. 1. Auflage. Bielefeld. S. 43-62. (= Europäische Horizonte. Band 10).
- Decker, Frank (2018):** Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift. 59/2. S. 353-369.

- Decker, Frank / Lewandowsky, Marcel (2017):** Rechtspopulismus in Europa. Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: Zeitschrift für Politik. 64/1. S. 21-38.
- Diehl, Paula (2011):** Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept. In: Totalitarismus und Demokratie. 8/2. S. 273-291.
- Donnelly, Michael / Lefkofridi, Zoe (2014):** Economic and Political Inequality in Modern Democracies. Differential Responsiveness to the Policy Preferences of Economic Classes. In: MWP Red Number Series. 2014/13. (= EUI Working Papers. o. Nr.).
- Donovan, Todd (2019):** Authoritarian Attitudes and Support for Radical Right Populists. In: Journal of Elections, Public Opinion and Parties. 29/4. S. 448-464.
- Dowding, Keith (2018):** Rational Choice and Voting. In: Fisher, Justin et al. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion. S. 30-40.
- Dunn, Kris (2015):** Preference for Radical Right-Wing Populist Parties among Exclusive-Nationalists and Authoritarians. In: Party Politics. 21/3. S. 367-380.
- Eatwell, Roger / Goodwin, Mathew (2018):** National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy. o.O.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2017):** "Dem Deutschen Volke?" Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 27/2. S. 161-180.
- Erikson, Robert S. (2015):** Income Inequality and Policy Responsiveness. In: Annual Review of Political Science. 18/1. S. 11-29.
- European Social Survey (o.J.):** ESS Themes. Unter: <https://www.europeansocialsurvey.org/data/module-index.html> (abgerufen am 30.04.2020).
- European Values Study (o.J. [a]):** Methodology EVS 2017. Unter: <https://europeanvaluesstudy.eu/methodology-data-documentation/survey-2017/methodology/> (abgerufen am: 30.04.2020).
- European Values Study (o.J. [b]):** Pre-Releases. Unter: <https://europeanvaluesstudy.eu/methodology-data-documentation/survey-2017/pre-releases/> (abgerufen am: 30.04.2020).
- European Values Study (o.J. [c]):** About EVS. Unter: <https://europeanvaluesstudy.eu/about-evs/> (abgerufen am: 30.04.2020).
- European Values Study (o.J. [d]):** History. Unter: <https://europeanvaluesstudy.eu/about-evs/history/> (abgerufen am: 30.04.2020).
- European Values Study (o.J. [e]):** Survey 2017. Unter: <https://europeanvaluesstudy.eu/methodology-data-documentation/survey-2017/> (abgerufen am: 30.04.2020).
- European Values Study (2017):** Appendix A2. Left-Right Positioning of Political Parties. Harmonization Report Related to the EVS 2017 Integrated Dataset ZA7500. o.O.
- European Values Study (2018):** European Values Study Master Questionnaire. CAWI Mode. o.O.

- Freeden, Michael (1998):** Is Nationalism a Distinct Ideology? In: *Political Studies*. 46/4. S. 748-765.
- Frevel, Bernhard / Voelzke, Nils (2017):** Demokratie. Entwicklung. Gestaltung. Herausforderungen. 3. Auflage. Wiesbaden. (= Elemente der Politik. o. Nr.).
- Gadinger, Frank (2019):** Lügenpresse, gesunder Volkskörper, tatkräftiger Macher: Erzählformen des Populismus. In: Müller, Michael / Precht, Jörn (Hrsg.): *Narrative des Populismus. Erzählmuster und -Strukturen populistischer Politik*. Wiesbaden. S. 115-146.
- Geurkink, Bram et al. (2020):** Populist Attitudes, Political Trust, and External Political Efficacy. Old Wine in New Bottles? In: *Political Studies*. 69/1. S. 247-267.
- Gidron, Noam / Hall, Peter A. (2017):** The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right. In: *The British Journal of Sociology*. 68/1. S. 56-84.
- Gilens, Martin (2005):** Inequality and Democratic Responsiveness. In: *Political Opinion Quarterly*. 69/5. S. 778-796.
- Givens, Terri E. (2017):** The Radical Right Gender Gap. In: Mudde, Cas (Hrsg.): *The Populist Radical Right. A Reader*. London / New York. S. 290-311. (= Routledge Studies in Extremism and Democracy. o. Nr.).
- Gómez-Reine, Margarita / Llamazares, Iván (2013):** The Populist Radical Right and European Integration: A Comparative Analysis of Party–Voter Links. In: *West European Politics*. 36/4. S. 789-816.
- Grabow, Karsten / Hartleb, Florian (2014):** Europe – no, Thanks? Study on the Rise of Right-Wing and National Populist Parties in Europe. Brüssel / St. Augustin / Berlin.
- Grumke, Thomas (2012):** Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für die Demokratie. In: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*. 1. Auflage. Wiesbaden. S. 363-387.
- Halikiopoulou, Daphne / Nanou, Kyriaki / Vasilopoulou, Sofia (2012):** The Paradox of Nationalism: The Common Denominator of Radical Right and Radical Left Euroscepticism. In: *European Journal of Political Research* 51/4. S. 504-539.
- Hartleb, Florian (2011):** Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung. Sankt Augustin / Berlin. (= Zukunftsforum Politik. o. Nr.).
- Hartleb, Florian (2012):** Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*. 62/5-6. S. 22-30.
- Hartmann, Jürgen (2015):** Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung. Eine Kritik. Wiesbaden.
- Hawkins Kirk A. / Read, Madeleine / Pauwels, Teun (2017):** Populism and its Causes. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Populism*. 1. Auflage. New York. S. 267-286. (= Oxford Handbooks. o. Nr.).
- Hawkins, Kirk A. / Rovira Kaltwasser, Cristóbal / Andreadis, Ioannis (2020):** The Activation of Populist Attitudes. In: *Government and Opposition*. 55/2. S. 283-307.

- Hirschmann, Kai (2017):** Der Aufstieg des Nationalpopulismus. Wie westliche Gesellschaften polarisiert werden. Bonn. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 10150).
- Hutchings, Vincent L. / Jefferson, Hakeem J. (2018):** The sociological and social-psychological approaches. In: Fisher, Justin et al. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion. S. 21-29.
- Ionescu, Ghita / Gellner, Ernest (1969):** Populism. Its Meanings and National Characteristics. London.
- Ivaldi, Gilles (2017):** Electoral Basis of Populist Parties. In: Heinisch, Reinhard C. / Holtz-Bacha, Christina / Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): Political Populism. A Handbook. 1. Auflage. Baden-Baden. S. 157-168. (= International Studies on Populism. Band 3).
- Jahn, Detlef (2007):** Was ist vergleichende Politikwissenschaft? Standpunkte und Kontroversen. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft. 1/1. S. 9-27.
- Jahn, Detlef (2013):** Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Jansen, Robert S. (2011):** Populist Mobilization: A New Theoretical Approach to Populism. In: Sociological Theory. 29/2. S. 75-96.
- Jessen, Anne (2014):** Perspektiven der politischen Meinungsforschung. Demoskopische Ergebnisse im Spannungsfeld von Theorie, Praxis und Öffentlichkeit. Wiesbaden.
- Junge Soziale Demokratie – Wissenschaftlicher Gesprächskreis im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung [FES] (2012):** Wie wählen WählerInnen? Unter: <https://gesprachskreis.wordpress.com/tag/bundestagswahl-2013/> (abgerufen am 20.04.2020).
- Kaeding, Michael / Haußner, Stefan / Pieper, Morten (2016):** Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung. Wiesbaden.
- Kittilson, Miki Caul (2016):** Gender and Political Behavior. New York.
- Krell, Christian / Meyer, Thomas / Mörschel, Tobias (2012):** Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven. In: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. 1. Auflage. Wiesbaden. S. 9-30.
- Kühnel, Steffen M. / Krebs, Dagmar (2014):** Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen. Methoden. Anwendungen. 7., völlig überarbeitete Neuauflage. Hamburg. (= Rowohlt's Enzyklopädie. o. Nr.).
- Landman, Todd / Robinson, Neil (2009):** Introduction. In: Landman, Todd / Robinson, Neil (Hrsg.): The SAGE Handbook of Comparative Politics. London / Thousand Oaks / New Delhi / Singapore. S. 1-12.
- Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Pickel, Susanne (2014):** Vergleich politischer Systeme 2. Auflage. Paderborn. (= Grundkurs Politikwissenschaft. o. Nr.).

- Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Pickel, Susanne (2015):** Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. 2. Auflage. Wiesbaden. (= Grundwissen Politik. Band 60).
- Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften [gesis] (o.J.):** European Values Study. Unter: <https://www.gesis.org/angebot/daten-analysieren/internationale-umfragen/european-values-study> (abgerufen am: 30.04.2020).
- Lijphart, Arend (2012):** Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. 2. Auflage. New Haven / London.
- Lim, Timothy C. (2016):** Doing Comparative Politics. An Introduction to Approaches & Issues. 3. Auflage. London.
- Loch, Dietmar (2019):** Rechtspopulistische Parteien in Europa. Protektionistisch gegen die Globalisierung. In: Brinkmann, Heinz Ulrich / Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden. S. 43-74.
- Lochoki, Timo (2014):** Rechtspopulismus in Westeuropa. Erklärungen für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa im Auftrag des Mediendienstes Integration. Berlin.
- Lubbers, Marcel / Tolsma, Jochem (2011):** Education's Impact on Explanations of Radical Right-Wing Voting. London.
- Lubbers, Marcel / Coenders, Marcel (2017):** Nationalistic Attitudes and Voting for the Radical Right in Europe. In: European Union Politics. 18/1. S. 98-118.
- Lubbers, Marcel / Gijsberts, Mérove / Scheepers, Peer (2012):** Extreme right-wing Voting in Western Europe. In: European Journal of Political Research. 41/3. S. 345-378.
- Manow, Philip (2019):** Die politische Ökonomie des Populismus. Bonn. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 10394).
- Margalit, Yotam (2019):** Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered. In: Journal of Economic Perspectives. 33/4. S. 152-170.
- Marschall, Stefan (2014):** Demokratie. Opladen & Toronto. (= Sonderausgabe für die Zentralen für politische Bildung in Deutschland. o. Nr.).
- McAllister, Ian (2018):** Democratic Theory and Electoral Behavior. In: Fisher, Justin et al. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion. Abingdon / New York. S. 9-20.
- Mény, Yves / Surel, Yves (2002, Hrsg.):** Democracies and the Populist Challenge. Houndmills / Basingstoke / Hampshire / New York.
- Merkel, Wolfgang (2016):** Die Herausforderungen der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden. S. 7-44.
- Merkel, Wolfgang / Petring, Alexander (2012):** Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. 1. Auflage. Wiesbaden. S. 93-120.

- Meyer, Thomas (2009):** Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. 1. Auflage. Wiesbaden.
- Morison, John (2007):** Models of Democracy. From Representation to Participation. In: Jowell, Jim / Oliver, Dawn (Hrsg.): The Changing Constitution. 6. Auflage. New York.
- Mouffe, Chantal (2019):** Für einen linken Populismus. Bonn. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 10478).
- Mudde, Cas (2004):** The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition. 39/4. S. 541-563.
- Mudde, Cas (2007):** Populist radical right parties in Europe. Cambridge / New York / Melbourne / Madrid / Cape Town / Singapore/ São Paulo.
- Mudde, Cas (2017):** Populism. An Ideational Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal et al. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. 1. Auflage. Oxford. S. 27-47. (= Oxford Handbooks. o. Nr.).
- Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012):** Populism: Corrective and Threat to Democracy. In: Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal (Hrsg.): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy. Cambridge / New York / Melbourne / New-Delhi / Singapore. S. 205-222.
- Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017):** Populism. A Very short introduction. 1. Auflage. Oxford / New York. (= Very short introductions. Band 510).
- Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018):** Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda. In: Comparative Political Studies. 51/13. S. 1667-1693.
- Munck, Gerardo L. (2014):** What is Democracy? A Reconceptualization of the Quality of Democracy. In: Democratization. 23/1. S. 1-26.
- Munck, Gerardo L. / Verkuilen, Jay (2002):** Conceptualizing and Measuring Democracy. An Evaluation of Alternative Indices. In: Comparative Political Studies. 35/1. S. 5-33.
- Nauenburg, Ricarda (2005):** Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge. Berlin. (= Discussion Papers Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. o. Nr.).
- Norris, Pippa / Inglehart, Ronald (2019):** Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge / New York / Melbourne / New-Delhi / Singapore.
- Ostiguy, Pierre (2017):** Populism. A Socio-Cultural Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal et al. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. 1. Auflage. Oxford. S. 73-100. (= Oxford Handbooks. o. Nr.).
- Panreck, Isabelle-Christine / Brinkmann, Heinz Ulrich (2019):** Migration und Rechtspopulismus – zwei Seiten einer Medaille? Eine gängige These der Rechtspopulismusforschung auf dem Prüfstand. In: Brinkmann, Heinz Ulrich / Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden. S. 1-24.
- Pappas, Takkis S. (2019):** Populism and Liberal Democracy. A Comparative and Theoretical Analysis. Oxford.

- Peters, Yvette (2018):** Democratic Representation and Political Inequality: How Social Differences Translate into Differential Representation. In: *French Politics*. 16/3. S. 341-357.
- Peters, Yvette / Ensink, Sander J. (2013):** Differential Responsiveness in Europe: The Effects of Preference Difference and Electoral Participation. In: *West European Politics*. 38/3. S. 577-600.
- Pickel, Susanne / Müller, Thomas (2006):** Systemvermessung. Schwächen der Konzepte und Verzerrungen der empirisch-quantitativen Bestimmung von Demokratie und Autokratie. In: Pickel, Gert / Pickel, Susanne (Hrsg.): *Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven*. 1. Auflage. Wiesbaden. S. 135-172.
- Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006):** Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung. 1. Auflage. Wiesbaden.
- Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2012):** Die Messung von Indizes in der Vergleichenden Politikwissenschaft – methodologische Spitzfindigkeit oder substantielle Notwendigkeit. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*. 6/1. S. 1-17.
- Priester, Karin (2007):** Populismus. Aktuelle und historische Erscheinungsformen. Frankfurt / New York.
- Priester, Karin (2012):** Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt / New York.
- Przeworski, Adam (2003):** Minimalist Conception of Democracy. A Defense. In: Shapiro, Ian / Hacker-Cordón, Casiano (Hrsg.): *Democracy's Value*. Cambridge. S. 23-55. (= *Contemporary Political Theory*. o. Nr.).
- Puhle, Hans-Jürgen (2003):** Zwischen Protest und Politikstil. Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Populismus. Populisten in Europa und Übersee*. Wiesbaden. S. 15-44. (= *Analysen Politik – Gesellschaft – Wirtschaft*. Band 79).
- Ragin, Charles C. / Rubinson, Claude (2009):** The Distinctiveness of Comparative Research. In: Landman, Todd / Robinson, Neil (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Comparative Politics*. London / Thousand Oaks / New Delhi / Singapore. S. 14-34.
- Richter, Emanuel (2017):** Populismus und der gesunde Menschenverstand. Common Sense als Bezugspunkt des Volkswillens. In: Brömmel, Winfried / König, Helmut / Sicking, Manfred (Hrsg.): *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven*. 1. Auflage. Bielefeld. S. 79-106. (= *Europäische Horizonte*. Band 10).
- Rico, Guillem / Guinjoan, Marc / Anduiza, Eva (2017):** The Emotional Underpinnings of Populism: How Anger and Fear Affect Populist Attitudes. In *Swiss Political Science Review*. 23/4. S. 444-461.
- Rigby, Elizabeth / Wright, Gerald C. (2013):** Political Parties and Representation of the Poor in the American States.
- Rooduijn, Matthijs (2014a):** The Mesmerising Message. The Diffusion of Populism in Public Debates in Western European Media. In: *Political Studies*. 62/4. S. 726-744.
- Rooduijn, Matthijs (2014b):** The Nucleus of Populism. In Search of the Lowest Common Denominator. In: *Government and Opposition*. 49/4. S. 573-599.

- Rooduijn, Matthijs (2014c):** Vox Populismus: A Populist Radical Right Attitude Among the Public? In: Nations and Nationalism 20/1. S. 80-92.
- Rooduijn, Matthijs (2015):** The Rise of the Populist Radical Right in Western Europe. In: European View. 14/1. S. 3-11.
- Rooduijn, Matthijs (2018):** What unites the voter bases of populist parties? Comparing the electorates of 15 populist parties. In: European Political Science Review. 10/3. S. 351-368.
- Rooduijn, Matthijs (2019):** State of the field. How to study populism and adjacent topics? A plea for both more and less focus. In: European Journal of Political Research. 58/1. S. 362-372.
- Rooduijn, Matthijs et al. (2019):** The PopuList. An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe. o.O.
- Roth, Dieter (2008):** Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente, Methoden. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden.
- Rucht, Dieter (2016):** Inwiefern und warum ist PEGIDA erfolgreich? In: Rehberg, Karl-Siegbert / Kunz, Franziska / Schlinzig, Tino (Hrsg.): PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende-Enttäuschung“? Analysen im Überblick. 1. Auflage. Bielefeld. S. 189-206.
- Rudi, Tatjana / Schoen, Harald (2014):** Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden. S. 405-433.
- Savelkoul, Michael / Scheepers, Peer (2017):** Why Lower Educated People are More Likely to Cast their Vote for Radical Right Parties. Testing Alternative Explanations in The Netherlands. In: Acta Politica. 52/4. S. 544-573.
- Schmidt, Manfred G. (2019):** Demokratietheorien. Eine Einführung. 6., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden.
- Schmitt, Anette (2014):** Die Rolle von Wahlen in der Demokratie. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden. S. 3-35.
- Schoen, Harald (2009):** Wahlsoziologie. In: Kania, Viktoria / Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. 1. Auflage. Wiesbaden. S. 181-208.
- Schoen, Harald (2014):** Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden. S. 169-239.
- Schultze, Martin (2010):** Demokratiemessung und defekte Demokratien. Osteuropas Demokratien auf dem Prüfstand. Marburg.
- Schultze, Martin (2016):** Wahlverhalten und Wählerheterogenität. Theorie und Empirie auf der Grundlage des Michigan-Modells. Wiesbaden.
- Skenderovic, Damir (2017):** Populism: A History of the Concept. In: Heinisch, Reinhard C. / Holtz-Bacha, Christina / Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): Political Populism. A handbook. 1. Auflage. Baden-Baden. S. 41-58. (= International Studies on Populism. Band 3).

- Spier, Tim (2010):** Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. 1. Auflage. Wiesbaden.
- Spierings, Nils / Zaslove, Andrej (2017):** Gender, Populist attitudes, and Voting: Explaining the Gender Gap in Voting for Populist Radical Right and Populist Radical Left Parties. In: West European Politics. 40/4. S. 821-847.
- Stavrakakis, Yannis (2017):** Populism and Hegemony. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. New York. S. 535-553. (= Oxford Handbooks. o. Nr.).
- Steiner, Nils D. / Landwehr, Claudia (2018):** Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD. Evidenz aus einer Panelstudie. In: Politische Vierteljahresschrift. 59/3. S. 463-491.
- Taggart, Paul (2000):** Populism. Buckingham / Philadelphia. (= Concepts in the Social Sciences. o. Nr.).
- Tausendpfund, Markus (2018):** Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. (= Grundwissen Politik. o. Nr.).
- Tutic, Andreas / von Hermani, Hagen (2018):** Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 70/2. S. 275-294.
- Van Hauwaert, Steven M. / Van Kessel, Stijn (2018):** Beyond Protest and Discontent: A Cross-National Analysis of the Effect of Populist Attitudes and Issue Positions on Populist Party Support. In: European Journal of Political Research. 57/1. S. 68-92.
- Von Beyme, Klaus (2018):** Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie.
- Vorländer, Hans (2019a):** Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien. 3., überarbeitete Auflage. München.
- Vorländer, Hans (2019b):** Populism and Modern Democracy – An Outline. In: Paul, Heike / Prutsch, Ursula / Gebhardt, Jürgen (Hrsg.): The Comeback of Populism. Transatlantic Perspectives. Heidelberg. S. 13-28. (= Publikationen der Bayerischen Amerika-Akademie. Band 21).
- Weale, Albert (2007):** Democracy. 2., durchgesehene, erweiterte und überarbeitete Auflage. Basingstoke / New York.
- Werts, Han / Scheepers, Peer / Lubbers, Marcel (2012):** Euro-Scepticism and Radical Right-Wing Voting in Europe, 2002–2008: Social Cleavages, Socio-Political Attitudes and Contextual Characteristics Determining Voting for the Radical Right. European Union Politics. 14/2. S. 183-205.
- Werz, Nikolaus (2003, Hrsg.):** Populismus. Populisten in Europa und Übersee. Wiesbaden. (= Analysen. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft. Band 79).
- Weyland, Kurt (2017):** Populism. A Political-Strategic Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal et al. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. 1. Auflage. Oxford. S. 48-72. (= Oxford Handbooks. o. Nr.).
- Wolf, Tanja (2019):** Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Typologisierung und Vergleich. Wiesbaden.

Anhang

Anhang 1: Rechtspopulistische Parteien in den ausgewählten Ländern

<u>Land</u>	<u>Rechtspopulistische Partei(en)</u>
Bulgarien	a) <i>Ataka</i> b) <i>Nationale Front zur Rettung Bulgariens</i> c) <i>Volya</i>
Dänemark	a) <i>Dänische Volkspartei</i> b) <i>Nye Borgerlige</i>
Deutschland	<i>Alternative für Deutschland</i>
Estland	<i>Estnische Konservative Volkspartei</i>
Finnland	<i>Die Finnen</i>
Frankreich	a) <i>Debout la France</i> b) <i>Rassemblement National / Front National</i>
Italien	a) <i>Fratelli d'Italia</i> b) <i>Lega</i>
Kroatien	<i>Kroatische Demokratische Allianz von Slawonien und Baranja</i>
Niederlande	a) <i>Forum für Demokratie</i> b) <i>Partij voor de Vrijheid</i>
Norwegen	<i>Fortschrittspartei</i>
Österreich	<i>Freiheitliche Partei Österreichs</i>
Polen	a) <i>Kukiz '15</i> b) <i>Recht und Gerechtigkeit</i>
Rumänien	a) <i>Großrumänien-Partei</i>
Schweden	<i>Schwedendemokraten</i>
Schweiz	a) <i>Lega dei Ticinesi</i> b) <i>Schweizerische Volkspartei</i>
Slowakei	a) <i>Slowakische Nationalpartei</i> b) <i>Sme Rodina – Boris Kollár</i>
Slowenien	a) <i>Slowenische Demokratische Partei</i> b) <i>Slowenische Nationalpartei</i>
Tschechien	<i>Freiheit und direkte Demokratie – Tomio Okamura</i>
Ungarn	a) <i>Fidesz</i> b) <i>Jobbik</i>
Gesamt	30

(Quelle: Eigene Darstellung nach EVS 2018)

Anhang 2: Inverse Korrelationsmatrix des politischen Vertrauens

	<i>Parlamente</i>	<i>Parteien</i>	<i>Regierungen</i>
<i>Parlamente</i>	1,942	-,574	-,923
<i>Parteien</i>	-,574	1,763	-,700
<i>Regierungen</i>	-,923	-,700	2,033

(Quelle: Eigene Darstellung)